**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung

**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

**Band:** 8 (1979)

**Heft:** 2

**Heft**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 8. Jahrgang Nr. 2 20. Februar 1979 Kiosk Fr. 1.80

# das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz

Auflage 32 000

**Adressen:** Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30
Postfach 1351, CH-3001 Bern
Tel. (031) 25 88 05

**Inserate:** Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
**Abonnemente:** pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

**Atomarbeiter-Report/ Der Elekrofilz** *Seiten 3 und 4*

**Schweizer Waffen für den Schah** *Seite 5*

**Ein Ex-Nazi will führen** *Seite 6*

Interview mit einer Vietnamesin **«Beim Volk ist der Sozialismus schlecht angeschrieben»** *Seite 7*

14. Solothurner Filmtage **Dem Volk aufs Maul geschaut** *Seite 9*

**Unveröffentlichte Gedichte von Erich Fried** *Seite 9*

Disziplinarrecht an Schweizer Unis: **Strafjustiz für den Hausgebrauch** *Seite 11*

Erfolg für «Aktion Strafvollzug», aber: **15 Franken im Tag sind noch kein Lohn** *Letze Seite*

## Belagerungszustand

*Zwei Wochen vor den Regierungs- und Kantonsratswahlen steht der Stadt Zürich also eine Invasion bevor, mit welcher die Armee in alle Lebensbereiche vordringt – dank den Medien mit gesamtschweizerischer Ausstrahlung. Denn im Hintergrund der Schau stehen nicht nur ideologische Motive, sondern auch handfeste, materielle: Die Rüstungsmotionen von Nationalrat Friedrich und Ständerat Munz (TG) stehen an. Und der Kampf der Sozialdemokraten für eine gerechtere, sozial vernünftigere Verteilung der knappen Bundesfinanzen passt den Militärs nicht, die der Armee möglichst viele Millionen zuschanzen möchten. Aus diesen und ähnlichen Gründen brauchen die Goldhüte ein rüstungsfreundliches, militaristisches oder mindestens nicht militärfeindliches Klima. Dieses Klima soll die «Wehrvorführung» fördern. Und nicht zuletzt soll abgetastet werden, wieviel Militarismus die Bevölkerung zu schlucken bereit ist.*

*Aber nicht genug damit: Die Militärs wollen sich nicht nur selbst darstellen, sie beginnen in diesen Wehrvorführungen sogar – so ihr Plan – Funktionen zu übernehmen, die sich sonst nicht einmal der Staat anmasst: Sie wollen die Meinungsfreiheit in ein winziges Reservat pferchen.*

*Anstatt sich der öffentlichen politischen Kontrolle zu unterwerfen, beginnen die Obristen die Öffentlichkeit zu kontrollieren. Übelste Formen nimmt diese Tendenz dort an, wo mit Hilfe einer «Abstimmung» ermittelt werden soll, was die Zuschauer angeblich von der Wehrvorführung halten. Die Armee verteilt Abstimmungs-Karten, die man in bereitstehende Urnen einwerfen kann. Damit die Herren Offiziere nachher behaupten können, solche Festspiele müssten regelmässig durchgeführt werden. Und Nationalrat Friedrich wird das Plebiszit gern zitieren, wenn er seine Rüstungsmotion begründet. Wer weiss: Bei nächster Gelegenheit wird die Armee schon unverblümter fragen: «Wollt Ihr eine starke Armee?»*

*«Erfreulich an der ganzen ‹Übung› war der Umstand, dass seit der ersten Planungsphase alle angefragten zivilen und militärischen Stellen sehr positiv reagierten und dem Unternehmen nicht nur keine Steine in den Weg legten, sondern es im Gegenteil aktiv fördern halfen», meldet die Divisionszeitung stolz. in der Tat. Dieses «Wehrschau»-Konzept entstand in den Hirnen der Militärs, die ihre Forderungen bei den zivilen Behörden vollumfänglich durchsetzten. Die Armee zeigt sich am 16. und 17. März 1979 von der hässlichsten Seite, von der sich Armeen zeigen können: nicht nur als Staat im Staat wie jeden Tag, sondern als oberste Gewalt.*

*Jürg Frischknecht*
*Daniel Wiener*

*Zürich im März 1979:*

# Die Militärs übernehmen die Macht

*Von Jürg Frischknecht und Daniel Wiener für «das konzept» und die «LeserZeitung»*

**Wo ist das möglich: eine Invasion von Panzern im Morgengrauen, Schüsse in den Vorstädten, Fliegerangriffe über die Stadt, Minenwerfer vor den Kaufhäusern, Aufmarsch der Armee vor Kirchen und Regierungsgebäuden – und die zivile Regierung kollaboriert? Das ist nicht Ungarn 1956 und auch nicht die Tschechoslowakei 1968, das ist nicht Chile 1973 oder gar Persien 1979. Nein, die Panzer und Flugzeuge, die Artillerie und Infanterie, Tausende Soldaten und Offiziere, kurz: eine ganze Division okkupiert am 16./17. März 1979 die Stadt Zürich. Eine pompöse Propagandaschau des Militärs zu Ehren des scheidenden Div Seethaler.**

Heiri Zürchers Wecker klingelt. Verschlafen dreht er das Radio an: «Guten morgen. Heute ist Freitag, der 16. März 1979. Es ist sechs Uhr. Sie hören Nachrichten. Das Wetter heute: regnerisch und kalt. Zürich. Truppen der Felddivision 6 haben in der Nacht von gestern auf heute im Rahmen der sogenannten ‹Wehrvorführung 79› die Stadt Zürich besetzt. Aus verschiedenen Richtungen rollten Panzer, Schützenpanzer und andere mechanisierte Einheiten zu den ihnen zugeteilten Standorten. An allen passantenreichen und strategisch wichtigen Punkten der Innenstadt wird die Armee heute und morgen ihre Stärke demonstrieren und den Kontakt mit dem Volk suchen. Erstaunlicherweise findet auf dem *Helvetiaplatz* wie jeden Freitag der Wochenmarkt statt. Wie *Besatzungskommandant Divisionär Frank Seethaler* erklärte, habe man diesen Platz aus psychologischen Gründen ausgespart: Eine Präsenz der Armee in diesem traditionellen Arbeiterquartier würde als Provokation empfunden. Man wolle jede Auseinandersetzung mit Armeekritikern auf den dafür vorgesehenen Ort am Bürkliplatz beschränken. Und nun, liebe Hörerinnen und Hörer, bläst Ihnen unser Radioorchester den Seethaler-Marsch . . .» Es muss wohl ein böser Traum sein, denkt Zürcher und dreht sich um.

### Ein schlechter Witz?

Zwei Stunden später, im Anschluss an die Achtuhr-Nachrichten, berichtet der Reporter von Radio DRS direkt aus einem feldgrauen Helikopter: «Von oben bietet unsere Stadt, liebe Radiohörer unten auf dem sichern Boden, den Anblick eines Kriegsschauplatzes. An drei Stellen sind Wehrmänner mit dem Bau von 50-Tonnen-Brücken beschäftigt: vor der Kaserne über die Sihl, über den Schanzengraben und unterhalb des Bauschänzlis über die Limmat. Wenige hundert Meter limmatabwärts, auf der Höhe des Rathauses, bauen Genietruppen einen Steg. Aus der Vogelperspektive klar zu erkennen sind Artilleriegeschütze auf dem General-Guisan-Quai sowie zahlreiche Infanteriefahrzeuge, darunter, so scheint mir, auch Oldtimer – dies auf dem Seefeldquai. Im untern Seebecken preschen Sturmboote durch die Fluten, und vor dem Saffa-Gelände werden eben Panzer und Schützenpanzer auf Fähren verladen.» Heiri Zürcher vergewissert sich, ob er tatsächlich den Sender Uetliberg eingestellt hat.

### Heiri Zürcher staunt

Kein Zweifel, die Nachrichten stammen vom Schweizer Radio. «Unser Rundflug, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, führt uns jetzt zurück zur Sechseläutenwiese, wo diesmal nich der Zirkus Knie mit seinem Zoo, sondern Fliegerabwehr-Lenkwaffen und zahlreiche Militärflugzeuge zu erkennen sind: Venom, Hunter, Mirage. Hingegen scheint die 79er Antiquität namens Tiger zu fehlen. Gleich daneben haben die Flabgeschütze *aus der Waffenschmiede Bührle/Contraves* Stellung bezogen, jene Modelle, die auch den Schah nicht an der Macht halten konnten. Und nun überfliegen wir den Sitz der Zürcher Stadtregierung. Gleich neben Stadthaus und Fraumünster sind reihenweise Schützenpanzer und schwere Kampfpanzer aufgefahren, so Centurions und Panzer 68, flankiert von schweren Panzerhaubitzen der Artillerie. Soweit, meine Hörerinnen und Hörer, ein erster authentischer Bericht vom Kriegsschauplatz – ääh, vom militärisch besetzten Zürich. Selbstverständlich werden wir Sie über diese historische Invasion weiter auf dem laufenden halten.»

### Heiri Zürcher misstraut den Medien

In unzähligen WK-Theorien hat Heiri Zürcher gelernt, dass den Massenmedien in ernsten Zeiten besonders zu misstrauen sei. Deshalb entschliesst er sich, selbst vor die Haustür zu treten und einen Augenschein zu nehmen. Schon auf dem Weg zur Kaserne stösst er beim Eilgutbahnhof auf eine Sanitätseinheit, die in einem Eisenbahnwagen *ein Feldlazarett eingerichtet* hat. Über die Sihl wird tatsächlich eine gewaltige Brücke gebaut. Auf der andern Sihlseite, vor dem Warenhaus Globus, auf dem teuersten Rasen der Schweiz, haben sich vor dem Pestalozzidenkmal, wo Hippies und Hunde nicht willkommen sind, Panzerminenwerfer und Kranpanzer breitgemacht.

Überall dröhnt aus Lautsprechern die immer gleiche Stimme eines Platzspeakers, der den Passanten mitteilt, was sich in Zürich über Nacht alles geändert hat. Woher kennt Zürcher nur diese verdammte Stimme? Ihm brummt der Schädel schon wacker, doch marschiert er trotzdem weiter, am Urania-Parkhaus vorbei, wo sich Verwundete verarzten lassen können. Im Lindenhof stolpert er über allerlei Infanteriematerial. Die lästige Lautsprecherstimme macht ihn darauf aufmerksam, dass drüben vor dem Grossmünster, dort, wo Zwingli einst gegen das Reislaufen wetterte, die Panzerabwehrwaffen der Infaterie den Zürchern entgegenstarren.

### Sind alle verrückt geworden?

Inzwischen hat sich Heiri Zürcher auch den *«Festführer»* erstanden, wie die Militärs ihren Besatzungswegweiser witzigerweise getauft haben. Wer sich alle 50 besetzten Plätze zu Gemüte führen will, ist zwei Tage ausgebucht:

- Kampfflugzeuge lassen ihre Bordkanonen knattern – ins Seebecken zwischen Tiefenbrunnen und Wollishofen. die Bomben, die sie fallen lassen, sind aus Gips, damit die Eglis und Felchen bloss erschrecken und nicht krepieren. Gleichzeitig springen Fallschirmgrenadiere auf den See ab.
- Die ehemalige Toni-Molkerei an der Militärstrasse/Eisgasse wird in Brand gesetzt; in den Trümmern tummeln sich Zivilschützler.
- An der Glärnischstrasse/Schanzengraben üben Grenadiere den Häuserkampf.
- Im Kongresshaus und im Bernhard-Theater flimmern Kriegsfilme über die Leinwand.
- Im Kongresshaus geben Armee-Musikanten eine Jam-Session und ein Konzert.
- An einem halben Dutzend Verpflegungsstellen kann sich Zürcher den Magen mit Spatz und Ähnlichem vollschlagen.
- Im Albisgüetli sind eine Feldschlächte-

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fotomontage: Wolfgang Suttner

## Wir fordern . . .

Wir brauchen keine Armee, die mitten in unseren Städten Militärlis spielt. Und zuallerletzt wollen wir eine Armee, die politisiert, sich mit Paraden in öffentliche Angelegenheiten einmischt – und dies zwei Wochen vor den kantonalzürcherischen Wahlen! Diese Rüstungsschau ist in unserer Polit-Landschaft fehl am Platz, auch wenn sie mit dem biederen Namen «Wehrvorführung» daherstolziert. Selbst das brave Schweizer Radio würde eine solche Machtdemonstration der Militärs in jedem andern Land als Versuch deuten, den Staat unter Druck zu setzen.

Nun, die Propagandawalze für die Seethaler-Festspiele ist eben am Anlaufen. Falls die Militärs ihre Schau durchstieren sollten (wofür sie die volle Verantwortung zu tragen haben), so fordern wir:

- Keine Panzer in der Stadt!
- Keine Bombenabwürfe und kein Fliegerschiessen ins Seebecken und keine Ueberflüge!
- Eine kontradiktorische öffentliche Veranstaltung unmittelbar vor Beginn der Wehrvorführung!
- Verzicht auf die plumpe Einmischung in die Politik durch ein Pseudo-Plebiszit der Militärs!
- Rechenschaft über die versteckten Kosten (Polizeiaufgebot, Dienstleistungen der Stadt, Landschäden, durch Spenden gedeckte Kosten usw.) und die Übernahme aller Kosten durch die Armee!

Zur Durchsetzung dieser Forderungen und zur auflockernden Bereicherung der Wehrvorführung sind einige Aktionen geplant. Ausserdem suchen wir weitere Ideen. Wer m einem Ad-hoc-Komitee «Seethaler-Festspiele 79» mitarbeiten möchte, kann sich bei der Redaktion «das konzept» telefonisch oder schriftlich melden!

*Div Seethaler:*

## «Feiert mich!»

Oberstdivisionär Frank Seethaler (58) kommandiert heuer das letzte Mal die Zürcher Felddivision 6. Der Berufsoffizier, der es bis zum Zweisterngeneral brachte, dürfte Ende 1979 beruflich am Ende sein. Für den Publicity-bewussten Seethaler ist das Grund genug, eine ganz grosse Abschieds-Show zu geben. Sein Befehl: «Feiert mich!»

Und so feiern sie ihn: Ihm zu Ehren wird die FDiv6 zwei Tage lang die Stadt Zürich militärisch besetzen, oder (wie es offiziell heisst): eine «Wehrvorführung» veranstalten, «wie sie bisher in dieser Form nirgends zu sehen war».

Vor genau 30 Jahren begann der ausgebildete Dr. iur. seine militärische Karriere als Infanterie-Instruktor. Seine Führer-Qualitäten holte sich «Franky Boy» (Soldatenjargon) in zivilen Managerkursen und bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Aber was ist der beste Führer ohne die nötigen Verbindungen? Seethaler hat sie: als Helveter und als Rotarier (Klassifikation «Landesverteidigung»).

Der redegewandte Haudegen hat nie die Meinung vertreten, Schlachten seien nur auf dem Felde zu führen. Besonders in Fahrt gerät Seethaler, wenn es an der inneren Front linke Armeekritiker zu bekämpfen gilt. So staffete er im Winter 1974/75 einen «friedlichen Feldzug der Information», um der «plumpen Betriebsamkeit der Soldatenkomitees» zu begegnen. Seethaler liess Freiwillige ausserdienstlich zu Dutzenden zu Polit-Ordonnanzen ausbilden, die man als «Diskussionspartner» in Schulen usw. entsenden konnte. Die «dialektische Schulung» übernahm in diesen Kursen, wie könnte es anders sein, Oberstleutnant Cincera.

Auch wenn es am 16. und 17. März so wenig wie möglich ums Debattieren gehen soll, so stehen Seethalers Polit-Ordonnanzen doch vorsorglicherweise im Einsatz: als Begleiter von Schulklassen und für alle Fälle in der Umgebung des famosen Bürkliplatz–Hyde-Park-Corners, wo sie Armee-Kritiker neutralisieren sollen.

Die Truppe sei, das wisse man aus Erfahrung, so gut wie ihre Führer, rief Seethaler seinen Offizieren Anfang Januar am Jahresrapport zu. Jawolll, Führer, wir feiern Dich!

## Gute Information ist nicht gratis!

Ueber 30 000 Studentinnen und Studenten lesen «das konzept» jeden Monat. Warum sind das nicht auch 30 000 Abonnenten? Alle fortschrittlichen Gratisleser zumindest müssten eigentlich einsehen, dass eine kritische Zeitung nicht ohne finanzielle Basis – und das sind in erster Linie die Abonnenten – auskommen kann. 18 Franken im Jahr ist «das konzept» wert.
Der Abotalon befindet sich auf Seite 12

KUBA
Dreiwöchige Studien- und Informations-Reisen.
30.3.-18.4./Fr. 2750.-
Verlang den Reisekatalog!
SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.

## Militärs übernehmen die Macht

*Fortsetzung von Seite 1*

rei, eine Feldbäckerei, der Munitionsumschlag und anderes zu bestaunen.

● In der Brunau und am Höckler wird scharf geböllert, mit allerei Waffen und der Zivilbevölkerung am Abzug von Maschinengewehren und Rak-Rohren.

● Disneyland auch am Mythenquai: Erwachsene dürfen Schützenpanzer fahren.

● Gib einem erwachsenen Mann Kriegsmaterial in die Hand, und er verliert den Verstand: Zivilisten können mit Panzern andere Panzer auf der gegenüberliegenden Seeseite abschiessen – wenn auch nur symbolisch.

### Heiri Zürcher ärgert sich

«Nun ist es aber diesen Obristen wirklich in den Kopf gestiegen», ärgert sich Zürcher. *«Die verpulvern unser Steuergeld und ziehen eine nutzlose Show ab.»* Ziemlich muff marschiert er vom Bankenplatz Richtung Fraumünster und Stadthaus. Den Platzspeaker hat er inzwischen erkannt: Major Charles Raedersdorf, in Friedenszeiten beim Radio zu hören. Tatsächlich. Da thronen doch vor dem Fraumünster, genau dort, wo sein Vater als Büezer ohnmächtig den Generalstreiktruppen des späteren Fröntlers Emil Sonderegger gegenüberstand, schwere Centurions und Panzer 68. Zürcher längt's. *«Haut ab, haut ab, wir sind hier in der Schweiz, in einer Demokratie, jawohl»,* schreit er den verdutzten Soldaten entgegen.

Doch schon haben ihn zwei Heerespolizisten sachte am Arm genommen und führen ihn zum Bürkliplatz. «Für Stänkerer haben wir einen speziellen Platz», muss sich Zürcher belehren lassen. Und siehe da: Der Musikpavillon in der Bürklianlage ist zu einem Hydepark-Corner umgerüstet worden, wo jeder sein Maul aufreissen darf. Denn auch in einer belagerten Stadt soll wenigstens ein Fleckchen Meinungsäusserungsfreiheit erhalten bleiben, und sei es noch so klein. Wie man das halt von 1.-August-Rednertribünen kennt: Auch hier die unvermeidliche Schweizer Fahne, nur noch etwas überdimensionierter, und davor zwei Soldaten im Kampfanzug, damit auch jeder gleich weiss, wer in diesem Land die Meinungsfreiheit verteidigt.

### Und wer bezahlt?

Zürcher vergeht die Lust. Nein, auf diese Art obrigkeitlich zugelassener Narren-Kritik kann er verzichten. Heiri Zürcher ist einer von 50 000–100 000 Besuchern, die *Div Seethaler* zu seiner *Abschiedsfeier von der Felddivision 6* erwartet. Die Verkehrszusammenbrüche, die Behinderungen für den Normalbürger und der Aufwand für die Polizei sind mit *Grossveranstaltungen à la Sechseläuten* vergleichbar. Natürlich tragen die Steuerzahler diese Kosten, denn Stadtpräsident Sigmund Widmer ist schliesslich Oberst in der Armee und stets zu Diensten, wenn ein Höherer etwas von ihm verlangt.

Fotomontage: Wolfgang Suttner

### Ein Führer nimmt Abschied

Spätestens am diesjährigen Januar-Rapport war es den Offizieren der FDiv6 klar: Den Anstoss zur «Wehrvorführung» 1979 gab Seethalers Idee, glanzvoller und pompöser von seiner Truppe Abschied zu nehmen als irgendein Divisionär vor ihm. Und da die Armee von oben nach unten geführt wird, hatte er auch gleich alle Mittel zur Hand, um sich die gewünschte Befriedigung zu verschaffen. Im auf Jahresanfang *zum Major beförderten Hauptmann und PR-Berater Hans Glarner* fand sich ein eifrigwilliger Regisseur, um den Seethaler-Personenkult effektvoll zu inszenieren.

Glarners Ziel ist die *totale Durchdringung der Stadt mit Militär und militärischen Symbolen.* Nicht nur die Plätze der Stadt, auch die Köpfe und Gefühle ihrer Bewohner sollen durchdrungen sein vom Armeekult, von der Verherrlichung der – legalisierten – Gewalt, vom Staunen über die Leistungen der Kriegstechnik und von der Überzeugung, allein die Armee könne unsere Unabhängigkeit und Sicherheit garantieren.

Seethaler und eine prominente Eskorte von Militärs und Politikern – allen voran *«die Spitzen des EMD»* – werden *als Mäzene* der Veranstaltung in Erscheinung treten. Sie bescheren der Stadt einen militärischen Lunapark, Tötungsgerät als Spielzeug, Fliegerangriffe, Bombenabwürfe und Häuserkampf als Volksbelustigung: Soviel Zynismus scheint nur bei einer Bevölkerung möglich zu sein, die zu Lebzeiten keinen Krieg erlebt hat.

### Eine Hand wäscht die andere

Für Seethaler und seine Helfer scheint die Armee nicht mehr ein notwendiges Übel zu sein, sondern ein Lebensinhalt. Ihnen ist jedes Mittel recht, um diesen Lebensinhalt zu verteidigen: Schulklassen und Stellungspflichtige sollen durch die Schau geschleust werden – natürlich zusammen mit kundigen Führern, die sich für die Beantwortung kritischer Fragen freiwillig haben schulen lassen. *Oberstleutnant und Erziehungsdirektor Alfred Gilgen* («Wenn Sie diesem Mann am 1. April wieder Ihre Stimme geben, so wird dieser Scherz böse Folgen haben») hat nichts dagegen, dass die Zürcher Schüler militaristisch indoktriniert werden (denn früh übt sich, was einmal mit Kanonen auf Spatzen schiessen will). Mehr noch: Im jüngsten Schulblatt werden die Lehrer geradezu ermuntert, klassenweise an die Seethaler-Festspiele zu marschieren.

### Teure Werte bewahren

Ob als Klassenbegleiter oder anderswo – solche «Diskussionspartner» (!) sollen an allen kritischen Punkten plaziert werden, wo es kritischen Bürgern einfallen könnte, statt zu spielen zu diskutieren und zu denken. Ein «Argumentenkatalog», den alle «Gesprächspartner des Volkes» erhalten, soll – so misstrauisch ist die Armee-Hierarchie – dafür sorgen, dass auf jede Frage die richtige Standardantwort gegeben wird. Dieser Katalog behauptet unter anderem, in der Schweiz könne jeder seinen Beruf frei wählen und sagen, was er wolle. Es werde niemand monatelang ohne Gerichtsurteil eingekerkert, und überhaupt entscheide der Wille der Mehrheit. Das sind nur einige der Werte, die wir laut Katalog zu verteidigen haben. Die Wehrhaftigkeit beruhe – so heisst es unter anderem weiter – auf unserer Bereitschaft, Armeekredite zu bewilligen, um Rüstungslücken zu schliessen. Ausserdem werden wir dazu angehalten, gegen Waffenplätze nicht zu opponieren. Sollte es einmal zu einem Krieg kommen, rechnen die Militärs mit grossen Verlusten, die indessen auch ihr Gutes haben, da sie die Bevölkerung zu verzweifeltem Widerstand anstacheln werden.

Die Läden der City – sonst eher auf Konsumschlachten spezialisiert – sind eingeladen, Militärisches in ihre Schaufenster zu stellen. Theater und Kinos sollen ebenfalls in den kriegerischen Chor einstimmen (unser Vorschlag: der Klassiker «Im Westen nichts Neues» von Remarque oder der Vietnam-Film «Mash») . . .

### Patrioten 1956

Was Patrioten vor 23 Jahren von Panzern in schweizerischen Innenstädten hielten, zeigt folgende Episode: Die «Aktion Niemals Vergessen», die während der Ungarnkrise an der Berner Uni gegründet wurde, verteilte während der Monate November und Dezember 1956 insgesamt 15 000 Molotow-Cocktails unter die Bevölkerung – eine Aufrüstungsaktion, die auch von höchsten Armeeführern gelobt wurde . . .

## PR-Glarner auf dem Regiestuhl

Auch die Armee hat's kapiert: Keine Show ohne Regie. Jahrzehntelang monopolisierte das Büro von Oberst Farner diese Sparte. Für einmal soll eine unbekannte Nummer die Chance erhalten: der Zolliker Leserbriefschreiber und Werbeberater Hans Glarner. Der Nachwuchsspieler in der Gilde der politisierenden Werbefachmänner (Farner, «Trumpf Buur»-Eibel, Hans Georg Giger, Karl F. Schneider, Cincera) darf in Seethalers Festspielen die Regie führen. Spielt er seine Nummer gut, so kann das auch geschäftlich nicht schaden. Militärisch geht's schliesslich bereits flott vorwärts. Aus den drei Hauptmann-Spaghettis an Glarners steifem Hut ist am 1. Januar eine dicke Majorsnudel geworden.

Mitunter zieht es der Öffentlichkeitsarbeiter Glarner vor, in aller Stille zu wirken. Etwa, als er sich beim damaligen Dienstkameraden Cincera erkundigte, «was die Linken zu den Betriebsschliessungen sagen». Oder als er im WK Mitarbeiter für eine Pro-Schaufelberger-Kampagne suchte, die mithelfen sollten, den Obersten Schaufelberger auf einen Lehrstuhl für Kriegsgeschichte zu hieven. Oder als er WK-Untergebene einsetzte, um in Zeitungen Armeekritisches zu registrieren und auszuschneiden.

Die Zeit, die Glarner neben seinem Beruf (und dem emsigen Leserbriefschreiben) übrigbleibt, opfert er seit Monaten für die publizistische Planung der Seethaler Festspiele. Alles, was den staunenden Zürchern am 16. und 17. März dargeboten wird, ist *einem* Ziel untergeordnet: es soll publikumswirksam sein.

Als PR-Profi will Glarner sowohl die Zuschauer wie die Massenmedien einsalben. Die Zuschauer will mann faszinieren, beeindrucken, staunen und mitspielen lassen, also die Armee sinnlich erfahrbar machen. Nur keine Debatten, nur keine vernünftigen, kontradiktorischen Geschichten! Kurz: Man will die Besucher überall kitzeln, nur nicht im Hirn.

Die Nicht-Besucher sollen per Medien bearbeitet werden. Und weil Radio und Fernsehen am meisten Leute erreichen, dürfen ihre Reporter wie in den grossen Manövern im Heli herumfliegen, genauer: sie werden zur richtigen Zeit dorhin geflogen, wo es Glarners Propagandabrigade für zweckmässig hält.

Ein erstes Vorspiel hat Glarner auf den kommenden Montag, 19. Februar, festgesetzt. Dann will er vor den geladenen Journalisten zum ersten Mal den Vorhang der Seethaler Festspiele lüften.

Wir haben beschlossen, dem überlasteten Major Glarner etwas Arbeit abzunehmen. Auch wenn uns dafür keine WK-Tage angerechnet werden.

# echo

## Das Recht auf Satire

Das Recht auf Satire, Briefwechsel «das konzept»–Walter Erb, in Nr. 1/79.

Über die Tatsache des zunehmenden Abbaus demokratischer Rechte ist sich ein grosser Teil der Linken einig. Ich glaube auch die «konzept»-Redaktion und Walter Erb. Die Differenzen beginnen bei der Frage: *Welche Logik, welche Kräfte stehen hinter der zunehmenden Repression?* Ist die bedrohliche Entwicklung Resultat eines für die Arbeiterbewegung insgesamt ungünstigen Kräfteverhältnisses, oder haben wir es mit den «zwingenden Entwicklungsgesetzen» der bürgerlichen Gesellschaft zu tun, die unaufhaltsam ihre faschistischen Blüten treibt, wenn es ihr gefällt? Ich meine dazu folgendes:

1. Die Repression bei uns mit derjenigen in Ländern wie Chile oder Nicaragua gleichsetzen zu wollen, ist verheerend. Der Vergleich geht völlig an der Tatsache vorbei, dass das *Ausmass* der Repression immer von dem globalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis abhängig ist. Repression misst sich nicht an technisch realisierbarer Repressionsmöglichkeit, sondern ist Ausdruck der jeweiligen Klassenkämpfe.

Denn wenn dem nicht so sein sollte, soll mir jemand erklären, warum der chilenische Widerstand kein Tribunal gegen Unterdrückung im eigenen Land abhalten kann, während das 3. Internationale Russel-Tribunal die Verletzung der Menschenrechte in der BRD im eigenen Land abhalten kann. Oder wieso erschiesst der deutsche Bundesgrenzschutz nicht Streikposten der deutschen Stahlarbeiter? Die militärtechnischen Möglichkeiten hätte er doch?!

2. Es stimmt, dass in der bürgerlichen Ordnung *Keime* des Faschismus vorhanden sind. Damit diese aber zum *Treiben* kommen, braucht es mehr als selektive Berufsverbote und verschärfte Rechtsbestimmungen. Denn Faschismus bedeutet schliesslich (oder wollen wir ihn wirklich verharmlosen?) die Zerschlagung jeglicher Organisationsform der Arbeiterbewegung, eine definitive historische Niederlage der Arbeiterbewegung insgesamt für eine längere Periode (oder wollen wir die selbstmörderische Sozialfaschismustheorie der Stalinisten in den dreissiger Jahren wieder kultivieren?).

3. Gerade heute, wo eine differenzierte Einschätzung der Repression für ihre Bekämpfungsmöglichkeiten weichenstellend wird, können wir uns nicht mit Satiren begnügen, die oberflächliche Parallelen zwischen Hitler und Cincera (als gelehrigem Schüler!) ziehen. Denn wenn der Faschismus bereits an der Tagesordnung wäre, müssten wir denn da nicht unsere öffentlichen Veranstaltungen in Geheimsitzungen umwandeln und das Flugblätterverteilen und Artikelschreiben mit Attentaten vertauschen?

Eben: Solche Satire ist schon recht – aber hilft sie heute verhindern, dass die Satire morgen verboten wird?

*Georg Geiger, Basel*
*(Mitglied DM)*

## Grobes Geschütz

Als vollberuflicher Witzhandwerker bin ich in der Aussage für oder gegen Produkte meiner Kollegen befangen. Die Hitler-Postkarte hat mich amüsiert. Man sollte ja in unserer Branche nicht immer gleich mit dem gröbsten Geschütz auffahren, da man sonst Gefahr läuft, einen Gehörschaden einzufangen.

In diesem Fall aber wirkt die Botschaft aus dem Jenseits so verfremdend und abstrakt, dass die bleierne Schwere, die solch massive Vergleiche sonst mit sich bringen, wieder aufgelöst wird.

*Hans Sigg*

## Satire im Recht?

Ich greife auch gerne in die «buntgemischte Früchteschale», nach Auskunft des Fremdwörterdudens ist das die Direktübersetzung von Satire. W. Erbs «Recht auf Satire» betrifft auch mich. Ich stimme ihm insofern zu, dass Satire nicht zu weit gehen kann. Aber ich habe das Gefühl, dass sie manchmal danebengehen kann.

W. Erb schildert und zeigt (fingiert) einen «Lernprozess mit tödlichem Ausgang» (A. Kluge).[1] Die Aussage seiner Grafik, die «Subtilität der (Hitlerschen) Methoden» und deren «Überwindung», wandelt sich in seiner Begründung unter der Hand zur sarkastisch-zynischen Schärfe («es ist gut, Angst zu haben/KZ-Insassen wissen am besten Bescheid»). Vermutlich ist das, wie ich meine, Entfremdung (nicht Distanz) vom «Gegenstand», die vielleicht latent in der Grafik schon vorhanden ist/war. Die Grafik (nicht die Satire) ist mir zu weit weg. W. Erb will sagen, dass Cincera «faschistische» Züge hat. Wieso soll Cincera Hitlers Schüler sein? Wieso braucht W. Erb dazu Hitler, nur weil inzwischen jedermann weiss, dass dieser Faschist war? Für mich benützt W. Erb Oberflächenreize. Warum zeichnet er nicht eine gewöhnliche Briefmarke und unterschreibt mit dem eigenen Namen? Meiner Ansicht nach bleibt es sonst Verniedlichung, es trifft Cincera (oder allgemein die westliche Repression) keineswegs, gleichzeitig ist es aber ein weiteres Mal eine «intellektuelle» Verharmlosung (Isolierung) des Hitler-Faschismus. Das heisst nicht, dass Hitler aus jeder Satire, Karikatur zu verbannen ist, aber ich glaube, dass der historische Kontext und fruchtbare Vergleich (zum Beispiel Hitler–Pinochet) beziehungsweise Widersprüche beachtet werden müssen. Satire ist (für mich) der Versuch, den gewissen Leuten ihre eigene «Wahrheit» in ihren eigenen Mund zurückzustecken, damit sie an deren Unwahrheit aufstossen müssen, zu entlarven oder zu erkennen sind.

*Diejenigen, die den Mund zu voll nehmen; erkennbar an ihnen selbst.*

Satire ist (für mich) selten a priori im Recht, also nicht Satire um jeden Preis (!), die zudem so meist humorlos bleibt/bleiben muss, sondern Satire über die Arroganz, die diese gewissen Leute autoritär-verschleiert (repressiv) selbst bestimmen, und Satire um die Möglichkeit, «dass Lernprozesse in der Veränderung Spass machen» (W. Kunde),[2] das heisst in der Perspektive «unserer» gemeinsamen Wirklichkeit.

*Christian Mürner*

**Anmerkungen:**
1) A. Kluge, Lernprozesse mit tödlichem Ausgang, Frankfurt a. M., 1973
2) W. Kunde u. L. Wawrzyn, Eingreifendes Fotografieren, Berlin, 1979

## Wir mahnen nicht gerne

*Zum Jahresende haben unsere Abonnenten wieder einmal einen grünen Schein erhalten. Um laufend zahlungskräftig zu bleiben, sind wir im «konzept» darauf angewiesen, dass die Abonnemente möglichst rasch beglichen werden. Viele «konzept»-Leser haben bereits in die Tasche gegriffen – auf die andern warten wir noch. Damit wir auf das leidige Mahnungen-Verschikken verzichten können, hoffen wir, dass auch die Langsam-Zahler bald zur Post gehen.* *«das konzept»*

## das konzept Tip

### Unverantwortliche Politik mit Atomabfällen

*gh.* Der neueste, in gut verständlicher Sprache abgefasste Report (Nr. 6) der Schweizerischen Energiestiftung (SES) dokumentiert vielseitig und gut recherchiert das Problem der Beseitigung radioaktiver Abfälle. Das Schwergewicht dieses Berichts liegt auf der Endlagerung des in der Schweiz produzierten Abfalls und kommt zum Schluss, dass aus geologischer Sicht die *Risiken* einer Endlagerung in der Schweiz *generell höher sind,* als in den meisten im Ausland diskutierten Gebieten.

Der Report ist im Buchhandel für 10 Fr. erhältlich. Auslieferung: «buch 2000», Postfach 36, 8910 Affoltern a. A.

### Abstimmungsfest

Das Zürcher Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (ZAK) veranstaltet am Sonntag, 18. Februar (Abstimmung über die Atomschutz-Initiative), ein grosses Fest. Musik ist organisiert, man diskutiert, tanzt, kommentiert die Resultate, die laufend am Fernsehen mitverfolgt werden können. Mit dem Stimmzettel kannst du mithelfen, dass das Fest ein doppelter Erfolg wird.

Sonntag, 18. Februar, ab 15 bis 24 Uhr, Rest. Kaufleuten, Konzertsaal, Pelikanstrasse, Zürich.

## ++ redaktionelles ++ redak

*Dem «konzept» geht es zurzeit und auf weiteres hin wie dem vierbeinigen Stuhl, dem plötzlich ein Bein abgesägt wird. Die vier Beine: Gelder der Studentenschaften (abgesägt!), Abonnenten, Inserate und Spenden. Die drei bleibenden Beine müssen jetzt zurechtgerückt werden.*

*150 000 Fr. kostet «das konzept» im Jahr: aber nur so wenig dank «Löhnen» von 1000 Fr. im Monat, dank Schreibhonoraren von 200 Fr. pro Seite (wo gut und gern eine Woche Arbeit drinstecken mag). «Alternativer» geht's nicht.*

*Trotzdem, die Tatsache bleibt: 20 000 Fr. fehlen ab sofort. Da nützt es leider zuwenig, dass wir jetzt schon ein Loblied auf die stetig steigende Abonnentenzahl singen können. Es sollten über Nacht tausend Neuabonnenten sein.*

*Wer «das konzept» als Hintergrund-Berichterstattung kennt und schätzt (und es bis jetzt gratis gelesen hat), der darf beim Griff zum Geldbeutel nicht zögern. Mindestens 18 Fr. im Jahr sollten fürs «konzept» noch drin sein.* Die Redaktion

*NB: Wir danken ganz herzlich all denen, welche «das konzept» bereits mit einem Solidaritätsbeitrag unterstützt haben. Auf Ihr Bein können wir doch weiterhin zählen?*

**das konzept**

**Redaktion:** Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Modi, Ruedi Küng, Liselotte Suter.
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

**Redaktionsstelle Bern:** Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

**Herausgeber:** Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETH Z).

**Erscheinungsweise:** Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000

**Abonnemente:** pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

**Inserate:** Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

**Druck und Versand:** Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

| | |
|---|---|
| **Mitarbeiter-Sitzung:** | **9. 2. 79** |
| Weinbergstrasse 31 | 12 Uhr |
| **Redaktionsschluss** | **Nr. 3/79: 26. 2. 79** |
| **Inserateschluss:** | **Nr. 3/79: 2. 3. 79** |

*Betriebstreue zum AKW: Wenn der Atombetrieb zum Arbeitsplatz wird*

# Die strahlende Sicherheit der Atomarbeiter

*Von Georg Hodel*

**Vergangenen Dezember machte ein Protestbrief gegen den Auftritt des prominenten Atomkraftwerkgegners Robert Jungk im Schweizer Radio Schlagzeilen. Rund die Hälfte der Belegschaften in den AKW Beznau und Mühleberg prangerte in einem offenen Brief an die Presse den Missbrauch von Redefreiheit an: der «Atomstaat»-Theoretiker gefährde mit seiner Polemik ihre Arbeitsplätze. Warum fühlen sich die Atomarbeiter in ihrem Job, um den sie bangen, so sicher?**

«Ein ganz normaler Job», meinte Karl Stänz, 38, Reaktoroperateur gegenüber einem Journalisten der Fernsehzeitung «TR 7», zu seiner Arbeit im Atomkraftwerk Beznau. «Wenn es so schön läuft wie jetzt, wird es einem fast langweilig. Im Gespräch supponieren wir manchmal Unfälle, damit wir etwas Abwechslung haben» Der gelernte Elektromechaniker ist überzeugt, «dass nichts passieren kann: Wenn ich den falschen Knopf drücke, kann höchstens der Reaktor ausschalten. Die Sicherheit ist bereits eingebaut.»

### Menschliches Versagen . . .

Was es allerdings heisst, den falschen Knopf zu drücken, zeigt ein Unfall, der sich im November 1975 im Atomkraftwerk Gundremmingen (BRD) ereignet hatte. Damals waren zwei Handwerker durch einen Arbeitsunfall ums Leben gekommen. Nach Informationen des Bundesinnenministeriums waren zwei Handwerker bei einer *unsachgemäss* durchgeführten Wartungsmassnahme durch plötzlich austretenden Dampf mit einer Temperatur von 285 Grad verbrüht worden. Was war geschehen?

### . . . aus Angst vor Betriebsstopp

Eigentlich hätte der Reaktor abstellen müssen. Der damit verbundene Stromausfall hätte aber Kosten in Millionenhöhe nach sich gezogen. Der lakonisch mit «unsachgemäss durchgeführter Wartungsmassnahme» umschriebene Tatbestand erwies sich dann bei näherer Betrachtung als *bewusste Manipulation* am Sicherheitssystem. Um die enormen Kosten eines Betriebsunterbruchs einzusparen, hatten die Techniker in Gundremmingen kurzerhand wesentliche Teile des Sicherheitssystems einfach ausgeschaltet! Eine Verkettung von unglücklichen Umständen hatte dann zur Katastrophe geführt. Es ist bislang einer der wenigen Zwischenfälle, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, bei dem Fehlmanipulationen (lies «menschliches Versagen») bekannt wurden – nicht immer gibt es Tote.

In Anbetracht der weit über 100 000 Störfälle, die in den letzten Jahren bei Atomkraftwerken der westlichen Welt registriert wurden, wirkt es schon recht zynisch, wenn Atomarbeiter so beim Schwatz zwischendurch, aus purer Langeweile einen Unfall supponieren . . .

Hinter einem über zwei Meter hohen, doppelten Maschendrahtzaun, zusätzlich gesichert durch Stacheldraht, überwacht von Fernsehkameras – neuerdings sogar mit Radar – und von regelmässig patroullierenden Betriebswächtern mit 38er-Colts, die den Arbeitsplatz schützen, umgeben von einer Unzahl technischer Kontrollsysteme, fällt die Sorglosigkeit offenbar leicht.

### Sicherheit gegen Vertrauen . . .

Im Gespräch mit den Angestellten im AKW Beznau war zu erfahren, dass sich die Atomkraftwerkbetreiber und die schweizerische «Atombehörde» (KSA) allem Anschein nach jede erdenkliche Mühe geben, es an Sicherheitseinrichtungen nicht fehlen zu lassen: So wird die Strahlenbelastung für Arbeiten im Strahlungsfeld des Reaktors vermittels Aerosolanalysen und Edelgasproben kontinuierlich gemessen. Das Personal führt ständig Dosimeter mit sich, die vor jedem Eintritt ins Strahlungsfeld kontrolliert werden. Die Messwerte werden protokolliert und von der Strahlenschutzequipe periodisch überprüft. Bei Tätigkeiten mit erhöhter Strahlenbelastung – zum Beispiel Entladen eines Reaktors – sind die einzelnen Arbeitsabläufe von langer Hand geplant. Oft nimmt diese Arbeitsvorbereitung mehr Zeit in Anspruch als der eigentliche Einsatz im Strahlungsfeld. Gewöhnlich werden bei solchen Arbeiten *zwei* Techniker eingesetzt, damit bei einem «Ausfall» direkte Hilfe geboten werden kann.

Bei der *Festlegung* der Sicherheitsmassnahmen haben die Angestellten aber nichts zu sagen, die meisten finden das auch gar nicht nötig. Das Vertrauen in die Behörden und in die Kernkraftwerkleitung ist gross, ja grenzenlos.

### . . . auch bei der Information

Die Chefs der Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg, Küfer und Lutz versorgen das AKW-Personal in regelmässigen Hearings mit nützlicher Information: laufend werden die neuesten Nachrichten von der «Atomfront» analysiert und kommentiert. Über Störfälle und dergleichen wird dem Personal ebenfalls «objektiv» berichtet. Dass hie und da eine Auskunft aus «sicherheitspolitischen» Gründen nicht weitergegeben werden kann, versteht sich beinah von selbst. Nach Ansicht vieler Angestellter in Beznau und Mühleberg wird ohnehin eher zuviel als zuwenig für die Sicherheit getan; die zahlreichen Kontrollgänge und Materialprüfungen seien geradezu «lästig».

### «Es gibt ja noch gefährlichere Jobs»

In der Tat sind die Vorschriften für den Routinebetrieb eines Atomkraftwerkes im allgemeinen strenger und vollständiger als jene für die übrige Industrie. Sie vermitteln den Angestellten ein Gefühl von *zusätzlicher* Sicherheit, die in Wirklichkeit aber nicht geboten wird.

So darf nach den einschlägigen Gesetzesbestimmungen die Strahlenbelastung für «exponierte» Personen (Atomarbeiter) um den Faktor 10 höher liegen als für die Zivilbevölkerung. Wissenschaftliche Erkenntnisse über gesundheitliche Belastungen von Personen, die einem Mehrfachen der normalen Strahlenbelastung ausgesetzt gewesen sind, nehmen sich eher bescheiden aus. «Man hat ja mit den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki Erfahrungen sammeln können», meint ein gewitzter Techniker. «Wenn ich nach Savognin in die Ferien fahre, bin ich einer höheren Strahlenbelastung ausgesetzt als im Kernkraftwerk selbst.» Dass dieser Vergleich hinkt, stört unsere Atomarbeiter wenig; schliesslich gebe es ja noch gefährlichere Jobs, zum Beispiel in der Chemie, und eines Tages werde man bestimmt die Radioaktivität besser in der Griff bekommen.

### Gewerkschaft: Eher störend

Weniger optimistisch hingegen beurteilen die Atomarbeiter die *wirtschaftliche* Zukunft ihres Arbeitsplatzes: Dass es mit der Wiederaufarbeitung und Endlagerung des Atomabfalls harzt, wird – wenn auch ungern – zugegeben. «In 4 bis 5 Jahren hocken wir auf den abgebrannten Brennelementen herum und wissen nicht, wohin damit. Vorläufig können wir noch keinen ausgebrannten Brennstoff lagern.»

Auf die Unterstützung der Gewerkschaft wird auch bei diesem Arbeitsplatzrisiko wenig gesetzt. «Es sind nur ganz wenige, die bei uns in der Gewerkschaft sind, ein paar sind auch wieder ausgetreten, nachdem der VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) die Ja-Parole für die Atomschutzinitiative herausgegeben hat.»

Aufgrund der *hochqualifizierten Ausbildung,* über die sich die Reaktoroperateure ausweisen können, wird die Arbeitslosigkeit beim Verlust der Stelle von ihnen nicht gefürchtet. «Jeder von uns kann ohne Schwierigkeiten an einem andern Ort der Energieproduktion eingesetzt werden, Probleme gäbe es dann nur für die unteren Chargen oder in den Zulieferwerken.»

Für viele ist die Gewerkschaft sogar eher ein Störfaktor: «Die kann ja doch nichts ausrichten, die wird von der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) einfach übergangen, der VPOD ist ja nicht gerade ein angenehmer Verhandlungspartner.»

Auch für die breite Opposition gegen die Atomkraftwerke hat man wenig Verständnis und schon gar keins für die «Atomfeinde» in der Gewerkschaft. «Das ist doch Maschinenstürmerei!» Dass die Atomschutzinitiative mit allen Mitteln bekämpft werden muss, ist offenbar eine unbestrittene Sache: «Viele unserer Leute leisten in der Freizeit Aufklärungsarbeit vor Einkaufszentren und verteilen Flugblätter, auch haben wir Angestellten einen eigenen Fonds, um die Kampagne zu finanzieren.» Dass dabei der NOK etwas nachhilft, ist mehr als eine böse Vermutung. (vgl. Brief) ●

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter — Baden, im Januar 1979

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung über die Probleme [redacted]

Wir bitten Sie, diesen Brief – mit Absender, persönlicher Anrede und Ihrer Unterschrift oder als Beilage zu einem persönlichen Begleitschreiben – möglichst bald allen Personen zuzustellen, die Sie kennen. Sie können den Brief bei uns in beliebiger Stückzahl beziehen. Was Sie noch erledigen müssen ist also der Versand. Noch besser wäre es freilich, wenn Sie mit einem eigenen persönlichen Brief Ihren Bekanntenkreis informieren könnten.

Liegt Ihnen etwas an unserer Energieversorgung – an unseren Arbeitsplätzen? Werden Sie aktiv – unternehmen Sie etwas!

Wollen Sie Ihren Bekannten weitere Broschüren über die Energieversorgung zustellen? Wir besorgen Ihnen diese im Rahmen unserer Möglichkeiten gerne.

Mit bestem Dank für Ihre Mitarbeit — grüsst Sie freundlich

Aktion der NOK-Arbeitnehmer gegen die Atominitiative

Präsident: — Co-Präsident:

Beilage: Brief

### Muss das AKW Mühleberg stillgelegt werden?

*SES/dk.* In der unmittelbaren Nähe des Atomkraftwerks Mühleberg ist die radioaktive Strahlung *einige hundertmal* grösser als bisher zugegeben. Die Strahlung übersteigt die offiziell zulässigen Höchstwerte um ein Vielfaches. Dies haben neuere Messungen von Bundesstellen und von Privaten ergeben. Ein unzureichendes Überwachungssystem führte dazu, dass eine wichtige Strahlungsquelle, nämlich das Maschinenhaus des Atomkraftwerks, bisher völlig unbeachtet blieb. Vor allem für die betroffenen Arbeiter im Atomkraftwerk ist die festgestellte Überschreitung gravierend. Dass die Verantwortlichen von diesem Problem gewusst haben, geht aus einem internen Bericht der *Eidgenössischen Kommission für die Überwachung der Radioaktivität (KUeR)* hervor. Gegenüber dem «konzept» behauptete der *stellvertretende Direktor von Mühleberg, Schreiber,* das Dokument sei eine Fälschung, was von der KUeR aber nicht bestätigt wird – eine Notlüge?

## Spots

*Je älter die AKW werden, desto verseuchter werden sie und desto stärker werden die Arbeiter bestrahlt. Im AKW Grundremmingen (BRD), das in Europa am längsten in Betrieb ist, hat sich die Bestrahlung der Mitarbeiter seit Beginn verachtfacht, in Mühleberg hat sich die Bestrahlung der Arbeiter innerhalb von vier Jahren vervierfacht. Damit Strahlenbelastung der qualifizierten Mitarbeiter in den gesetzlichen Limiten bleibt, stellen die AKW je länger, je mehr Hilfskräfte ein, die nur vorübergehend im AKW arbeiten. In Grundremmingen hat sich die Belastung dieser Hilfskräfte innert zehn Jahren verzwanzigfacht, in Mühleberg innert fünf Jahren versechsfacht.*

*

*Die Franzosen verfügen derzeit – nach dem Ausfall von Windscale 1973 – als einzige westliche Nation über eine industrielle Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente. Die schweizerischen Firmen mussten sich verpflichten, den Abfall ab 1990 zurückzunehmen, die Franzosen verlangen nun zusätzlich, dass auch für den Rücktransport des Mülls gehaftet wird. («Der Spiegel» 3/79)*

*Wie Staat und Privatwirtschaft das Energiegeschäft aufteilen*

# Der Elektrofilz

*Von Ruggero Schleicher und Hansjakob Baumgartner*

**Staat und Privatwirtschaft teilen das Geschäft mit der elektrischen Energie friedlich unter sich auf. Den fetteren Brocken beansprucht – wen wundert's – die Privatwirtschaft. Die öffentliche Hand besorgt vor allem die Produktion und Verteilung von elektrischem Strom, da bleiben die Gewinnaussichten begrenzt. Private Firmen übernehmen die weit einträglichere Projektierung und Ausrüstung von Kraftwerken.**

Zwar sind immer noch einige Kraftwerke ganz oder teilweise in privaten Händen. Rund ein *Fünftel* der schweizerischen Elektrizitätsproduktion wird unter der Regie der *Alusuisse-Motor-Columbus-Gruppe* erzeugt. Einen etwas geringeren Anteil kontrolliert die mit der Kreditanstalt verbundene *Elektrowatt.* Mehrheitlich sind indessen die Kraftwerkgesellschaften heute in öffentlichem Besitz. Das war nicht immer so.

### Elektroindustrie sorgt vor

Die ersten Stromversorgungsunternehmen waren Töchter der Elektroindustrie. Ihnen kam die Aufgabe zu, das Kapital für die Realisierung millionenschwerer Kraftwerkprojekte zusammenzubringen. Damit sicherten sie den Absatz von Produkten ihrer Muttergesellschaften, die damals am Anfang einer stürmischen Entwicklung standen. So rief Walter Boveri senior 1895 die Motor AG – Vorgängerin des Badener Elektrokonzerns Motor-Columbus – ins Leben. Die deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) gründete ihrerseits die Elektrowatt.

Ausgerichtet auf ihren eigentlichen Zweck, Märkte für die Elektroindustrie zu erschliessen, waren die privaten Elektroholdings am Betrieb von Kraftwerken weniger interessiert. Sie liessen sich die Projektierungsaufträge fürstlich bezahlen, schanzten der mit ihnen verfilzten Industrie möglichst alle lukrativen Aufträge zu – und verkauften dann die Anlagen vornehmlich öffentlichen Gesellschaften. Auf diese Weise war die Motor-Columbus Geburtshelferin der heute staatlichen Elektrizitätsfirmen Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) und Bernische Kraftwerke AG (BKW).

### Einfluss auf Energiepolitik

Mit den verbleibenden Beteiligungen an der Elektrizitätswirtschaft sichern sich die privaten Elektrokonzerne heute ihren Einfluss auf die Energiepolitik. Die gegenseitige finanzielle und personelle Verflechtung ergibt eine ungetrübte Harmonie zwischen Staat und Wirtschaft: Der Staat sorgt mit einer geeigneten Energiepolitik für eine erspriessliche Entwicklung der Privatwirtschaft – und trägt das «unternehmerische Risiko».

### Die sieben Grössten auf dem Elektrizitätsmarkt:

Nordostschweiz. Kraftwerke AG (NOK)
Elektrizitätsges. Laufenburg AG (EGL)
Bernische Kraftwerke AG (BKW)
Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel)
SA l'Energie de l'Ouest Suisse (EOS)
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ)
Centralschweiz. Kraftwerke AG (CKW)

NOK, EOS, EWZ und BKW sind in öffentlichem Besitz, die drei anderen werden von privaten Firmen dominiert. Während die Elektrowatt die EGL und die CKW kontrolliert, ist die Atel in den Händen der Motor-Columbus. Diese beiden Firmen sind sowohl Elektroholdings als auch Ingenieurunternehmen. In der Schweiz haben sie praktisch das Monopol für die Projektierung von Kraftwerkanlagen.

Die unberechenbaren Kosten der Atomenergie beeinträchtigen so die Ertragsentwicklung der Privatwirtschaft weniger. Können diese Kosten nicht über Strompreiserhöhungen wieder hereingeholt werden, so tragen vor allem öffentliche Gesellschaften – das heisst (wieder) die Steuerzahler – die Verluste.

### BKW – Regierungsrat beherrscht Privatunternehmen

Zu über 90 Prozent gehören die BKW heute dem Kanton Bern. Die Gesellschaft ist jedoch privatrechtlich organisiert. Komplizierte Strukturen verhindern eine demokratische Kontrolle. Indem der bernische Regierungsrat – also die Exekutive – 19 von 23 Verwaltungsratsmandaten verteilt, beherrscht er fak-

*Fortsetzung auf Seite 3*

# Ferienziele für Abenteurer

## Marokko "oben ohne"

Der grosse Abenteuerplausch.
Mit dem Sundecker-Bus durch das faszinierende Marokko. Ceuta-Tanger-Rabat-Agadir-Tafraout-Marrakesch-Fes-Ceuta.
16.3.-1.4. 990.-
6.-22.4./19.5.-4.6. 1130.-

## Jemen 2390.-

Märchenstädte, Moscheen, Burgen, wilde Landschaft - eine 17tägige Reise in ein Land voller Geheimnisse.
Eingeschlossen sind Flug, Rundreise, Vollpension, SSR-Reiseleiter.
Reisedaten: 21.3.-6.4. / 4.-20.4.

## Aegypten

Aegypten nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben:

### Segeln auf dem Nil 1.310.-

Kairo-Assuan-Luxor-Edfu-Kairo, alles inbegriffen. 8. - 22.4.

### Land der Nofretete 1.310.-

Einzigartige Aegyptenreise: Kairo-Gizeh-Sakkara-Luxor-Kairo.
Flug, Hotel, Transfers, Ausflüge.
1.-15.4. Fr. 1430.-/11.-22.4. Fr. 1310.-

### Aegypten per Bus 1.390.-

Prunkvolle Schätze, sagenumwobene Pyramiden, Felsengräber und Tempeln: Kairo-Gizeh-El Minya-Nag Hammadi-Luxor-Kairo. Inbegriffen: Flug, Transfers, Ausflüge, Unterkunft.
25.3.-8.4. Fr. 1390.- / 4.-18.4. Fr. 1420.-

## Frühlings-Entmüdungs-Touren

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rom | 160.- | Istanbul | 495.- |
| Venedig | 185.- | London | 225.- |
| Florenz | 175.- | Amsterdam | 350.- |
| Prag | 380.- | Paris | 140.- |

Günstiger Skifahren mit dem Ski-Rail-Billett vom SSR
Abfahrt jeden Samstag/Sonntag nach Klosters, Davos, St. Moritz und Andermatt. Verlang das Sonderprogramm!

Weitere interessante Frühlingsreisen findest Du im SSR-Sonderprospekt. Anrufen, bestellen. Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.


# HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

## Die Folgen eines «kleineren» Unfalls im AKW Gösgen

Ein Unfall im Atomkraftwerk Gösgen, der in der sogenannten «inneren Zone im Umkreis von 4 bis 5 km» den Alarm «erhöhte Gefahr» auslöst, würde bei Schönwetter-Ostwind die Hauptachsen des schweizerischen Eisenbahnverkehrs sofort lahmlegen. Auch das solothurnische Kantonale Spital in Olten mit seinen 460 Betten liegt innerhalb dieser Zone, und die Insassen müssten innerhalb einer Stunde in die Schutzräume gebracht werden. Wohin wird man dann die infolge des Unfalls Stahlengeschädigten bringen? Etwa durch die radioaktive Wolke nach Aarau?

Bei Westwind erreicht in einem analogen Fall die radioaktive Wolke – ebenfalls ungehemmt durch meteorologische oder topographische Schranken, aareabwärts kanalisiert – nach 5 km die Stadt Aarau, nach 7 km das aargauische Kantonsspital. Weht der Föhn, dann steigt die Wolke über den weniger dicht bewohnten Jurakamm, wird aber in den Hängen und Wäldern länger hängenbleiben und haften als in den offenen Talschaften.

Der Chef der Sektion Personen- und Umgebungsschutz in der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK), Diplomphysiker Serge Prêtre, hat in den Beschwerdeverhandlungen zu den Baubewilligungen von Leibstadt vor der Eidgenössischen Justizabteilung eingehend folgendes erläutert: Sofort tödliche Auswirkungen sind bis zu Entfernungen von 12 bis 15 km möglich. Ausdrücklich hält Prêtre fest: das betrifft *nicht die schlimmsten* Unfälle der sogenannten Super-GAU-Klasse, sondern *harmlosere,* mit denen wir aber 100mal häufiger rechnen müssen. Diese Erklärungen umfassen nur Sofortwirkungen aus der vorbeiziehenden radioaktiven Wolke, lassen aber Spätschäden und Schäden aus anhaltender Erdbodenverstrahlung unbeachtet.

Die ASK und die Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA) denken aber nicht daran, «den neuesten Stand der Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen», wozu sie verpflichtet wären. Im Gegenteil, die zuständigen Behörden erklären, es sei ein Sicherheitsrisiko, das Atomkraftwerk Gösgen nicht sofort in Betrieb zu setzen, und nötigen damit das Energiewirtschaftsdepartement, den Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung für das A-Werk Gösgen die ihnen gesetzlich zukommende aufschiebende Wirkung zu entziehen.

Im Umkreis von 4 km um den Standort Gösgen leben rund 23 000, im Umkreis von 8 km sogar 146 000 Menschen. In der Betriebsbewilligung für das Atomkraftwerk Gösgen heisst es dazu: «In nächster Umgebung befindet sich gegenwärtig relativ dünn besiedeltes Gebiet.» Bundesrat Ritschard, der die Verfügung unterzeichnet hat, sollte eigentlich das solothurnische Niederamt besser kennen. Im Weltvergleich sind die am dichtesten umsiedelten Atomkraftwerk-Standort Mülheim-Kärlich/BRD (8 km), Gösgen (8 km) und Kaiseraugst (16 km). Für die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) bildete das Beispiel des Atomkraftwerks Bailly (USA) mit 30 000 Einwohnern im Umkreis von 8 km die Grenze der Zulässigkeit. *Gemäss Richtlinien der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) ist der Standort Gösgen für ein Atomkraftwerk unzulässig.*

Der ASK und der KSA waren die genannten Richtlinien bislang nicht bekannt!

Am 23. Juni 1970 hatte das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement der Eidgenössischen Kommission für elektrische Anlagen den Auftrag erteilt, bei der Suche nach optimalen Standorten für künftige Atomkraftwerke unter anderem die «Erfüllung der Voraussetzungen nach Atomgesetz» zu berücksichtigen, das heisst zu prüfen, ob zum Beispiel gemäss Atomgesetz der Schutz von Menschen gewährleistet sei. Im abgelieferten Bericht vom 29. September 1972 ist der erwähnte bundesrätliche Auftrag überhaupt nicht berücksichtigt. Dieses Beispiel dafür, dass Aufträge, die den Schutz von Menschen und Umwelt zum Ziel hatten, nicht ausgeführt wurden, ist im Zuge der Atomenergie-Forcierung kein Einzelfall.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn schliesst sein Vorwort zur «Informationsschrift für die Bevölkerung in der näheren Umgebung des Kernkraftwerks Gösgen-Däniken» mit dem Satz: «Wir dürfen den verantwortlichen Wissenschaftern und Ingenieuren Vertrauen entgegenbringen.»

*Konradin Kreuzer, Ing. chem. ETH*

## Der Elektrofilz

*Fortsetzung von Seite 3*

tisch die BKW. Das hindert ihn nicht daran, jegliche Forderung, die Geschäftspolitik dieser Gesellschaft in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen, mit dem Argument abzuwimmeln, die BKW seien eine selbständige Firma. So erklärte er sich für unzuständig, einen Investitionsstopp für das von der BKW geplante A-Werk Graben zu verfügen.

Am Widerspruch zwischen öffentlichem Besitz und privatrechtlicher Organisation der BKW entzündeten sich denn auch schon mehrmals Konflikte. Erstmals erhitzten sich die Gemüter, als die BKW in den zwanziger Jahren das Wasserkraftwerk Mühleberg in Betrieb nahmen. Das Budget für die Baukosten hatte man um über 100 Prozent überzogen. Rufe nach öffentlicher Kontrolle wurden laut. Besonders ungehörig mekkerte damals ein gewisser Robert Grimm, weiland Bürgerschreck im Generalstreik. Man beruhigte ihn ein Jahr später mit einem Sitz im Verwaltungsrat. Immerhin wurde damals die Organisation der BKW ein wenig geändert: man billigte dem Kantonsparlament mehr Einflussmöglichkeiten zu. Beschlüsse über Kapitalaufwendungen von mehr als drei Millionen Franken entzog man der Kompetenz des Verwaltungsrats und übertrug sie der Aktionärsversammlung. Und während vorher der Regierungsrat allein die Vertreter des staatlichen Aktienbesitzes in diesem Gremium instruiert hatte, tat dies fortan der Grosse Rat (Legislative).

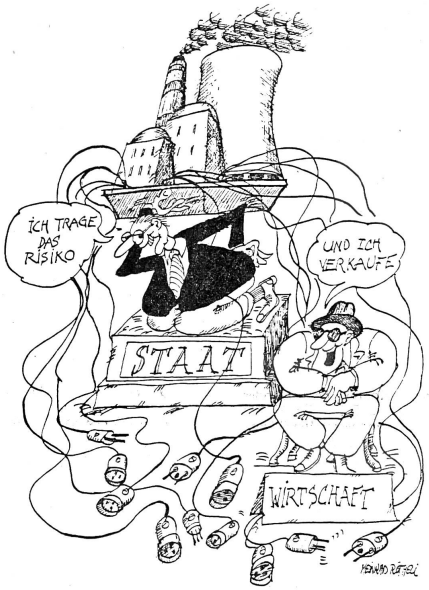
Diese Regelung blieb 43 Jahre in Kraft. Rechtzeitig, bevor die BKW sich zum Bau des milliardenschweren A-Werks Graben entschlossen, wurde im Grossen Rat der Beschluss, künftig auf dieses Recht zu verzichten, durchgeboxt.

Heute wird erneut mehr Einfluss des Parlaments auf die BKW gefordert. Verschiedene Grossräte sähen – wachgerüttelt durch den Widerstand gegen das Graben-Projekt – gerne die 1971 leichtfertig verschenkten Kontrollrechte wieder eingeführt. Der Regierungsrat wehrt sich, bisher erfolgreich, mit Händen und Füssen dagegen, einen Teil seiner uneingeschränkten – und bei passender Gelegenheit geleugneten – Entscheidungsgewalt abzutreten. Die Presse leistet ihm Schützenhilfe. So kommentierte zum Beispiel der «Bund» einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss indigniert als Versuch, die BKW zu «bevormunden». Der Chefredaktor dieser obrigkeitstreuen Zeitung, P. Schaffroth, sitzt seit Jahren im Verwaltungsrat der BKW . . .

### NOK – Preistreiber der Atomenergie

Vollständig in öffentlichem Besitz sind die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK). Geführt wird diese Firma jedoch nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Verwaltungsrat E. Bachmann, bis 1977 Präsident, sitzt gleichzeitig in den Verwaltungsräten der Lonza (im Besitz der Alusuisse) und der Kreditanstalt (eng verbunden mit der Elektrowatt). Für gute Beziehungen zu den AKW-Planern ist also gesorgt.

Von allen Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben sich die NOK denn auch am meisten im AKW-Bau engagiert. Sie betreiben das erste kommerzielle AKW der Schweiz: Beznau I. Über die Hälfte des NOK-Stroms liefern heute Atommeiler. Die bevorstehende elfprozentige Tariferhöhung – nach der Einsprache des Preisüberwachers gerade so lange hinausgeschoben, dass er nichts mehr dazu zu sagen hatte – begründete die NOK mit beträchtlichen finanziellen Unsicherheiten, die mit der Erzeugung von Atomstrom verbunden sind. «Die Verzögerungen beim Bau neuer Kernkraftwerke kosten Geld und werden eines Tages die Stromkosten belasten, gleich wie die sehr aufwendigen Massnahmen, die zum Schutz der Atomkraftwerke vor Sabotage und Terroranschlägen getroffen werden müssen», erklärte Willi Geiger, sanktgallischer Regierungsrat und Präsident der NOK.




Seit dieser Ankündigung und der heftigen Auseinandersetzung um das AKW Gösgen (zu 25 Prozent im Besitz der NOK) ist der Unmut über die selbstherrlichen Milliardenentscheide der NOK-Gewaltigen erheblich gewachsen. SP-Kantonsräte in Zürich verlangten in einer Gesetzesinitiative, dass das Kantonsparlament direkt Einfluss auf die Entscheide der NOK nehmen könne. Der Vorstoss scheiterte knapp an der bürgerlichen Ratsmehrheit.

Sozialdemokraten sind den NOK-Oberen ohnehin suspekt. Nach einem langen Ausleseverfahren blieb SP-Nationalrat Kurt Reiniger als einziger Bewerber für den Finanzdirektorposten der NOK übrig. Trotzdem gelang es dem Bürgerlichen, den früheren Thurgauer CVP-Regierungsrat Josef Harder auf diesen Posten zu hissen.

### Atel – Mistkübel für risikoreiche Beteiligungen

Wie die BKW und die NOK ist auch die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) ein Kind der Motor-Columbus. Während die beiden erwachsenen Töchter längst im Besitz der Öffentlichkeit sind, wird die Atel noch heute von der Motor-Columbus kontrolliert. Ein Grossteil der Aktien gehört indessen der öffentlichen Hand.

Kurz nachdem die Alusuisse die Motor-Columbus-Atel-Gruppe in ihren Konzern integriert hatte, verkaufte sie ihre Beteiligungen an den A-Werken Gösgen und Leibstadt (7,5 bzw. 6,5 Prozent) an die von ihr indirekt kontrollierten Atel. Man hatte gemerkt, dass Atomstrom viel kostspieliger wird als ursprünglich erwartet. Bei der Atel trägt der Staat wenigstens einen Teil des Risikos. Gegenwärtig will auch die Motor-Columbus ihre Beteiligungen am Emosson-Kraftwerk der halböffentlichen Atel weitergeben. Damit hätte die Motor-Columbus wieder flüssiges Geld für neue gewinnträchtige Projekte. ●

# Spots

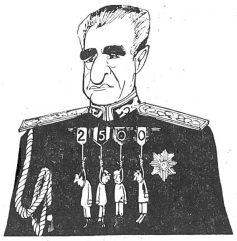
*In Beznau werden 450 Arbeiter durchschnittlich mit 10mal mehr als der natürlichen Strahlung belastet, in Mühleberg sind es 500 Arbeiter, die das Sechsfache erhalten. Um die Betriebsunterbrechungen möglichst klein zu halten – ein Tag kostet immerhin 1 Mio. Franken –, ist es wünschbar, einen Arbeiter möglichst lange an der Arbeit zu lassen, weil er alles kennt. In einem Bericht über die «Betriebserfahrungen mit 13 Leichtwasserreaktoren in Europa» vom November 77 geben H. R. Lutz (Mühleberg) und K. Küffer (NOK) einige interessante Informationen. So braucht das AKW Mühleberg für die gleiche Revisionsarbeit wie ein deutsches und ein schwedisches AKW viel weniger Zeit. Aber die Durchschnittsbelastung der Arbeiter war auch doppelt so hoch (870 mrem) wie in Schweden, weil dort auch doppelt so viele Leute eingesetzt wurden. Ein weiterer Grund gibt der Direktor von Mühleberg gleich noch selber an: «Die Abschirmvorrichtungen waren viel geringer» – damit man schneller arbeiten kann. («Atombetrug», Hrsg. ZAK, Zürich)*

*

*Es sind Fälle bekannt, wo Transportunternehmer Aufträge für radioaktive Transporte an Subunternehmer weitergegeben haben, die nicht die für solche Transporte notwendigen Fachkenntnisse hatten. In einem leergepumpten Teich im Stadtbezirk Frankfurts fanden Kinder eine Flasche, die mindestens das 1500fache dessen an Strontium 90 enthielt, was ein Erwachsener höchstens in seinen Knochen enthalten darf. Wieviel genau in der Flasche war, weiss niemand, weil die Kinder das Zeug verschüttet hatten. (Prof. Karl Bechert, 1976)*

*Schweizer Wirtschaftsbeziehungen mit Iran:*

# Waffen und Fluchtgeld



**bb. Das Regime des Schahs von Persien hält sich nicht zuletzt auch mit Schweizer Waffen an der Macht. Eine Dokumentation[1], verfasst von den beiden antimilitaristischen Zeitschriften «Friedenspolitik» und «virus» gibt Auskunft über die mit ausdrücklicher Bewilligung und Unterstützung des Bundesrats gelieferten Waffen an das Ausbeuter- und Unterdrückerregime in Iran.**

### Ausfuhren trotz Gesetz

Von 1968 bis 1978 lieferte der Bührle-Konzern für rund 600 Millionen Franken Waffen und Munition aus der Schweiz an die iranische Armee. (Der Gesamtumfang der von Bührle an Persien verkauften Waffen in dieser Zeit dürfte zwischen 1,5 und 2 Milliarden Franken betragen, denn der grösste Teil, etwa zwei Drittel, der Bührle-Waffen wird im Ausland produziert.) Zuständig für die Bewilligungen, Waffen aus der Schweiz auszuführen, ist der Bundesrat, der das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial anzuwenden hat, das ausdrücklich Waffenausfuhren nach Gebieten verbietet, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht oder auszubrechen droht. Bis in den Herbst 1978 erteilte der Bundesrat Bewilligungen für Waffenausfuhren nach Iran, obwohl ihm die Unterdrückung der Menschenrechte in Iran bewusst sein mussten.

> ***«Nein, über Menschenrechte habe ich nicht gesprochen»***
>
> *«Die Gespräche waren ein ausgesprochener Erfolg. Wir haben das substantiellste Ergebnis, das sich je zugunsten der Schweiz in einer gemischten Kommission erzielen liess, nach Hause gebracht.»*
> *Bundesrat Ernst Brugger, 15. 7. 1977*
>
> *«Nein, über die Menschenrechte habe ich mit meinen Gastgebern nicht gesprochen.»*
> *Bundesrat Ernst Brugger, 15. 7. 1977*
>
> *«Die Gespräche waren von einer ausgeprägt freundlichen Atmosphäre und einem positiven Geist der Zusammenarbeit gekennzeichnet.»*
> *Offizielle Mitteilung nach dem Schahbesuch Bundesrat Ernst Bruggers*
>
> *«Im Vordergrund steht die Errichtung eines petrochemischen Werkes durch ein schweizerisches Konsortium (. . .) im Umfang von 3 Milliarden Dollar. (. . .) Im Bestreben, die Eigenversorgung zu fördern, kommen auch landwirtschaftliche Produkte (Milch und Milchprodukte), Simmentaler Kühe, Maschinen zur Kühlung von Getreide, Futtermühlen und Silobauten in Frage.»*
> *Das Ergebnis des viertägigen Schahbesuchs Bruggers, nach «NZZ» 16./17. Juli 1977*

### Zustände in Iran vertuscht

1971 veröffentlichte die welsche satirische Zeitung «La pilule» einen Artikel über den Schah mit dem Titel «Dieser Mann ist ein Mörder». Der Bundesrat nahm den Inhalt dieses Artikels nicht nur nicht zur Kenntnis, sondern ordnete auf Begehren des Schahs sogar einen Prozess gegen den Herausgeber der Zeitschrift an wegen «Majestätsbeleidigung». Als im selben Jahr der persische Oppositionelle *Bahaman Nirumand* zu einer Vortragsreihe in die Schweiz eingeladen wurde, ordnete der Bundesrat ein Redeverbot an.

Mit Wissen und Willen versuchte der Bundesrat die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse in Iran irrezuführen. Auch auf parlamentarische Anfragen nach der Besetzung von wirtschaftlich wichtigen Inseln im Persischen Golf durch die iranische Armee beschwichtigte der Bundesrat die beunruhigte Öffentlichkeit: Obwohl sich die Situation in Iran zusehends verschärfte und nach dem Platzen der Savak-Affäre im Juni 1976 für jedermann offensichtlich wurde, dass die Macht des Schahs auf Gewalt und Unterdrückung des Volkes beruhte, nahm der Bundesrat dies mit der lakonischen Bemerkung zur Kenntnis, dass er die Lage in Iran «weiterhin aufmerksam verfolge»; er sah jedoch keinen Anlass, die Waffenausfuhrbewilligungen zu stoppen.

Im vergangenen Herbst reichte deshalb Nationalrat *Hansjörg Braunschweig* (SP) nochmals eine Interpellation ein, die Auskunft verlangt über die Waffenlieferungen nach Iran. (Allein im ersten Halbjahr 1978 wurde für über 6 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Iran exportiert.) Bis heute hat der Bundesrat diese Interpellation noch nicht beantwortet und auch keinen Waffenausfuhrstopp für Iran erlassen.

### Fluchtgelder für die Schweiz

Die Schweizer Wirtschaft exportiert aber nicht nur Waffen nach Iran: Die Exporte nach Iran haben sich 1970 um mehr als das Dreifache erhöht. Zurzeit ist der Bund – laut SP-Pressedienst – mit gut einer Milliarde Franken Exportrisikogarantie am Iran-Geschäft der Schweizer Wirtschaft beteiligt. Geld, das im schlimmsten Fall – und damit rechnen eigentlich auch Insider – vom Steuerzahler aufgebracht werden muss, denn die iranischen Unternehmer haben ihr Kapital schon längst auf schweizerischen Banken in Sicherheit gebracht.

Ende November 1978 wurden in Teheran von Streikenden der Iranischen Zentralbank Flugblätter mit 144 Namen der Kaiserfamilie, der Generalität und der Savak, die allein zwischen Oktober und November 1978 zusammen 4 Milliarden Schweizer Franken auf ausländische Banken verschoben haben, verteilt. Als Drehscheibe für dieses iranische Fluchtkapital wird die Genfer Filiale der Schweizerischen Bankgesellschaft genannt («Stern», 25. Januar 1979).

Mit den geltenden gesetzlichen Grundlagen kann der Zufluss der iranischen Fluchtgelder nicht gestoppt werden. Für die Schweizer Banken ist formaljuristisch alles in Ordnung: Die mit dem Schah verflochtene Zentralbank habe die entsprechenden Ausfuhrbewilligungen erteilt. Eine eventuelle künftige neue iranische Regierung müsste vor den schweizerischen Gerichten den Beweis antreten, dass diese Gelder aus Diebstählen oder Unterschlagungen stammen, damit sie die Summen zurückerhält. ●

[1] «Anklageschrift an die schweizerische und internationale Öffentlichkeit betreffend die schweizerischen Waffenlieferungen zur Stützung des Unterdrücker- und Ausbeuterregimes des Schahs von Persien von 1968 bis 1978», zu beziehen bei ARW, Postfach 28, 8026 Zürich.

*Noch 30 000 Unterschriften für Zivildienstinitiative fehlen*

# Verweigerer noch immer kriminell

***rk.* 13 Monate nach der Lancierung fehlen der Initiative für einen echten Zivildienst noch 30 000 Unterschriften. Das Komitee ist der Überzeugung, diese bis Ende April gesammelt zu haben. So lange gelten Verweigerer weiter als Kriminelle, wie ein neuer Gerichtsfall beweist.**

Die Zivildienstinitiative wurde als Alternative zur Münchensteiner Initiative (vom Volk verworfen) im November 1977 gestartet. Sie sieht einen zivilen Ersatzdienst von anderthalbmal der Länge des Militärdienstes vor. Der Ersatzdienst ist als wirklicher Friedensdienst konzipiert: er ermöglicht die Untersuchung von Gewaltursachen und Konflikten und sieht auch Einsätze im Ausland (dritte Welt) vor. (Vgl. zur Auseinandersetzung um die Initiative «das konzept», Nr. 11/77.)

### Übergangsrecht

Für die Initiative gilt der Übergangsrecht, das heisst, die Unterschriften müssten erst bis Ende November 1979 zusammen sein. Das Komitee hat sich jedoch zur Aufgabe gesetzt, die Sammlung innerhalb der heute geltenden Frist von 18 Monaten abzuschliessen.

### Verweigererzahl steigt wieder

Wie der jüngsten Statistik zu entnehmen ist, steigt die Zahl der Militärdienstverweigerer wieder: 1976 waren es 367, 1977 345, 1978 zählt die Statistik 391 Fälle. Die ethischen und die religiösen Gründe für die Verweigerung dominieren, die politischen sind abnehmend. Die Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln: die Dunkelziffer der psychiatrisch «Ausgemusterten» ist nicht erfasst; sie dürfte nach Schätzung eines Komiteemitglieds etwa eben so hoch wie die offizielle Zahl sein.

### Ein seltener Fall von bedingtem Strafvollzug

Aufmerksamkeit verdient ein Verweigererprozess vom 25. 10. 78. Der Rekrut R. S. wurde vom Divisionsgericht 8 in Luzern zwar zu 75 Tagen Haft verurteilt, der Strafvollzug wurde ihm jedoch – bei Ausschluss aus dem Heer! – *bedingt* gewährt. Die Gründe dafür liegen nach Auskunft von Grossrichter *Peyer* in der Person des Angeklagten. Er habe dem Gericht glaubwürdig Gewähr geboten, nicht erneut straffällig zu werden. In fast allen Fällen müsse angenommen werden, *dass der Angeklagte auch im zivilen Leben straffällig werde, meinte Peyer zum «konzept»!* Deshalb werde der bedingte Strafvollzug äusserst selten gewährt. Einen möglichen Ausweg aus dieser Kriminalisierung von Dienstverweigerern bietet die Zivildienstinitiative.

(Unterschriftenbogen und Auskünfte bei: *Initiativkomitee für einen echten Zivildienst, Postfach 158, 3052 Zollikofen, 031/57 69 85)*

## Spots

*Der Kanton Bern hat sich demnächst mit einer Motion zu befassen, welche die Einrichtung eines Friedensforschungsinstituts anregt. (Vor elf Jahren war dies schon einmal – leider erfolglos – der Fall.) Gleichzeitig hat sich der bernische Grosse Rat mit einem Postulat zu befassen, welches öffentliche Unterstützung für das Armeemuseum fordert. Das müsste eigentlich gut zusammengehen: je mehr das Friedensforschungsinstitut seiner Aufgabe nachkommt, desto mehr brauchen wir ein Armeemuseum.*

*

*Ein Arbeitnehmer, der sich darüber beschwert, dass sein Arbeitgeber nicht die erforderlichen Massnahmen gegen Gesundheitsschädigungen ergreift, begeht «Treueverletzung» und verdient, entlassen zu werden – so ein Arbeitsgericht in der BR Deutschland 1978. Schliesslich hat der ungetreue Arbeitnehmer wegen eines «geringen Eigenvorteils» gegen den Boss die Gefahr einer amtlichen Untersuchung heraufbeschworen. Die deutsche IG Metall hat das Gerichtsurteil als eine «schreiende Ungerechtigkeit» bezeichnet.*

*

*Im brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro sind 1978 47 Polizisten wegen Mordes und weitere 171 wegen «undisziplinierten Verhaltens» aus dem Dienst entlassen worden. Dies teilte das Amt für Öffentlichkeitsarbeit der brasilianischen Militärpolizei mit. – Noch nicht bekanntgegeben wurden die Höhe der Abgangsentschädigungen und die Aussichten für weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Doch im Westen rechnen gutunterrichtete Kreise damit, dass sich Brasilien das Demokratieimage etwas kosten lässt.*

*

*Bertell Ollmann, Professor der Politologie in New York, entwarf «für Kinder von acht bis achtzig» ein Würfelspiel «Klassenkampf», das nach Monopoly-Muster gespielt wird. Wer eine Fabrik besetzt und den Boss in der Toilette einsperrt oder Autos produziert, die schnell veralten, darf beispielsweise zwei Felder vorrücken. Pech hat, wer auf Feld Nummer 81 kommt: Das bedeutet Atomkrieg und vorzeitigen Spielabbruch. – Ein lustiges Spiel für die ganze Familie!*

*Sowjetunion antwortet auf gewerkschaftlichen Vorwurf*

# Rote Panzer für Pinochet?

**Charles Levinson, Generalsekretär der «Internationalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden», schrieb in diversen Zeitungen Westeuropas, die Sowjetunion habe dem Pinochet-Chile fünfzig T-54-Panzer geliefert. «das konzept» bat die sowjetische Presseagentur Novosti um eine Stellungnahme.**

Levinson wörtlich: «Diese zehn Jahre alten Panzer – für eine eventuelle Ost-West-Konfrontation nicht mehr geeignet, aber noch gut genug, um kommunistisch gesteuerte Unruhen unter Kontrolle zu bringen – wurden zusammen mit Ersatzteilen und 1300 Granaten pro T-54-Tank geliefert. Das ganze Geschäft wurde in Dollars abgewickelt. Durchschnittspreis pro Stück: 200 000 D-Mark. Zu zahlen auf ein Nummernkonto in Genf.

Der ‹deal› lief über die bulgarische Gesellschaft Kintex und über die tschechoslowakische Gesellschaft Omnipol. Die Sowjetpanzer für das Chile Pinochets wurden vom jugoslawischen Hafen Rijeka aus verschifft.»

### Presseagentur Novosti antwortet

Sowjetische Panzer in Chile. Das erinnert an einen in der Stossrichtung kaum unterschiedlichen Propagandakrieg im Chile der Wahlen, vor acht Jahren. Damals war es die chilenische Reaktion, die mit Hilfe sowjetischer Panzer versuchte, die Wähler zu beeinflussen und den Antritt der Unidad Popular zu verhindern: Eine provokatorische Photomontage zeigte einen sowjetischen Panzer vor der Moneda, dem Präsidentenpalast. Nun, drei Jahre später fuhren vor der Moneda tatsächlich Panzer auf. Allerdings nicht sowjetische . . .

Die ganze Welt weiss, dass die Sowjetunion die chilenische Terrorjunta mit aller Entschiedenheit verurteilt hat. Ebenso bekannt ist es, dass die UdSSR unermüdlich einen Boykott der Junta fordert. Sowjetische Aussenhandelsorganisationen haben unmittelbar nach dem faschistischen Staatsstreich alle Handelsoperationen mit Firmen und Unternehmen dieses Landes eingestellt. Sämtliche möglichen Massnahmen wurden ergriffen, um das Eindringen sowjetischer Waren nach Chile oder chilenischer Waren via Drittländer in die Sowjetunion auszuschliessen. Von militärischer Zusammenarbeit, wie die Artikel auf perfideste Weise unterstellen, ganz zu schweigen.

### Ostgewerkschaften und die Multis

Bleibt die Frage, welche Absichten die Artikel verfolgen. Der Autor, Charles Levinson, hat den einen Verdienst, dass er seine Absicht klar darlegt. Ihm, als Generalsekretär einer internationalen Gewerkschaftsföderation, geht es um die Verhinderung einer Zusammenarbeit von Gewerkschaften aus Ost und West.

Beeinträchtigt die Wirtschaftszusammenarbeit der UdSSR mit dem Westen die Interessen der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern? Hat die UdSSR jemals auch nur ein einziges Wirtschaftsabkommen mit einer kapitalistischen Macht getroffen und dabei auf die Unterstützung der dort agierenden fortschrittlichen Kräfte verzichtet? Und weiter: Sind die Multis in erster Linie ein Problem der Gewerkschaften der sozialistischen Länder? Ist es ihre «Schuld», wenn im Westen multinationale kapitalistische Firmen vorherrschend sind? Ist das nicht vielmehr einer der realen Aspekte der kapitalistischen Welt? Nicht von den in den sozialistischen Ländern wirkenden Gewerkschaften hängt die Existenz oder Inexistenz der Multis ab, sondern in erster Linie vom Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, von *ihren* Gewerkschaften, von *ihren* Organisationen.

Warum also lehnt sich Charles Levinson gegen eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gewerkschaftszentralen, der Gewerkschaften aus verschiedenen Gesellschaftssystemen auf? Gewerkschaftlicher Futterneid im internationalen Massstab oder Rückfall in den kalten Krieg? Beides wohl und keines nützlich für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter in Ost und West in ihrem Kampf für soziale Gerechtigeit und Frieden.

*M. Pawlow (APN)*

*Das System der Zensur und die Einschränkung der bürgerlichen Öffentlichkeit*

# Freiheit auf staatlichen Abruf

*Von Oskar Negt*

**Die Berufsverbotsdebatte des III. Russell-Tribunals hatte letztes Jahr die Gemüter noch öffentlich erregt. Die zweite Sitzungsperiode, die sich Anfang dieses Jahres mit den Praktiken des Verfassungsschutzes, der Zensur und den Einschränkungen der Verteidigerrechte beschäftigte, wurde von den bürgerlichen Medien praktisch «totgeschwiegen». Vielleicht haben Regierung, Parteien und Gewerkschaften aus der publizitätsfördernden Diffamierungskampagne vom letzten Mal gelernt. Vielleicht finden sie aber auch – was übrigens ebenso für viele Linke gilt – die diesmal zur Sprache stehenden vielschichtigeren Menschenrechtsgefährdungen weitaus weniger spektakulär als die schlagzeilengerechten «Berufsverbote». Verstaatlichung der Grundrechte – auf diesen Begriff hat Prof. Oskar Negt die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD gebracht. Seine Analyse – er war Gutachter am Kölner Russell-Tribunal – drucken wir in Auszügen ab.**

Berufsverbote haben einen relativ präzisen juristischen und politischen Gegenstand; sie betreffen subjektive Rechte und definierbare Behörden, die sie verletzen. Der Begriff «Berufsverbot» konnte daher, als spezifisch deutscher Beitrag zum staatlichen Krisenmanagement in die Fremdwörterkataloge der Sprache anderer Länder eingehen. Ich kenne dagegen kein Land der Welt, das von dem Zwiespalt frei wäre: das Zensurverbot in der Verfassung zu deklarieren und in der Verfassungswirklichkeit Zensur zu üben, also auf einen der wirksamsten Mechanismen der Herrschaftssicherung zu verzichten. So könnte stärker als bei der Behandlung der Berufsverbote, gegen dieses Tribunal der Einwand erhoben werden, hier werde ein *allgemeines* Problem bürgerlicher Öffentlichkeit (und das gilt in nicht geringerem Masse von den Formen demonstrativer Öffentlichkeit in den sozialistischen Ländern) am deutschen Beispiel exemplifiziert und der westdeutschen Gesellschaft allein aufgebürdet, was sie mit fast allen anderen Gesellschaftsordnungen teilt.

### Zensurrealität

*Bezirksbibliotheken in Berlin:* 1974: In diesen Bibliotheken wird die Ausleihe von Büchern bestimmter Autoren wie Anna Seghers und Artur Koestler durch deren Magazinisierung erschwert. In Berlin-Steglitz tragen diese und Bücher anderer Autoren zusätzlich den Stempel : «Verfasser ist Kommunist». Aufgrund öffentlicher Proteste wurden diese Kennzeichnungen einige Monate später wieder entfernt.

*Stadtbücherei Lübeck und Wiesbaden:* 1977 beschwert sich ein FDP-Abgeordneter aus Lübeck über ein DDR-Kinderlexikon im Bestand der Kinder- und Jugendbücherei. Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, die die Mehrheit hat, wird beschlossen, dieses und andere DDR-Bücher in den Bestand der Erwachsenenbibliothek umzustellen. Damit stehen sie «Tot» und sind aus dem Verkehr gezogen.

Ebenfalls 1977 schafft die Stadtbücherei Wiesbaden dasselbe Lexikon an. Nach Bekanntwerden des Lübecker Vorfalls bekommt es die Bibliothekarin mit der Angst und überklebt fein säuberlich alle Textstellen, von denen sie glaubt, dass sie kritisiert werden könnten.

Zum politischen Klima in der BRD vgl. «konzept» 1/78: Kalter Wind vom Norden.

Ich muss dahingestellt sein lassen, ob und in welchem Umfang in anderen Ländern, z. B. in Schweden oder in den Vereinigten Staaten, Zensur in mehr oder minder subtilen Formen ausgeübt wird. Ich bin aber ziemlich sicher, dass kritische Beobachter dieser Länder genügend Beispiele aufführen könnten, die den unsrigen vergleichbar sind. Was die Verhältnisse der Bundesrepublik jedoch grundliegend von den Verhältnissen anderer westlicher Demokratien unterscheidet, ist der Umgang mit der Zensur, ist ihre strukturelle Entsprechung zu Vorurteilen, zu staatlich sanktionierten Feindbildern, zu Denkverboten, die auf dem Boden einer bürgerlichen Öffentlichkeit gewachsen sind, die keine stabilen und selbstbewussten demokratischen Traditionen kennt.

### «Verstaatlichung» der Gesellschaft

Was ich strukturelle Zensur nennen möchte, ist daher buchstäblich zu nehmen. Sie ist zugleich Ursache und Folge eines Zustandes, in dem immer stärker Tendenzen zur *«Verstaatlichung» der Gesellschaft* sichtbar werden. Zensur in unserem Lande ist deshalb nichts Isoliertes mehr, das man als Detail bekämpfen könnte.

Da moralische Empörung nichts ausrichtet und eher geeignet ist, die Ohnmacht gegenüber diesen Erscheinungen zu verstärken, kommt es darauf an, die spezifischen Rahmenbedingungen des gesamtgesellschaftlichen Klimas näher zu bezeichnen, die jene Vervielfältigung und Verlagerung der Zensur in der Bundesrepublik ermöglichen: Es ist das Beziehungsdreieck zwischen einem durch und durch angstbesetzten Revolutionsverständnis, der konstitutionellen Schwäche bürgerlicher Öffentlichkeit (und damit der Freiheitsrechte, die sie ausdrückt) sowie der traditionellen Staatsbezogenheit der deutschen Gesellschaft.

### Sieg der Beamtendemokratie

Es ist zweifellos eine der folgenreichsten Verschiebungen in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, dass jene beiden bestimmenden, meist antithetischen Entwicklungslinien in der deutschen Geschichte, Rechtsstaat und Demokratie, wieder auseinandertreten, und das bedeutet: dass die stabileren Traditionen des preussisch-autoritären Rechtsstaats mit seiher schlagkräftigen Beamtenbürokratie sich gegenüber den demokratisch-liberalen Elementen durchsetzen, sie aufzehren.

Die wachsende Staatsbezogenheit der westdeutschen Gesellschaft, die jedem von aussen kommenden Beobachtenden ins Auge springt, lässt sich gewiss als Resultat einer gesellschaftlichen Krise begreifen, die sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts auch in der Bundesrepublik vertieft und verallgemeinert hat, und zwar in wenigstens dreierlei Hinsicht:

- durch Arbeitslosigkeit
- durch Erosionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (was von Motivationskrisen der Jugendlichen, sozialem Trend von Randschichten, Drogen bis zum Terrorismus reicht.
- durch Verlust der kulturellen Hegemonie des konservativen Lagers, worunter z. B. Helmut Schelsky das bedrohlichste Phänomen der gegenwärtigen Gesellschaft begreift: den Machtanspruch einer neuen revolutionären Klasse, der Sinnproduzenten und Sinnvermittler, die in Universitäten, Schulen, Pfarrämtern, Medien sitzen.

Mit mehr oder minder grosser zeitlicher Verschiebung, verschiedener Intensität und wechselndem Umfang treten diese Ausdrucksformen der gesellschaftlichen Dauerkrise in allen spätkapitalistischen Ländern auf. Westdeutschland gehört in diesem Zusammenhang sogar zu den stabileren Ländern. Umso erstaunlicher ist es, dass innerhalb des bewusst deklarierten Primats der Innenpolitik, mit dem die sozialliberale Koalition vor zehn Jahren die Regierungsgeschäfte übernahm, kein Reformprogramm konsequent durchgeführt worden ist, mit einer einzigen Ausnahme: dem *gigantischen Ausbau des Sicherheitsapparates.* Das hat offenkundig objektive ideologische Ursachen und hat wenig mit dem guten Willen, dem Verrat oder der Bösartigkeit einzelner Politiker zu tun.

Da es dem deutschen Bürgertum zu keiner Zeit gelungen ist, sich in einer selbstbewussten revolutionären Aktion von feudaler Gewaltherrschaft und vom absolutistischen Staat zu befreien und sich als autonome Klasse zu konstituieren, sind ihm die liberalen Freiheitsrechte immer etwas Fremdes gewesen; nichts Selbstverständliches, eher *Rechte auf staatlichen Abruf.* In der Tat hat sich das deutsche Bürgertum nicht *gegen* den Staat, sondern *mit* dem Staat empanzipiert.

### Die ausgebliebene Revolution

So konnte kein *Staatsmisstrauen* entstehen, sondern umgekehrt ein *Grundmisstrauen in die Zuverlässigkeit der Bevölkerung,* die ihre Rechte gegen den Staat wahrnimmt und sich unterhalb der Staatsebene organisiert. Die extensive Wahrnehmung solcher Rechte, sobald sie in kollektiven Formen der Selbstorganisation erfolgt, vermischt sich mit diesen Bedingungen projektiver Chaosangst vollständig mit der Vorstellung eines revolutionären Umsturzes. In Deutschland verknüpft man Revolution viel mehr mit Verschwörungen und mit von Rädelsführern inszeniertem Aufruhr als mit jenen objektiven Prozessen, wie sie für alle geschichtlich bekannten Revolutionen kennzeichnend sind und gegen die dann auch gutgerüstete Polizei, Geheimdienste und repressive Gesetze nichts mehr ausrichten können.

*«Aufgrund der Tatsache, dass die BRD eine Führungsrolle in der westlichen Welt innehat und wegen des Einflusses, den sie auf die Politik der Regierungen anderer Länder in Westeuropa und anderswo ausübt, sollte jedes Anzeichen dafür, dass die Bundesrepublik von einer liberalen Demokratie in ein autoritäres und repressives Fahrwasser abgleitet, grosse Besorgnis bei allen erregen.»* *Russell-Tribunal, Jan. 79*

Man stellt sich vor, eine Revolution werde «gemacht», so wie man eine Brükke baut oder einen Verein gründet oder einen konterrevolutionären Putsch organisiert. Anti-staatliches Denken und Verhalten ist das sicherste Kriterium dafür; revolutionäre Gewalt, der Umsturz kündigt sich deshalb unter ganz verschiedenen Aktivitäten und literarischen Meinungsäusserungen an und sie können häufig nicht klein genug sein: Zwischen zivilem Ungehorsam, dem Unterricht eines marxistischen Lehrers oder Hochschullehrers, dem Tragen einer Anti-Atomplakette im Schulunterricht, einer Theateraufführung, terroristischen Aktionen, oder Basisorganisationen innerhalb der Arbeiterbewegung, der Lektüre eines Buches über Gewalt, gibt es in diesem durch gegenrevolutionäre Projektionen bestimmten Vorstellungshorizont prinzipiell keine Unterschiede.

### «Tendenz» als Gesinnung

Zensur unter den sozio-kulturellen Bedingungen der Bundesrepublik muss insgesamt als *Präventivzensur* verstanden werden; sie richtet sich nicht gegen die bürgerliche Öffentlichkeit, sondern zementiert und ergänzt deren Mechanismen. Betroffen von ihr sind dagegen in der Regel alle Formen von Basisöffentlichkeit, in der sich kollektive Organisationsformen als Alternativen zum bestehenden System herausbilden können: Formen von Öffentlichkeit also, die Lebensinteressen und Bedürfnisse der Menschen unmittelbar zum Ausdruck bringen. Eigentliche Gegenstände der Zensur sind daher «Tendenzen», nicht «Tatsachen», sind *Gesinnungen, nicht Handlungen.*

Tatsächlich geht es bei den gegenwärtigen Zensureingriffen auf Grund der neuen Gesetze längst nicht mehr darum, offene Gewaltpropaganda oder Billigung von Straftaten zu unterbinden. Fälle wie der Göttinger Buback-Nachruf, die biografische Selbstdokumentation des Bommi Baumann, das Disziplinarverfahren gegen Peter Brückner und zahlreiche andere Fälle zeigen die gleiche Tendenz: die Konstruktion eines ganz neuen Feldes von Tatbeständen, eine Art *literarischer Berührungsschuld* gegenüber bestimmten Gegenständen und Personen.

In Hannover ist einem Assistenten ein Disziplinarverfahren angedroht worden, der in einer Vorlesungsankündigung versprochen hatte, den durch soziales Elend verursachten Terrorzusammenhang in Familien und Hinterhöfen zu untersuchen – offenbar in Anlehnung an Heinrich Zilles Wort, dass eine Wohnung einen Menschen genauso töten könne wie eine Axt. Gegenüber einer von mir betreuten Dissertation mit dem verfänglichen Titel «List der Gewalt», eine grundlegende philosophisch-soziologische Untersuchung revolutionärer Bewegungen, erhob ein Kollege den Einwand, sie sei durch und durch Gewaltpropaganda. Belegen konnte er das an keinem Satz, aber seinen Argumenten konnte ich entnehmen, dass es ihn beruhigen würde, wenn der Dissertation eine persönliche Erklärung des Verfassers mit etwa folgendem Wortlaut vorausgeschickt wird: «Ich distanziere mich hiermit ausdrücklich von der französischen Revolution und dem algerischen Unabhängigkeitskrieg. Ich beschäftige mich mit dem Gewaltthema ausschliesslich in der Absicht, Revolutionen als Irrwege der menschlichen Entwicklung zu enthüllen.»

In allen mir bekannten Zensurfällen, die Anklagepunkte auf Grund der sogenannten Gewaltparagraphen des Strafgesetzbuches enthalten, geht es um die Errichtung von *Tabuzonen* und *Kontaktsperren* gegenüber aus dem politischen Bewusstsein verdrängten Gegenständen, um sie der politischen Öffentlichkeit zu entziehen.

### Staatsloyalität aus Angst

Die Entpolitisierung und Privatisierung dieses Grundrechts auf politische Willensbildung ist im übrigen vom Bundesverfassungsgericht in der Entscheidung vom 22. Mai 1975 festgehalten worden: das politische Grundrecht der Meinungsfreiheit wird zum «blossen Haben einer Überzeugung und zur blossen Mitteilung, dass man diese hat», verdünnt. In der Zensur, soweit sie literarische Dokumentation, Darstellungen und wissenschaftliche Analysen betrifft, sehe ich unter Bedingungen der Gesellschaft der Bundesrepublik ein wesentliches Legitimationsmittel, die kritische Realitätserfahrung der Menschen und die Artikulationen ihrer Lebensinteressen im Medium kollektiver Formen politischer Gegenöffentlichkeit einzuschränken und dadurch den gesamtgesellschaftlichen Konsensus einer unpolitischen Staatsloyalität, die in der Nachkriegsperiode bestand und jetzt zu zerbrechen droht, durch Angstprojektionen wieder herzustellen. Darin sehe ich die Hauptfunktion von Zensurmassnahmen; denn drei Formen der Darstellung von Gewalt liegen ja durchaus ausserhalb der Zensur: staatlich sanktionierte Gewalt, Krieg und individuelle Kriminalität.

### Wie weiter?

Die Jury des III. Internationalen Russell-Tribunals gab dazu zwei Beschlüsse bekannt:

- Bildung eines internationalen Russell-Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in der Bundesrepublik. Dieses soll die Entwicklung in der BRD beobachten und jährlich über einen Schwerpunkt von Repression berichten. J.-P. Sartre hat bereits seine Zustimmung zur Teilnahme gegeben. Eingeladen sind weiterhin: Robert Jungk, Johan Galtung, Vladimir Dedijer, Lolle Nauta, E. A. Taikeff (USA) und Noam Chomsky (USA).
- Das Thema des IV. Russell-Tribunals lautet: Einflussphären und Geheimdiplomatie. Eine Kommission wurde gebildet, die sich mit den Vorbereitungen beschäftigen soll.

Über Geschichte und Arbeitsweise des Russell-Tribunals vgl. «konzept» 3/78: BRD-Demokratie auf demokratischem Prüfstand.

*Carstens als BRD-Bundespräsident?*

## Ein Ex-Nazi will führen

*«Der erste Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss, hatte im Reichstag 1933 für Hitlers Ermächtigungsgesetze gestimmt, der Bundeskanzler Adenauer war ohne eigene Schuld bei Göring, dem er sich anbiedern wollte, abgeblitzt. In Adenauers Kanzleramt residierte der Staatssekretär Globke, vormals Kommentator von Hitlers Rassengesetzen.» Soviel Nazitum schlich sich nach dem Krieg in die neugeschaffene BRD ein, wie Günter Amedt im Februarheft von «konkret» auflistet. So weit, so schlecht.*

*Weiter: Lübke, der Nachfolger von Heuss, hatte KZ-Bauten entworfen. Kiesinger hatte sich als (Verbindungsmann des NS-Aussenministeriums zu Goebbels) um die Nazipropaganda im Ausland verdient gemacht. Nazis überall – als Vertriebenenminister (Seebohm), als Justizminister (Bucher), als Staatssekretäre (Vialon), als Generäle (Schnez, Trettner), als Bundesbank- (Blessing), als Sportbund- (Ritter von Halt) und Fussballpräsidenten (Peco Bauwens), als Generalbundesanwälte (Immerwahr, Fraenkel). Von Flick, Krupp, Stinnes, Thyssen («Wehrwirtschaftsführer») nicht zu reden.*

*All diese Männer, denen die Nazivergangenheit anhaftet, kamen in ihr Amt, ohne dass die Bevölkerung viel von ihrem früheren Tun gewusst hat. Ihre Vergangenheit kam später ans Tageslicht, wie jüngst beim «Ich-weiss-von-nichts»-Filbinger.*

*Wie sehr aber die BRD noch immer an ihrer Nazivergangenheit leidet, beweist das neueste Schmierenstück: die CDU will einen zum Bundespräsidenten machen, von dem alle wissen, dass er ein Ex-Nazi, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, ist, Karl Carstens. – Da soll mal wieder einer führen.*

## Die deutsche Justiz

*dvz.* Die Prozessreportagen aus der BRD von Peggy Parnass sind ein Spiegelbild bundesdeutscher Juristerei, entlarvende Wirklichkeit, aufrüttelnd geschrieben und in der nie versagenden Hoffnung, dem Leser Denk- und Tatanstösse zu geben, sich der Unmenschlichkeit doppelbödiger Rechtsprechung entgegenzustellen. Ein ganz besonders erschütterndes Bild ergeben die Prozesse gegen Nazi-Verbrecher: *«Ich ertrage nicht, dass fast immer die wenigen überlebenden Nazi-Opfer-Zeugen diffamiert, die Täter jedoch auf freiem Fuss gelassen werden»,* meint P. Parnass. Ihre Eltern und viele ihrer Verwandten sind in Auschwitz vergast worden; sie überlebte, weil man sie als Kind nach Schweden brachte. *«Vielleicht wäre mir das Vergessen gelungen, wenn I h r nicht so vergesslich wäret.»*

Peggy Parnass, Prozesse 1970–1978. Zweitausendeins, 636 Seiten. (Erhältlich in linken Buchläden, sicher bei Funke in Basel und bei Pinkus in Zürich.)

## Schweiz. Ärztehilfe

Nach 40jähriger Tätigkeit hat die Centrale Sanitaire Suisse (CSS) eine Umstrukturierung vorgenommen: es gibt nun drei regionale Komitees. In den letzten Versammlungen wurde beschlossen, die Hilfsaktionen für Vietnam fortzuführen. Die deutsche Schweiz übernimmt eine Sendung von Antibiotika und Wasserfiltern für Namibia (Swapo), die französische Schweiz sammelt für Polisario (ehemalige spanische Sahara), um ein Bluttransfusionszentrum zu gründen. Schliesslich kümmert sich die italienische Schweiz um den Ankauf von Material für orthopädische Eingriffe für Invalide aus Eritrea. Den Spendern steht damit die Möglichkeit offen, das Programm zu unterstützen, welches ihnen naheliegt. Jedes Mitglied der CSS arbeitet gratis und freiwillig und übernimmt auch einen Teil der Unkosten.

Kontakt: CSS, Dufourstr. 82, 8008 Zürich, Tel. (01) 34 50 30, PL 80-7869.)

*Krieg unter sozialistischen Staaten: Wie sieht Vietnams Sozialismus aus, der Kampucheas Terror-«Sozialismus» ablöst*

# «Beim Volk ist der Sozialismus schlecht angeschrieben»

**Vietnam, einst Vorbild der fortschrittlichen Kräfte auch in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten, hat einen beispiellosen Prestigeverlust hinnehmen müssen: die Allianz mit den Staaten des Ostblocks, der Exodus von Tausenden von Flüchtlingen, die Invasion in Kambodscha waren Anlass zu einem Pressesturm gegen Vietnam. «das konzept» suchte fundierte Information, um Verleumdungen Vietnams wirksam entgegenzutreten. Das Interview mit der Vietnamesin Frau Mai* wirft allerdings Probleme des vietnamischen Sozialismus auf, welche uns nicht gleichgültig lassen dürfen.**

**«das konzept»: Wie sehen Sie ihren politischen Standort?**

Frau Mai: Ich war für die Unabhängigkeit des Landes, für das Ende des Krieges, für den Abzug der Amerikaner. Ich

*Das Gespräch mit Frau Mai führten Fredi Hänni und Ruedi Küng von der Redaktion «das konzept»*

habe die Revolution unterstützt. Jedoch unterstütze ich sie so, wie sie heute ist, nicht mehr. Weil die Verantwortlichen nicht das tun, was sie zu tun versprochen haben. Ich glaube, dass das heutige Regime nicht sozialistisch ist.

Ich konnte nur nach Vietnam und nach Hanoi gehen, weil bekannt war, dass ich gegen das alte Regime stand.

**Wann begannen Ihrer Meinung nach die Verhältnisse sich zu wenden?**

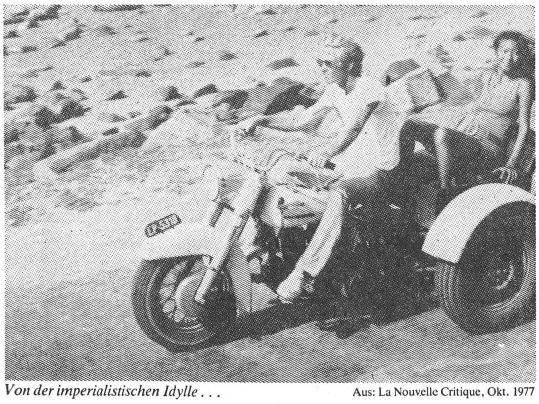
Im ersten Jahr ging es noch; da war noch die provisorische Revolutionsregierung im Amt, welche sich aus verschiedenen politischen Parteien (Demokraten, Liberale, Sozialisten, Kommunisten) zusammensetzte. Nach der Vereinigung der beiden Vietnam und mit der Vorherrschaft einer einzigen, der Kommunistischen Partei wurde es zunehmend schwierig. Es gibt nur eine einzige Zeitung, diejenige der Partei; eine zweite Zeitung wurde zwar zugelassen, aber diese kann sich nichts erlauben. Sie existiert nur zum Schein, damit die Leute nicht sagen: Es gibt nur *eine* Zeitung. Und dann die Nationalisierung . . .

## Bauern in den Kollektivismus gedrängt

**Ist diese Sozialisierung ein Fehler?**

Ja, ich glaube, denn sie ging zu schnell. Die ökonomische Struktur des Südens war nicht geeignet, dem selben Modell wie im Norden zu folgen. Schon früher hat die Regierung im Norden Fehler gemacht, 1955 in Nghê-An und Thanh-Hoa, indem sie die Bauern in den Kollektivismus drängte. Die Bauern waren nicht bereit dazu.

Die Bauern wollten nicht, dass die Ernte vom Staat übernommen wird; sie haben sich organisiert. Darauf gab es



*Von der imperialistischen Idylle . . .* Aus: La Nouvelle Critique, Okt. 1977

Repression. Viele wurden dabei getötet. Da hörten die Bauern auf, die Felder zu bestellen. Ungefähr eine Million Menschen starben in der Folge.

Das passiert jetzt auch im Süden Vietnams. Die Bauern werden nicht getötet; aber sie wollen nicht mehr arbeiten.

**Warum nicht?**

Nach der Ernte nimmt der Staat den Bauern den Reis und «zahlt» dafür in Form eines Papiers. Die Bauern müssen warten, bis sie Geld dafür erhalten, wenn sie überhaupt etwas erhalten: meist hat die Bank kein Geld. Und sie müssen den Weg nach Saigon machen, auch wenn sie weit weg wohnen.

**Die wirtschaftliche Situation muss doch mit der Vergangenheit verglichen werden, mit der Tatsache, dass dreissig Jahre Krieg herrschte[1], dass die USA keine Reparationen und Aufbauhilfe zahlen, dass China Vietnam allein gelassen hat.**

Natürlich spielt das eine Rolle. Aber die drei Jahre Fehler der Regierung sind ebenso schlimm wie die dreissig Jahre Krieg.

Ein Beispiel: Der Flughafen von Saigon, wo grosse Flugzeuge landen konnten, wurde geschlossen. Sämtliche Güter und Personen werden über Hanoi ins Land gebracht. Das geschieht aus Angst davor, dass der Süden unabhängig sein könnte. Sie wollen alles vom Norden aus Kontrollieren. Schon allein dadurch lähmen sie die Wirtschaft. Es gibt ein grosses Misstrauen des Nordens dem Süden gegenüber, welches dazu führt, dass Süd-Vietnam ein besiegtes Land ist, ein vom Norden besiegtes Land. Der Süden ist absolut nicht in Gleichberechtigung mit dem Norden vereinigt, der Süden ist der Rache des Nordens unterworfen.

Oder ein anderes Beispiel: Das Fleisch ist in Saigon sehr teuer. Der Staat verteilt das Fleisch zu einem billigen Preis, aber nur einmal im Monat. Das ist nicht genug. Der Reis, den der Staat verteilt, ist von niedriger Qualität. Und der Reis ist das Grundnahrungsmittel.

Wenn Sie mich fragen, «was sind denn die Fehler», dann sage ich: alles das sind Fehler. Der Staat wird Ihnen sagen: das ist doch alles nicht so schlimm. Ich finde das aber viel. Wenn ich in Saigon nicht einmal meine Eltern aus der Stadt zu einem Spaziergang führen darf, dann kann man nicht sagen, das Land sei frei, befreit.

## Eine Revolution muss sich verteidigen

**Sind die Mitglieder der provisorischen Revolutionsregierung durch Kader aus dem Norden ersetzt worden?**

Ja, für die wichtigen Funktionen. Der Beweis dafür ist allein schon die Tatsache, dass es nur noch die eine Partei gibt, die KP Vietnam.

**Eine Revolution muss sich verteidigen, es stellt sich also die Frage, wie man zwischen Konterrevolutionären und der – berechtigten – Opposition gegen Unterdrückung unterscheiden kann, besonders von hier aus.**

Es ist klar, dass es überall Reaktionäre gibt, aber eine organisierte, faschistische Reaktion gegen eine Entwicklung zum Sozialismus, zur Demokratie gibt es nicht. Alle Kräfte der alten Armee sind entmachtet.

Die Protestaktionen gegen die sozialistische Regierung wurden wirklich vom Volk durchgeführt, welches die Inflation nicht mehr ertragen konnte, welches nicht immer schlechten Reis essen will, oder überhaupt nichts. Das ist aber keine Konterrevolution.

All das wird von der Regierung als Machenschaften des CIA dargestellt. Ich finde diese Erklärung zu einfach. Wenn ich in Vietnam eine Versammlung einiger Leute durchführe, wenn ich protestiere gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen das Fehlen von wirklicher Demokratie, dann werde ich als Agent des CIA abqualifiziert, welcher die Konterrevolution durchführen wolle.

## Und die Lager?

**Gibt es Beweise dafür, dass Konzentrationslager bestehen?**

Ja sicher. Als die Revolutionäre den Sieg errungen hatten, forderten sie alle früheren Offiziere auf, sich zu melden. Sie hätten nichts Schlimmes zu befürchten. Es sei zu prüfen, wie weit eine Zusammenarbeit mit der revolutionären Armee möglich sei etc.

*. . . zur sozialistischen Befreiung?* Aus: La Nouvelle Critique, Okt. 1977

Es wurde gesagt, dass es nun eine nationale Versöhnung gäbe. Die Leute hatten in diese Versprechen Vertrauen und gingen sich melden. Auch mein Onkel. Seine Frau hat ihn seither nicht mehr gesehen. Er darf nur zwei Briefe pro Jahr schreiben. Auch die Frau darf nur mit Bewilligung Briefe schreiben und Pakete schicken.

**Was geschieht in diesen Lagern?**

Eine gewisse «Gehirnwäsche». Sie müssen alles sagen, was sie unter dem alten Regime gemacht haben.

**Arbeiten die Leute?**

Ja. Sie bringen die Leute in arme Gegenden, wo sie das Land bestellen.

**Es wird gesagt, dass es Hunderttausende von solchen Gefangenen gäbe. . .**

Ich halte das für gut möglich. Wenn man einmal im Gefängnis ist, kommt man nur schwer wieder hinaus. Die Regierung sagt, man könne doch die Lager besichtigen, aber es sind nur zwei oder drei, die man besichtigen kann: etwa das für ehemalige Prostituierte, oder das für die Drogensüchtigen, welche ich beide besucht habe. Das sind Modell-Lager, welche mehr oder weniger als gelungen bezeichnet werden können: komfortabel . . .

**Das muss also auch gesagt werden . . .**

Ja, das ist klar, aber man muss sehen, ob alle anderen Lager auch so sind. Wenn sie es sind, dann ist es gut. Aber als ich andere Lager sehen wollte, haben sie es mir nicht erlaubt.

**Konnten Sie nicht frei mit diesen Leuten sprechen?**

. . . die Leute haben eben ein wenig Angst. Es ist immer ein Aufseher dabei, welcher uns führt, welcher uns erklärt . . .

**. . . aber Sie sprechen Vietnamisch?**

Ja. – Ich hatte auch die Erlaubnis zu filmen. Als ich im Lager für Prostituierte filmte, habe ich auch Interviews gemacht. Aber dann hat uns die Direktorin alle Aussagen nochmals erklärt. Das heisst, sie wollte die Aussagen der jungen Frauen in ihrem eigenen Sinn interpretieren

## Das Problem der Drogensüchtigen

Es ist wahr, dass es ungeheure Probleme gibt, aber sie versuchen nicht wirklich, sie zu lösen. Das Problem der Drogensüchtigen: Die Droge kommt von Nord-Vietnam, aus dem «goldenen Dreieck» (Thailand, Nord-Vietnam und Laos). Und es sind die Kader des Nordens von Vietnam, welche die Drogen in den Süden leiten. Daran verdienen sie. Noch heute kann man im Süden Leute sehen, welche sich Injektionen auf der Strasse machen lassen.

**Können sie diese Behauptung aufrechterhalten, dass es Nordvietnamesen sind, welche die Drogen in den Süden leiten?**

Ich habe einen Vetter, welcher als Polizist angestellt ist, um Drogenhändler anzuzeigen – er hat früher selber Drogen gekauft und genommen –: er hat mir gesagt: wenn man jenen anzeigt, welcher die Injektionen macht, dann wird nicht der dafür bestraft! Sie nehmen die Süchtigen fest, nicht die Händler.

Wenn sie wirklich mit der Quelle Schluss machen wollten, von wo die Drogen herkommen, dann könnten sie es tun. Aber die Droge ist für gewisse Leute die Einkommensquelle. So wird das Drogenproblem in Vietnam immer schlimmer.

## Die Invasion in Kampuchea

**Zu Kampuchea. Einerseits sind die vietnamischen Streitkräfte in Kampuchea eingefallen, anderseits sind es progressiv-revolutionäre Kräfte des Landes selbst, welche das Regime Pol Pot gestürzt haben.**

Was ich selber in Vietnam gehört und gesehen habe, als ich im Grenzgebiet beider Länder war, ist, dass die Kambodschaner ins vietnamische Gebiet eingedrungen sind, z. B. auch ins Lager, wo sich mein Bruder befindet, welches ganz nah an der Grenze liegt. Da gibt es die ganze Zeit Angriffe von Kambodschanern.

Seit der französischen Kolonialherrschaft sind die Grenzen in diesem Gebiet ganz schlecht definiert. Ich meine, dass hinter dem Krieg ein ideologisches Problem steckt: die Nordvietnamen halten sich selbst das Verdienst zu, den Imperialismus aus Kambodscha vertrieben zu haben. Sie haben den Roten Khmer viel geholfen. Alle Waffen, welche über den Ho-Chi-Minh-Weg geführt wurden, kamen aus Nord-Vietnam. Nach dem Sieg hofften die Vietnamer, etwas zu sagen zu haben in Kambodscha (wie in Laos, wo in der Regierung vor allem Vietnamer sind).

**Vietnamer in der laotischen Regierung?**

Ja. Sie halten sich im Hintergrund. Es hat immer laotische Namen im Vordergrund. – Kambodscha aber hat sich völlig abgeschlossen nach der Revolution. Und Kambodscha ist prochinesisch. In der vietnamischen KP dagegen sind lauter Stalinisten. Es ist also ein ideologischer Krieg.

**Die Vietnamer haben sich aber immer aus dem Konflikt zwischen der Sowjetunion und China zu halten versucht. Sie sind erst in jüngster Zeit dazu gezwungen worden, Partei zu ergreifen. – In diesem Krieg geht es doch um Hegemoniefragen?**

Ja, aber das wird durch die Ideologie verstärkt.

Es war einfach für die vietnamische Armee, in Kambodscha einzudringen und Unterstützung aus der Bevölkerung zu bekommen. Denn niemand wollte das Regime Pol Pot in Kambodscha. Vietnam hat vor der Uno seinen Einmarsch in Kambodscha verteidigt («Le Monde» vom 16. 1. 79): «Um die Angreifer zu bestrafen», wie sie wörtlich sagten. Vietnam hat damit einen Fehler gemacht. Denn die Invasion widerspricht dem internationalen Recht. Aber anderseits war dies das einzige Mittel, um mit diesem Regime Schluss zu machen. Mit diesem Regime, welches faschistisch war. Für die kambodschanische Opposition war dieser Weg der beste.

**Gibt es in Vietnam eine liberale sozialistische Opposition? Eine Opposition, welche die «Fehler», wie Sie sagten, reformieren könnte?**

Beim vietnamischen Volk ist der Sozialismus – das ist für sie das, was sie jetzt haben – schlecht angeschrieben. Für das Volk ist Sozialismus eine Diktatur. Wenn es sozialistisch-oppositionelle Kräfte geben sollte in Vietnam, dann können sie sich nicht ausdrücken.

Vor vierzig Jahren gab es eine sozialistische Opposition, die organisiert war, eine der IV. Internationale angeschlossene Partei: deren Spitzen wurden aber 1939–1940 von der KP umgebracht. Zur Zeit besteht eine der vierten Internationale nahestehende Gruppe: jedoch akzeptiert diese mehr oder weniger die Thesen und Massnahmen der KP in Vietnam. ●

Auf Anfrage wies die Botschaft der Volksrepublik Vietnam in Paris die Behauptung zurück, dass Kader des Nordens von Vietnam in den Drogenhandel verwickelt seien.
Diese Aussagen seien falsch. Es stehe eine schlechte Absicht dahinter.

* *Frau Mai ist Vietnamesin, wohnt schon seit 12 Jahren in der Schweiz, hat jedoch Briefkontakte mit ihren Eltern, Verwandten und Freunden in Vietnam. Ende 1977 hielt sie sich eine Woche im Norden und drei Wochen im Süden Vietnams auf. Ihre Eltern sind Kleingewerbetreibende in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon).*

[1] Vgl. zu den Kriegsschäden in Indochina «das konzept» 9/76.

*Antivietnamische Verleumdungskampagne*

# «In Not und Elend getrieben»

*Von Peter Weiss**

***Der Schriftsteller Peter Weiss ist wiederholt der westlichen Kampagne zur Verleumdung Vietnams entgegengetreten, zum Beispiel in der «Deutschen Volkszeitung». Diesen Beiträgen entnehmen wir einige Schlüsselstellen, welche auf die im Gespräch mit Frau Mai angesprochenen Probleme Bezug nehmen.***

*Die gesamte neuere Geschichte Vietnams, von den Aufständen gegen die französischen Kolonisatoren, in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg, dem Widerstand gegen die Besatzungstruppen Japans und der Kuomintang, bis zur Zerschlagung des wieder aufgenommenen Kolonisationsversuchs Frankreichs, 1954, und, nach weiteren zwei Jahrzehnten, zur Vertreibung der amerikanischen Okkupanten, zeugt von der unablässlichen Bemühung um Unabhängigkeit. Nach der mit unendlichen Opfern erkauften Erlangung dieses Ziels hat das vietnamesische Volk nichts anderes im Sinn, als endlich unter friedlichen Verhältnissen zu leben.*

*Wer die unsäglichen Mühen und Leiden Vietnams verfolgt und Einsichten gewonnen hat in die sozialen und kulturellen Strukturen dieses Landes, weiss, dass nichts sich verändert hat im Wesen und in der Haltung des Volks und der Partei. Zynisch schiebt die bürgerliche Presse die Verantwortung für die gegenwärtige Not der vietnamischen Regierung zu. Die Notlage aber ist die Folge der systematischen Vernichtung der Wälder, der Vergiftung des Bodens, der Ausrottung der Mangrovengewächse, die die Deiche und Dämme festigten und die Reisernten sicherten. So konnte es, durch die Aufhebung des ökologischen Gleichgewichts, während der Regenperiode und der Taifune zu Überschwemmungskatastrophen kommen, von denen vier Millionen Einwohner betroffen wurden und bei denen zweieinhalb Millionen Tonnen Reis verlorengingen.*

*Der Sieg des kleinen, von Bomben zerpflügten Agrarlands über die reichste Industrienation der Welt hatte zunächst eine Welle von Sympathien zur Folge. Auch konnte Nachdruck gesetzt werden auf das Verlangen, dass die USA ihr während der Verhandlungen um den Waffenstillstand in Paris 1973 abgegebenes Versprechen erfüllten, Vietnam ökonomische Hilfe «zur Heilung der Wunden des Kriegs», wie es im Artikel 21 des Vertrags hiess, zukommen zu lassen. Bei der gleich nach Kriegsende einsetzenden Hetzpropaganda gegen Vietnam wurde das Land jedoch um den Schadenersatz, den es dringend benötigt hätte, betrogen. Motiviert wurde die Absage durch die Beschuldigung, Vietnam wolle nicht zur Suche einiger noch vermisster amerikanischer Soldaten beitragen – Vietnam, in dessen Erde Hunderttausende vermisster, weil von den Bomben in Stücke gerissener Menschen liegen.*

*Tatsächlich wird ganz im Stil der bisherigen Propaganda in den Massenmedien verbreitet, der Umsturz in Kampuchea sei das Werk Vietnams. Riesige Verbände vietnamischer Truppen und Panzer seien im Land eingefallen, um es Hegemonieinteressen Hanois zu unterwerfen. Die Vermittler dieser Nachrichten, die gänzlich auf den Auslassungen amerikanischer Agenturen aufgebaut sind oder aus Quellen kommen, die unterm Zeichen der neuen «Bruderschaft» zwischen den USA und China stehen, können sich anscheinend nicht vorstellen, dass Kampuchea imstande ist, eine eigene Befreiungsbewegung hervorzubringen und dass die friedliebende Bevölkerung dieses Landes sich aus eigener Kraft erheben könnte gegen ein Regime, das ihre gesamte Lebensauffassung unterdrückte. Vietnamische Meldungen werden in der westlichen Presse nie beachtet oder, wenn sie einmal genannt werden, so geschieht es mit Zweifel, Ironie und Hohn. Die Absicht ist klar: Die USA sollen reingewaschen dastehen, die Verbrecher sollen im sozialistischen Vietnam zu finden sein. Damit wäre es wieder an der Zeit, dass die sogenannte freie Welt eingreift, um den Sieg des vietnamischen Volkes über die Amerikaner ungültig zu machen, die Blockade auszudehnen und jeden Beistand zu stoppen.*

* *Peter Weiss, geb. 1916. Schriftsteller und Maler. Lebt in Stockholm. Seine bedeutendsten Werke sind, Stücke: Die Verfolgung und Ermordung des Jean Paul Marat, Die Ermittlung, Viet-nam-Diskurs, Trotzki im Exil, Hölderlin. Prosa: Abschied von den Eltern, Fluchtpunkt, Ästhetik des Widerstands (bisher 2 Bände).*

# Abenteuer USA.

Die erfrischendsten und aussergewöhnlichsten Amerika-Reisen findest Du in unserem Spezialprospekt. Lass ihn Dir mit diesem Coupon zustellen, oder ruf einfach an!
SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich,
Tel. 01/242 30 00.

**Lieber SSR, schick mir bitte sofort und gratis meinen USA-Prospekt**

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

K

**z.B. Western-Safari**

Eine einzigartige USA-Reise, bei der das Erlebnis dort erst richtig anfängt, wo es bei anderen Reisen bereits aufhört. 22 Tage totaler Ferienplausch. Verschiedene Abflugdaten vom 24. Juni bis 16. Sept., Fr. 3400.–.

**SSR-Reisen**

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn

Telefonverkauf: 01/242 31 31

**anders als anders**
**Reisen für junge Leute.**



# ADAG COPY-CENTER

ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

XEROX - DRUCKKOPIEN A 4

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 - 19 | Kopien | = | 15 Rappen/Stück |
| 20 | Kopien | = | Fr. 2.90 |
| 30 | Kopien | = | Fr. 3.60 |
| 40 | Kopien | = | Fr. 4.30 |
| 50 | Kopien | = | Fr. 5.-- |
| 100 | Kopien | = | Fr. 7.50 |

XEROX - Kopien A 3 = 30 Rappen/Stück

Verkleinerungen = 25 Rappen/Stück

DISSERTATIONSDRUCK

Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste ALLES-INKLUSIVE-PREISE (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlagen, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Binden)

REINSCHRIFTEN

Dissertationen, Lic- und Sem.-Arbeiten vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript auf IBM-Kugelkopfmaschinen mit Film- und Korrekturband. 20 verschiedene Schriften.

OEFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag 08.00 - 18.00 Uhr


## das konzept Tip

**In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.**

### «Adressbuch zur Selbsthilfe»

Das «Adressbuch zur Selbsthilfe» möchte ein Hilfsmittel sein für den Aufbau eines Netzes von Leuten und Gruppen, in welchem die Betroffenen gegenseitig ihre Bedürfnisse decken können. Im «Adressbuch zur Selbsthilfe» tragen sich Leute, Gruppen und Organisationen (kostenlos) ein, die etwas Bestimmtes suchen oder lernen möchten oder die etwas anzubieten haben, seien es Produkte, Mitbenützung einer Werkstatt, Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten, Wissen über ein bestimmtes Gebiet, Beratung, Informationen, Mithilfe, Modelle, Übernachtungsgelegenheiten usw. Die Adresseintragungen werden durch verschiedene Artikel ergänzt, die etwas ausführlicher über die Ideen und die Arbeit der Betreffenden informieren. Das Adressbuch wird etwa alle Jahre neu überarbeitet und wird jeweils auch neue Artikel enthalten.

Das «Adressbuch zur Selbsthilfe» kann für 9 Fr. im Buchhandel oder durch Voreinzahlung auf das Postscheckkonto 30-31688 (BIKU – M. Klurfeld, Schüpfen) bezogen werden.

### Infra Winterthur

Jetzt gibt es auch in Winterthur eine *Informationsstelle für Frauen Infra.* Die FBB Frauengruppe Winterthur will mit ihren Informationen über *Schwangerschaftsverhütung, Sterilisation, Geburt und Schwangerschaftsabbruch* Mädchen und Frauen jeden Alters und in jeder Lebenslage ansprechen. In der Informationsstelle liegen Bücher, Zeitschriften und Broschüren zu diesen Gebieten auf, ausserdem sind jeweils zwei Frauen für persönliche Auskünfte und Gespräche da.

Mit 20 Fr. (oder mehr) im Jahr wird man Mitglied des Vereins Infra (PC 84-34 452), Agnesstr. 3, 8406 Winterthur. Geöffnet: jeden Mittwoch 19–21 Uhr (anschliessend öffentliche Sitzung der Frauengruppe).

GRATIS – GRATIS – GRATIS schickt Ihnen die Büchergilde Gutenberg ein Heft der farbigen Zeitschrift «Büchergilde» mit dem *1000-Bücher-Platten-Spiele-Geräte-Grafik-Keramik-Programm.* Fordern Sie ein Exemplar an bei der **Büchergilde Gutenberg, Kanzleistrasse 126, 8021 Zürich.**


*Wir suchen für Kleinhäuser*

## Liegenschaftenbetreuer(-in)

**Falls Du Dich für studentische Wohnprobleme interessierst und am selbständigen Arbeiten Freude hast, so melde Dich bei der WOKO.**

**Deine Aufgaben umfassen:**

- **den Besuch der ca. 12 Kleinhäuser, die Dir anvertraut sind. Dies möglichst zweimal pro Monat, damit du allfällige Reparaturen, wie tropfende Wasserhahnen, streikende Waschmaschinen u. a., veranlassen kannst.**
- **Dich aber auch um den Mieter kümmerst, der mit den vielfältigsten Problemen zu Dir kommt.**
  **Da diese Besuche meistens am Abend erfolgen, solltest du zwei Abende pro Woche zur Verfügung haben.**
- **Die Mitarbeit in einem Team, das sich den studentischen Wohnproblemen annimmt und sich auch mit den nötigen verwaltungstechnischen Aufgaben auseinandersetzt.**

**Wenn möglich, solltest Du bereits Erfahrung als WOKO-Mieter haben. Weiter genügend Zeit haben (ca. 50 Std. pro Monat) und Dich für zwei Jahre für die WOKO verpflichten können.**

**Dafür bieten wir Dir eine WOKO-Bude (nach freier Wahl, jedoch gegen Bezahlung), einen Lohn von 800 Fr./Monat und freie Arbeitszeit.**

**Deine schriftliche Bewerbung erreicht uns bis spätestens am 28. 2. 79 an der Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich.**



**hey**

**das profilierte Schweizer Homo-Magazin mit dem besten Unterhaltungsteil. Erscheint monatlich mit über 40 Seiten voll engagierter Information in Bild und Text.**
**Unterlagen bei: SOH, Box 428 CH-8022 Zürich.**



**DISSERTATIONEN**

druckt exzellent

von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

| bei Expl. | DM pro Seite |
|---|---|
| 70 | 3.60 |
| 100 | 3.80 |
| 150 | 4.10 |
| 200 | 4.35 |
| 300 | 4.55 |

Angebot anfordern

**BÖNECKE**

Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Schnelldruckerei

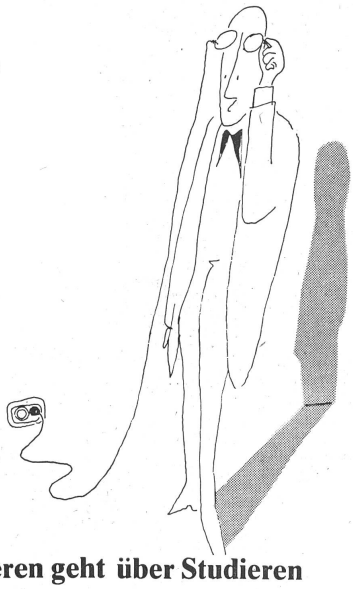
Frachtverbilligung
Raster billigst!

**Die Telefonziitig**

**braucht Hörer, Informanten und Gönner**

(01/242 11 12)
(01/242 63 27)
(PC 80 – 53650)





**Kopieren geht über Studieren**

.....Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

**Copy Quick**

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 • 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 34 39 39 • 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 • 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 • 3011 Bern, Bahnhofplatz 10 B, Tel. 031 22 22 20 • 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44


## Bestellcoupon für das konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

| Anzahl | Artikel | | Preis | Porto + Verpack. | Total |
|---|---|---|---|---|---|
| ..... | Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78 | ungebunden | 8.50 | –.70 | 9.20 |
| | | mit Spiralbindung | 12.50 | –.70 | 13.20 |
| ..... | Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978, ungebunden | | 2.50 | –.70 | 3.20 |
| ..... | Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, | gefalzt | 3.50 | –.70 | 4.20 |
| | starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–) | ungefalzt in Rolle | 3.50 | 2.— | 5.50 |
| ..... | Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, | gefalzt | 1.50 | –.70 | 2.20 |
| | A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–) | ungefalzt in Rolle | 1.50 | 2.— | 3.50 |
| ..... | Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung» | | 1.— | –.40 | 1.40 |
| ..... | Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch» | | 1.— | –.40 | 1.40 |
| ..... | «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang | | 10.— | 2.— | 12.— |
| ..... | Poster «Unser Strauss» | ungefalzt in Rolle | 2.— | 2.— | 4.— |
| | (aus Nr. 1/78) | gefalzt | 2.— | –.40 | 2.40 |
| ..... | Poster «Gefangener der Freiheit» | ungefalzt in Rolle | 2.— | 2.— | 4.— |
| | (aus Nr. 4/78) | gefalzt | 2.— | –.40 | 2.40 |
| ..... | Mai-Zitig (zum 1. Mai 1978) | | 2.— | –.— | 2.— |
| ..... | Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78) | | 1.— | –.40 | 1.40 |
| ..... | Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79) | | 1.80 | –.40 | 2.20 |
| ..... | Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (Okt 78) | | 1.— | –.40 | 1.40 |
| ..... | Adressliste der Alternativmedien | | 1.– | –.40 | 1.40 |

**Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.**

**Zahlungsmodus**

☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.

(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse


Sofort zugreifen:

**MOJON'S ARMY-SHOP**

**U.S.-ARMY-Schlafsack**

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben.** Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis:

Brutto **89 Fr.**

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
**Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%.**
Bestellen oder Prospekt anfordern.

**NICOLAS MOJON & CO. AG**
**Bethlehemstr. 114, 3018 Bern**
**Tel. ✆ (031) 55 33 66**

Weiterhin führen wir im Schlafsacksektor über

**20 erprobte Modelle**

in allen Preislagen. Ob für Sommer oder Arktis, bei uns finden Sie das Richtige! Ausführliche Tabelle anfordern.

# 14. Solothurner Filmtage

## Dem Volk aufs Maul geschaut

*Sechs Tage Film-Marathon in Solothurn überstanden: Man ist geneigt, aus dem Gesehenen allgemeine Schlüsse auf die verschiedenen Sparten des Schweizer Films zu ziehen: etwa die bedenkliche Annäherung des Spielfilms – nach dem Konsum von «Der Galgensteiger» (Xavier Koller) und «Der Chinese» (Kurt Gloor) – an gängig-konventionelle Fernsehproduktionen und fernsehbedingte Sehgewohnheiten zu konstatieren. Von sich wiederholenden Phänomenen in einzelnen Dokumentarfilmen gleich auf Grundtendenzen im Dokumentarfilmschaffen zu schliessen, wäre aufgrund der Solothurner Bilanz ebenso verfehlt. Immerhin haben sich in der schweizerischen Filmszene verschiedenste Methoden der Bewältigung von Realitäten und ihrer Umsetzung in eine filmische Form durchgesetzt und weiterentwickelt. Sie sind abhängig vom Stand der Erfahrungen und der Reflexionen einzelner Filmschaffender, von Produktionsformen, letztlich auch vom ökonomischen Druck, unter welchem in der Schweiz Filme hergestellt werden, und der gezielten Knausrigkeit helvetischer Filmförderungspolitik.*

*Auffallend häufig haben «Leute aus dem Volk» von der Leinwand zum Solothurner Filmpublikum gesprochen (eigentlich ist es merkwürdig, dass alltägliche Gesichter und Geschichten erst in dieser marginalen Szene wahrgenommen werden). Verschiedene Dokumentarfilmautoren haben offenbar das Bestreben, ihr Medium als Ausdrucksmittel zur Verfügung zu stellen, im weitesten Sinn nur als Arrangeure ihr Wissen und Können einzusetzen. Diese Methode ist nicht neu. Der Sprung vom agitatorischen, ausgeprägt stellungnehmenden Dokumentarfilm Anfang der siebziger Jahre, vom Film ÜBER gesellschaftliche Minderheiten und gesellschaftspolitisch relevante Phänomene zum Film MIT Betroffenen, hat einen Zugang zu weitgehend unbekannten Lebensweisen und Problemen von Bevölkerungsschichten geschafft. Der Filmschaffende befördert die Objekte der Kamera zu Subjekten.*

*«Gewöhnliche», unspektakuläre Leute frank und frei reden zu hören, sie in der Ausübung ihrer Arbeit, in ihrer Freizeit, ihrem Lebenszusammenhang zu sehen, macht die Anziehungskraft dieser Filme aus: Kleingärtner und Hobbybastler («Kleine Freiheit», Hans-Ulrich Schlumpf), Auswanderer und Einwanderer («Gottliebs Heimat», Bruno Moll, und «Emigration», Nino Jacusso), appenzell-innerrhodische Schülerinnen («Rosmarie, Susanne, Ruth», Franz Reichle), Kleinbauern und Bergbevölkerung («Chronik von Prugiasco», Remo Legnazzi, und «Rose de Prinsec», Jacques Thévoz), berufstätige, ledige Frauen («Lieber ledig als unverheiratet», Tula Roy).*

*Wo bewusst eine Authentizität angestrebt wird, bringen Aussagen und Bilder die sich darstellenden Frauen – etwa im Film «Lieber ledig als unverheiratet» – dem Zuschauer nahe und wecken Sympathien und Verständnis; deuten aber wenig auf Hintergründe, geben keine Anleitung zur Verarbeitung von Informationen und Eindrücken. Der Zuschauer steht auf der Ebene des Betrachters, nimmt auf, kann allenfalls staunen über die Zustände, wie sie sind. Unvermittelt bleibt ihm aber die eigene Motivation des Autors; kurz: dessen Standpunkt zu Thema und Medium. Durch die Nichtvermittlung dieser Dimension fehlen Verbindungen (Verbindlichkeiten), die den Zuschauer zur Auseinandersetzung und zu Stellungnahmen zwingen würden. Erstaunlich sind Versuche, so an ein Thema heranzugehen, vor allem bei Erstlingswerken, wobei man sich mehr Phantasie und Kampflust, mehr Mut, akzeptierte Formen des Schweizer Films zu überschreiten, vorstellen könnte.*

*«Mir kommen die Schweizer Filme manchmal allzusehr wie gut gebaute, standfeste Einfamilienhäuschen mit Gartenzaun rund herum vor (. . .)», schrieb Roman Hollenstein einmal. Unanfechtbar, weil nicht Farbe bekennt wird, weil Themen abgeschlossen präsentiert werden, eigene Unsicherheiten im Rahmen eines Erkenntnisprozesses gar nicht vorkommen, bleiben solche Filme auf der Ebene von Zustandsschilderungen. Dokumente, die Zeugen von Erscheinungen sind, Zeugen vielleicht auch einer Zeit, in der die Angst zu postulieren und Stellung zu beziehen um sich gegriffen hat.*

*Marianne Fehr*

### Filmbeilage verpasst?

*Wer das letzte «konzept» verpasst hat, hat die letzte Chance, unsere zweite Beilage «Film in der Schweiz» zu lesen, noch nicht vertan. «konzept»-Nr. 1/79 ist gegen 1.80 Fr. in Briefmarken noch zu beziehen. Darin wird berichtet über: Video- und Super-8-Arbeit in der Schweiz, die zunehmende Konzentration in der Kinobranche, das ewige Problem mit der schweizerischen Filmförderung. In einem Gespräch mit fünf Filmschaffenden wird unter anderem die Frage nach Kriterien zur Beurteilung guter («linker») Filme gestellt.*

*Übrigens: Die sicherste Art, unsere Märznummer zu erhalten, ist, «das konzept» zu abonnieren! Zögerer können sie gegen 1.80 Fr. in Briefmarken bestellen.*

## das konzept Tip

### Auswahlschau Solothurn

Auch in diesem Jahr organisiert das Schweizerische Filmzentrum in verschiedenen Städten die bereits zur Tradition gewordene Auswahlschau charakteristischer neuer Filme, die an den Solothurner Filmtagen zu sehen waren. Die Auswahlschau wird in folgenden Städten durchgeführt: Aarau (Innerstadtbühne, 10./11. März), Basel (Kino Camera, 17./18. Februar), Freiburg (Kantonales Lehrerseminar, 13./14./15. März), Luzern (Atelierkino, 3./4. März), Olten (Freizytforum Färbi, 9. März), Schaffhausen (Kellerkino im Fass, 19./20. Februar), Zürich (Kunstgewerbemuseum, 17./18. Februar).

Das detaillierte Programm der Auswahlschauen ist zu erfahren bei den Vorführstellen oder beim Schweizerischen Filmzentrum, Münstergasse 18, 8001 Zürich (Tel. 01/47 28 60).

Mit dem Kauf dieses Plakates (ca. 40×40 cm) unterstützt Ihr die Radio-Bewegung, welche sich gegen das PTT/SRG-Monopol richtet.

Zu beziehen bei: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, für 5 Fr. in Briefmarken.

### Literaturtermine in Basel

Das *Literarische Forum Basel* veranstaltet in den kommenden Monaten folgende Autorenlesungen: 23. Februar: *Peter Bichsel*, 30. März: *Werner Schmidli*, 4. Mai: *Guido Bachmann*, 18. Mai: *Silvio Blatter, Rolf Niederhauser* und *Emil Zopfi* über Literatur und Arbeitswelt. (Sämtliche Veranstaltungen auf der kleinen Bühne des Stadttheaters, 20.15)

*Unveröffentlichte Gedichte von Erich Fried*

# Ein linker Dichter

**Erich Fried, der bekannte engagierte Schriftsteller, Dichter und Übersetzer, besuchte die Schweiz anlässlich der Aufführung von Shakespeares «Troilus und Cressida» im Schauspielhaus Zürich. Fried hat für dieses Theater eine neue Übertragung ins Deutsche des Stücks angefertigt. In einem Gespräch gab er uns einen Einblick in die Breite seiner Arbeit: Die politische Dichtung nimmt einen zentralen Platz darin ein; sie ist es auch, welche ihn einerseits bei einem grossen Publikum beliebt, anderseits bei den Staatstragenden verhasst macht. Fried ist aber auch unter den Linken nicht unumstritten, vor allem darum, weil er sich nicht scheut, auch ihnen gegenüber kritisch zu sein. Seine Gedichte, welche er uns zum Abdruck überlassen hat und welche bis dahin unveröffentlicht sind, machen dies deutlich. Die Red.**

### Wirkliche Freiheit

*Frei*
*bin ich*
*wenn mir dort*
*wohin*
*meine Scheuklappen mich*
*sehen lassen*
*absichtlich*
*oder*
*durch Zufall*
*noch nichts*
*in den Weg*
*gestellt ist*

### Die Sprecher

*Wer immer von seiner Freigiebigkeit spricht*
*ist ein Geizhals*

*Wer immer von seiner Ehrlichkeit spricht*
*der beträgt*

*Wer immer von seiner Gutmütigkeit spricht*
*der ist grausam*

*Und wer immer von seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung spricht . . .*

### Pablo Neruda über Stalin

*Eine Minute Dunkelheit*
*sagtest du*
*und*
*dass sie die Dunkelheit*
*der Sonnenfinsternis war*

*Das hatte schon einer geschrieben*
*den du einmal Feind genannt hast*
*und der in Spanien gelernt hatte*
*so wie du*

*Eine Minute Dunkelheit*
*meintest du*
*und nicht mehr*
*das sei alles gewesen*
*was Stalin*
*dem Kommunismus*
*zufügen konnte*

*Ach*
*die eine Minute*
*hat lange gedauert*
*Zu lang*
*für die Menschen*
*die sterben mussten*
*in ihr*

*Wo warst du*
*Glücklicherer*
*dass dir die Zeit so verging:*
*Tausend Jahre*
*sind dem wie ein Tag*
*dem das e i n e Minute war!*
*Und warum gehen seither*
*so viele Uhren*
*so falsch?*
*Warum bleiben Zeiger stehen*
*bei dieser Minute?*

*Wer hat das Recht*
*diese Zeit*
*e i n e Minute zu nennen?*
*Und als die Finsternis*
*um war*
*was war*
*von der Sonne*
*geblieben?*

Copyright: Hans-Peter Siffert

*Erich Fried, 1921 in Wien geboren, floh 1938 nach der Besetzung Österreichs nach England. Seit 1946 freier Schriftsteller. Übersetzungen aus dem Englischen, Hebräischen und Griechischen (Shakespeare, Dylan Thomas, T. S. Eliot, Sylvia Plath u. a.). Lebt in London.*

*Zeitfragen. Gedichte. München (Hanser) 1968*
*Befreiung von der Flucht. Gedichte und Gegengedichte. Hamburg (Claassen) 1968*
*Die Beine der grösseren Lügen. Gedichte. Berlin (Wagenbach) 1969*
*Unter Nebenfeinden. Fünfzig Gedichte. Berlin (Wagenbach) 1970*
*Die Freiheit den Mund aufzumachen. 48 Gedichte. Berlin (Wagenbach) 1972*
*Gegengift. 49 Gedichte und ein Zyklus. Berlin (Wagenbach) 1974*
*Höre, Israel! Gedichte. Hamburg (Association) 1974*
*Fast alles Mögliche. Wahre Geschichten und gültige Lügen. Berlin (Wagenbach) 1975*
*So kam ich unter die Deutschen. Gedichte. Hamburg (Association) 1977*
*Die bunten Getüme. Siebzig Gedichte. Berlin (Wagenbach) 1977*
*100 Gedichte ohne Vaterland. Berlin (Wagenbach) 1978*

### Für Pablo Neruda

*Als Spanien zurückkam*
*in die Welt*
*des Atmens*
*und Hoffens*
*ist ein Stück abgebrochen*
*von dem bitteren Tod*
*Pablo Nerudas*

*Sein Tod ist noch da*
*aber er ist nicht mehr ganz*

*An dem Tag*
*an dem Chile zurückkommt*
*und frei wird*
*wird noch ein Stück*
*von Pablo Nerudas*
*bitterem Tod*
*zerbrechen*

*Pablo Neruda wird fast*
*wieder bei uns sein*

### Guter Vorsatz

*Ich habe es satt*
*ich habe zuviel geschrieben*
*Ich will nur noch schreiben*
*was man nicht schreiben darf*

*Aber es ist nicht genug*
*wenn mir die Herrschenden sagen*
*man darf das nicht schreiben*
*denn die sagen zu oft man darf nicht*

*Nein ich muss auch*
*meine Genossen fragen*
*diese und jene*
*die miteinander gar nicht mehr sprechen*

*Erst wenn auch die mir sagen*
*man darf das nicht schreiben*
*kann ich beginnen zu wissen*
*dass ich es schreiben muss*

(© Wagenbach-Verlag)

Inserat

Lesen Sie mal:

Bücher von **Erich Fried**

aus dem Wagenbach-Verlag

- und Vietnam und. 41 Gedichte — Fr. 9.80
- Freiheit. 48 Gedichte — Fr. 9.80
- Fast alles Mögliche — Fr. 14.80
- Nebenfeinde. Gegengift — Fr. 14.80
- Die bunten Getüme. Gedichte — Fr. 9.80
- 100 Gedichte ohne Vaterland — Fr. 7.—

Shakespeare-Übersetzungen: je Fr. 9.80

- Richard II./Heinrich V.
- Antonius/Perikles
- Cymbelin/Herren
- Getue um Nichts/Windsor
- Sommernacht/Was ihr wollt
- Hamlet/Othello
- Mass/Romeo und Julia

**Buchhandlung H. U. Zbinden,** Zürichbergstrasse 17
8028 Zürich, Telefon (01) 47 57 33

Alle Bücher aus dem Wagenbach-Verlag sind bei uns vorrätig.
Verlangen Sie Verlagsprospekte.

# Untergang mit wehenden Druckfahnen

**Sechsmal im Jahr steckte die «Glarner Zeitung» («GZ») bisher in 6000 Glarner Briefkästen. Man hatte sich in den letzten Jahren an sie gewöhnt. Zu sehr gewöhnt, fanden die Zeitungsmacher und beschlossen, auf Ende 1978 das regionale Alternativorgan einzustellen – «ohne Trauer, frei für andere Aktionen».**

In der 23. und letzten Nummer begründen vier der ehrenamtlichen Redaktoren in selbstverfassten Totenreden ihren für einmal weniger ökonomisch denn *politisch* motivierten Entschluss: «Als wir vor mehr als vier Jahren die erste «GZ» herausgaben, waren wir getragen von dem Gefühl, eine «Aktion» gewagt zu haben. «Aktion» heisst Tat. Als Nr. 10 herauskam, schauten wir einander verwundert und beinahe bewundernd an: Wer hätte das gedacht! *Zehn* Nummern! Nach vier Jahren herrschte die ernüchternde Empfindung vor, fast schon eine Institution geworden zu sein, der man wohlwollend auf die Schultern klopfen konnte.»

Die Gruppe, welche die «GZ» jahrelang in Freizeitarbeit redigiert und getippt hatte, ist enttäuscht: «Wir haben stellvertretend für uns alle den Finger hingehalten, haben aufgezeigt, angeprangert, Euch aufgerufen, das Wort zu ergreifen – aber wir haben es immer wieder *für Euch* getan. Die «GZ» war für *uns* als Gruppe ein Aktionsfeld, für Euch alle aber war sie Sprachrohr (. . .), wobei Ihr nur auf den Tisch zu klopfen und zu sagen habt: Jawohl, so ist es.»

Glarus ist kein Volk von Aktivisten geworden: «Dazu hätte man nicht nur eine Zeitung machen dürfen. Diskussionen, Versammlungen, Vorträge, Feste hätten dazu gehört.» So die Selbstkritik. Dass wenige nicht das alles leisten können, leuchtet ein. Doch ein Informationsblatt, das «der undemokratischen ‹Glarner Nachrichten›-, Politiker- und Industriellenwelt ein Gegengewicht der Mehrheit» entgegenzustellen versuchte, hat die Redaktion kontinuierlich und gut herausgebracht.

Das dies alles ab sofort wegfällt, bedeutet einen informationspolitischen Verlust, einen Verzicht auf verantwortungsvolle Publizistik wahrscheinlich zugunsten von persönlichen Emanzipationsmöglichkeiten des bisher eingespannten Zeitungskollektivs und in der vagen Hoffnung auf die baldige Emanzipation aller: «Es braucht uns alle in Gruppen und Grüppchen, damit wir miteinander lernen, für die Sache – für die richtige Sache – einzustehen.»

«Eine Zeitung ist zu wenig – ändert die Zustände!» scheint mir eine etwas magere sozialistische Perspektive. *Liselotte Suter*

*

### Thurschau

Die erste reguläre Nummer der ab sofort monatlich erscheinenden regionalen Zeitschrift für Politik und Kultur «Thurschau» enthält auf acht Schreibmaschinenseiten viele interessante Kurzstoffe, einen Bericht über die geplante N 7 Mülheim–Kreuzlingen, eine lokale bzw. regionale Personen- und Ereignisrückschau und Hinweise auf die Veranstaltungen im «Löwen», Sommeri.

«Der Thurgau ist ein langweiliger, konservativer Kanton, macht nie mit fortschrittlicher Politik von sich reden, neue Ideen, zukunftsgerichtete Projekte fehlen. Daran ist nicht die Presse schuld, nur mitverantwortlich», schreiben die «Thurschau»-Macher im Editorial und suchen nun nebst Abonnenten – 100 haben die 10 Franken Jahresabo bereits nach der Nullnummer einbezahlt – vor allem Leute, welche die Verantwortung für die Änderung der (Presse-)Verhältnisse mittragen helfen. Die Kontaktnummer: (071) 67 30 40 («Löwen»).

Das Jahresabo (12 Nummern) kostet 10 Fr. und ist erhältlich bei: «Thurschau», Zeitschrift für Politik und Kultur, 8580 Sommeri. PC 85–7098 **Frauenfeld.**

*Auf der Suche nach einem feministischen Wissenschaftsverständnis*

# Marx ist nicht der Frauenheld

**Nach dem letztjährigen Berner Treffen fand Ende Januar nun schon die zweite Arbeitstagung zum Thema «Frauen und Wissenschaft in der Schweiz» statt. Diesmal hatte die Uni-Frauengruppe Basel eingeladen. Gegen 200 Besucherinnen, nebst FBB- und OFRA-Mitgliedern zahlreiche «unorganisierte» Feministinnen, waren aus allen Landesteilen angereist zu dem Ereignis, das Tradition zu werden verspricht. (Bereits steht Zürich als nächster Tagungsort auf dem Plan.) Männer hatten keinen Zutritt.**

Auch bei diesem Zusammenkommen ging es zunächst einmal darum, sich gegenseitig Projekte oder bereits abgeschlossene *Diplom- und Doktorarbeiten* vorzustellen. Vertreterinnen verschiedener Schweizer Hochschulen berichteten. Vermittelt wurden auch Stimmungen, die an einzelnen Instituten herrschen, Erlebnisse mit «frauenfeindlichen» Professoren und Mitstudenten, selten ein Durchsetzungserfolg.

Da hörte man von einer Frau, die eine wahre Odyssee von Institut zu Institut hinter sich bringen musste, bis sich endlich ein Doktorvater für ihre Arbeit über «Sprache und Sprachlosigkeit am Beispiel literarischer Frauengestalten» fand. Sie geht in ihrer Literaturanalyse unter anderem davon aus, dass *Sprache Teilhaben an Macht* bedeutet, und erklärt von daher die Bedeutungslosigkeit weiblicher Gesprächsbeiträge bei einzelnen Schriftstellern verschiedener Epochen. Ihre eigene Weltsicht, ihre Probleme «artikuliere» die weibliche Figur im inneren Monolog, Wesentliches über sie werde allenfalls in der Vergangenheit berichtet.

Eine andere Referentin aus dem Bereich der *Literaturwissenschaft* stellt die Frauengestalten George Eliots der den gängigen Anforderungen der Viktorianischen Zeit genügenden Frau gegenüber, wobei sie sich nach Möglichkeit auf von Frauen verfasste sozialgeschichtliche Arbeiten stützt. Die persönliche Situation der Romanautorin Mary Ann Evans, die sich hinter dem männlichen Pseudonym verbergen musste, wird ebenfalls beigezogen zur Erklärung der tragischen und zugleich revolutionären Zerrissenheit ihrer Frauengestalten. Methodisch eine solide, durchaus traditionelle Arbeit, deren Schwerpunkt *«weibliche* Tragödie» zwar Anlass zu Bemerkungen des Dozenten, nicht aber zur Ablehnung führte.

## Forscherin als Gesprächspartnerin

Die Mehrheit der frauenzentrierten Themen findet sich in den *Sozialwissenschaften*, die auch an diesem Kongress stark vertreten waren. Hier macht sich ein Trend bemerkbar, der von den traditionellen Methoden wegführt. «Repräsentative» Umfragen, quantitative Analysen, Datenerhebungen durch Versand von Fragebogen haben in den Augen der Feministinnen wenig Aussagekraft. Sie bemühen sich um ein Mehr an *qualitativer* Information, die sie auf verschiedenen Wegen einholen: durch Tiefeninterviews, durch ausgedehntes Zusammensein mit einer kleinen Zahl von Informantinnen, deren Reaktionen, Gestik und Mimik miteinbezogen werden. Durch eine Gesprächsanlage, die gegenseitiges Fragen zulässt und die unnatürliche Situation des einseitigen Informationsflusses überwindet. Methoden also, derer sich zum Beispiel die Ethnologie bereits bedient, was sich nicht leugnen lässt, selbst wenn radikalere Frauen geneigt sind, auch hier die männliche Forschungstradition auszuklammern und gleichsam einen Neubeginn zu setzen. Diese Willkür und ein bisweilen beachtliches Theoriedefizit geben Anlass zu Diskussionen und provozieren Widerspruch. Andererseits hat das Thema «Frau» gerade in der Soziologie bereits eine so gefestigte Stellung, dass beispielsweise Nationalfondsgelder investiert werden selbst da, wo recht unkonventionell gearbeitet wird. Der Verdacht, die Geförderten könnten lediglich «Alibifrauen» sein, wurde laut. Tatsächlich sind noch immer *weniger als 5 Prozent* der Nationalfondsstipendiaten weiblichen Geschlechts.

## Der Männer-Marx

Als männlich-rational und damit undifferenziert wurde eine Arbeit mit historisch-materialistischem Ansatz angegriffen: «Frauen als Klasse im marxschen Sinn. Zwischending zwischen Lohnarbeiter und Leibeigenem». Die meisten Anwesenden ordnen die marxistische Theorie den Männern der «Neuen Linken» zu, die den Frauen keine Autonomie liessen und ihnen lediglich untergeordnete Arbeit zuschoben. Das scheint noch immer nachzuwirken.

Mehr Anklang fand die Gruppe *«Feministische Theologie Basel»*, die sich bewusst gegen «Objektivität» als einzig mögliche Wahrnehmung wehrt und neben das instrumentelle Wissen ein *verstehendes Wissen* stellt. Aufgrund von ausgedehntem Quellenstudium, von Aufarbeitung der Kirchengeschichte und Überprüfung der theologischen Wissenschaftstradition werden Anfänge einer sexistischen Optik aufgedeckt, welche den ursprünglichen Gehalt mancher Mythen verzerrt, Frauengestalten – wie etwa diejenige Maria Magdalenas – ins Negative umdeutet. Religion und Kirche als Instrument männlicher Macht – ein Missbrauch, der sich anhand ungezählter Beispiele nachweisen lässt.

## Ausser Konkurrenz?

Auffallend ist, dass die feministische Wissenschaft sich vorderhand noch ausschliesslich frauenspezifischen Themen widmet. Damit leistet sie einerseits Aufarbeitung von lange Zeit Vernachlässigten und erschliesst sich gleichzeitig Gebiete, wo sie *kaum männlicher Konkurrenz* begegnet. Andererseits liefert sie der jungen Frauenbewegung ausserhalb der Universitätsmauern einen Schatz von Argumenten für den politischen Kampf. Diese Verbindung zur Praxis und zu den nichtstudierten Frauen liefert zudem eine Motivation, die stärker ist als die des individuellen Karrieremachens oder Statusgewinns, und bringt vielen Frauen die Lust am Studium zurück.

*Regula Heusser*

## Spots

*Auf dem Programm steht's: «Geführter Altstadtbummel, anschliessend Modeschau . . .» Kongressgewohnte haben es gemerkt. Bei diesem Programm muss es sich um das Damenprogramm handeln. Der Rest ist Männersache. Doch horch: Es geht nicht einfach um eine gewöhnliche Veranstaltung, sondern um den «Tag der Schweizer Presse», wie der Verband der Schweizer Journalisten (VSJ) seine Delegiertenversammlung grossspurig zu nennen pflegt. Und wie in der konservativen Standesorganisation VSJ die Dinge ihren Lauf nehmen, wird man auch im nächsten Jahrzehnt nicht merken, dass es auch Journalist i n n e n geben könnte. Bis dahin werden eben die Mitbringsel noch altstadtbummeln und modeschauen.*

## bildungs—news

### «Narrenfreiheit» für Berner Unirektor?

*Am Dies academicus, der Stiftungsfeier der Universität Bern, ist die heile Welt der Alma mater bernensis von Anno dazumal noch in Ordnung: weihevolle Orchesterklänge, orgiastischer Blumenschmuck, Aperitif und Bankett dürfen bei dieser auf Kosten des Steuerzahlers betriebenen Selbstzelebrierung des gehobenen Bürgertums sowenig fehlen wie die Fahnen-*

*delegationen des Corporationen-Convents und der allgemeine Gaudeamus-igitur-Schlussgesang. Studenten sucht man da allerdings vergebens, abgesehen von ein paar offenkundig von masochistischen Trieben geleiteten Studentenfunktionären . . .*

*Das hohe Niveau der bernischen Wissenschaft pflegt jeweils der neu antretende Rektor mit seiner Rede zu repräsentieren. Dass dieses Niveau zunehmend Weltspitze anstrebt, entnehme der geneigte Leser den folgenden Sätzen des Ökonomen Gottlieb Bieri: «. . . Mir ist nicht ein einziger Beitrag der Anhänger der Ökonomie der neuen Linken bekannt, der wissenschaftlich ernst zu nehmen wäre. Ihre Kritik . . . offenbart in der Regel eine beschämende Unvertrautheit mit dem Gedankengut der ökonomischen Theorie . . . Es sei mir eine kurze Betrachtung zum Menschenbild des Soziologen gestattet, das meines Erachtens in der Entwicklung der Sozialwissenschaften eine verheerende Rolle gespielt hat und noch spielt. Der soziologische Typ des Menschen ist in erster Linie Produkt seiner Umwelt. Im Gegensatz zum ökonomischen Typ bildet er sich seine Wertvorstellungen nicht selbst. Es fehlt ihm auch die Gewandtheit, sich neuen Gegebenheiten anzupassen und neue Möglichkeiten zu schaffen. Er ist nicht kreativ . . . Dieser Typus nimmt in der soziologischen Literatur marxistischer Prägung eine hervorragende Stelle ein. Ausgehend von der metaphysischen Vorstellung einer ‹gesellschaftlichen Totalität›, wird das Verhalten des Menschen als ein Glied dieses mystischen Gebildes, das als Ganzheit über den Menschen schwebt, hergeleitet . . .»*

*Der erste Direktionssekretär der Erziehungsdirektion meinte auf Anfrage, auch dem Rektor stünde schliesslich eine gewisse «Narrenfreiheit» zu . . .*

### Föderalistisches Schauspiel um die Hochschulfinanzierung

*Wenn es noch eines Beweisstückes bedurft hätte, dass die nun vor der Liquidation stehende «Studentenschaft der Uni Zürich» (SUZ) nicht viel mehr als ein Sprachrohr der Zürcher Erziehungsdirektion ist, so lieferte dies das «Wobü» Nr. 8 der SUZ: dieses bescheidene Blättchen zeigte sich bereits vor der wichtigen Sitzung der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) und der Arbeitsgruppe Hochschulfinanzierung der Finanzdirektorenkonferenz vom 11. Januar bestens informiert über die top-vertraulichen Sitzungsunterlagen betreffend künftige Modalitäten der Mitfinanzierung der Hochschulen durch die Nichthochschulkantone. «Eine gewöhnlich gut informierte Quelle» soll verlautet haben, die Hochschulkantone würden nur bei Zahlungen von mindestens 5000 Fr. pro Student und Jahr auf die Diskrimination von Studenten aus Nichthochschulkantonen bei einem allfälligen NC verzichten. Just dieselbe Zahl schlug der Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen an der Sitzung vom 11. 1. als Kompromisslösung zwischen den erheblich niedrigeren Ansätzen der Finanzdirektoren der Nichthochschulkantone und den etwas höheren Vorschlägen der SHK vor . . . Entschieden konnte am 11. 1. noch nichts werden; dennoch soll das Feilschen um die Beitragszahlungen pro Student bereits im Sommer abgeschlossen werden, was bedeute, dass bereits im nächsten Winter in den Nichthochschulkantonen die ersten Volksabstimmungen über Finanzbeiträge an die Hochschulen anstände.*


b + i

Die Zeitschrift als Alternative zu den festgefahrenen pädagogischen Medien:

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik. Erscheint monatlich. Einzelnummer 5 Fr., im Abo jährlich 56 Fr. In jeder Buchhandlung erhältlich oder bei buch und information, 8915 Hausen a. A. Verlangen Sie eine kostenlose Probenummer!

Rotbuch Verlag

Kursbuch 54

**Kursbuch «Jugend»**

189 Seiten, Einzelnr. 7 Fr., Im Abo jährlich 24 Fr. (4 Nummern)

eva

**Rudolf Bahro, Die Alternative**

Ungekürzte Studienausgabe 543 Seiten, 16.80 Fr.

eva

**Rudolf Bahro, Dokumentation**

2., erweiterte Auflage, 128 Seiten, 9.80 Fr.

verlag olle & wolter

**Antworten auf Bahro**

Herausgegeben von Ulf Wolter

232 Seiten, 14.80 Fr.


## treff punkt Kontaktinserate

**Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate:** Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

**Kein Mauerblümchen** suche ich, sondern eine kluge, hübsche, schlanke junge Frau zwischen 20 und 25. Sie sollte fähig sein, mit einem Akademiker (30/175) in interessanter Stellung eine gleichberechtigte, zärtlichkeit und geistige Auseinandersetzung gleicherweise umfassende, echte, lebendige Partnerschaft aufzubauen. Hab den Mut und schreib mir mal (mit Bild) über Chiffre D 226.

Berner (23/178) sucht eine **liebe, selbstbewusste Freundin** zum Aufbau einer gefühlvollen, gleichberechtigten Partnerschaft. Du solltest innere Werte schätzen und wie ich auch schlank sein und lange Haare tragen. Vielleicht bist Du auch auch an fast allem interessiert, an unkonventionellen Lebensweisen – Kultur im weitesten Sinne –, Kunst, Musik, Film . . . Und vielleicht hast Du auch Fehler, so schreibe mit bitte. Evtl. mit Bild. Chiffre A 223.

Ing. HTL (26/182), an sozialen Problemen und an Politik interessiert, Plausch am Photographieren, Reisen, Leben, sucht Mädchen/Frau zum **Aufbau einer dauerhaften Freundschaft.** Falls Du ähnliche Interessen hast, so schreibe mir. Chiffre B 224.

Berner (28/178/65), recht ansehnlich, sucht einen **«normalen», hübschen Freund,** der verständnisvoll und bereit für eine dauerhafte Beziehung ist. Zuschriften mit Bild an Chiffre C 225.

## Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLÖHMARKT

**Kleininserat:** 5 Zeilen **10 Fr.**
**Kontaktinserat:** 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr) **(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)**

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

**Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung**

## Gratis-Reisepartnersuche

**Wie mach' ich's?**

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Hast Du (25–30 J., unkompliziert und kritisch) Interesse, mit mir (26, Lehrerin, 2. Bildungsweg) eine **ca. dreimonatige Amerikareise** zu planen und zu erleben? Abreise Mai 1979, evtl. später. Erika Schweizer, Hallenstr. 21, 8008 Zürich, Tel. 34 39 19.

Ehepaar sucht Paar oder Ehepaar für **Indienreise** von Mitte Oktober bis Ende November. Unser Alter: 38 und 40 Jahre. H. Weck, Burgweg 40, D-509 Leverkusen, BRD.

Ich (23) suche Reisepartner(in), möglichst mit etwas Spanischkenntnissen, für **Lima–Rio mit öffentlichen Verkehrsmitteln.** Start: Ende Februar. Dauer: 5 Wochen. Martin Ott, Zipfelstr. 15, 8302 Kloten, (01) 813 00 77.

Ich (18) möchte im Sommer für **3 Wochen in den sonnigen Süden** reisen. Suche dazu noch eine(n) Reisepartner(in). Reiseziel noch unbekannt. Melde Dich bei: Hans Stieger, Kantonsstr. 202, 7205 Zizers.

Peru–Bolivien. Möchtest Du mit mir in den Frühlings-Semesterferien **das Land der Inkas** kennenlernen? Melde Dich bei Interesse möglichst bald (Buchungsfrist!) bei: Martin Tresch (27), Juliastr. 8, 8032 Zürich.

**Haute Route/Mont Blanc. Skitourenferien** vom 21. 4. bis 1. 5. 79 evtl. bis 6. 5. 79. Erfahrener Skitourenfahrer (34) sucht 2–3 Kollegen (-innen) mit guter Kondition. Vorheriges Kennenlernen auf Weekendtouren erforderlich. Freddy Weinhold, Weststr. 132, 8003 Zürich.


# COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

**Öffnungszeiten**
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

**Fotokopien**
– Normal 20 Rp.
– mit Legi 15 Rp.
– Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

**Schnelldruck** (ab einer Vorlage)

| Reinschriften | 1-seitig | 2-seitig | Dissertationsdruck |
|---|---|---|---|
| 30 Ex. | 4.50 | 9.— | |
| 50 Ex. | 5.50 | 10.50 | |
| 100 Ex. | 7.50 | 14.50 | |
| 200 Ex. | 15.— | 28.— | |
| 300 Ex. | 21.— | 38.— | |
| 350 Ex. | 23.— | 42.— | |
| 400 Ex. | 25.50 | 44.50 | |
| 500 Ex. | 28.— | 52.— | |
| 1000 Ex. | 40.— | 73.— | |

*Wie das Disziplinarrecht an den schweizerischen Universitäten gehandhabt wird*

# Strafjustiz für den Hausgebrauch

*Von Ruedi Spöndlin, VSS*

**Wenn Organisationen von Studierenden und Universitätsbehörden in Streit geraten, treffen zwei ungleiche Parteien aufeinander. Gegen den hauptsächlich verbalen Protest der Studierenden können die Universitätsoberen gewichtige Rechtsmittel einsetzen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die «Hausordnung», das universitäre Disziplinarrecht.**

Den Universitätsbehörden an den meisten Schweizer Hochschulen steht eine ganze Palette von Massnahmen zur Verfügung, womit sie ihren Anordnungen

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Martin Graf, Laurent Duvanel, Ruedi Spöndlin

Nachachtung verschaffen können. Einmal können sie das normale Strafrecht für sich beanspruchen, indem sie Strafanzeige erheben und die Justizorgane gegen widerstrebende Studierende ermitteln lassen: es steht ihnen aber auch das inneruniversitäre Disziplinarrecht zur Verfügung.

Das Disziplinarrecht ist zur *Aufrechterhaltung eines geordneten Lehrbetriebs* gedacht, es gibt den Universitätsbehörden die Möglichkeit, bei kleineren Delikten oder strafrechtlich nicht erfassbaren Verstössen gegen die universitäre Ordnung gewisse Sanktionen zu ergreifen. Ein Disziplinarverfahren kann auch *neben* einem ordentlichen Strafverfahren durchgeführt werden. Nach der Rechtsidee, die hinter dem Disziplinarrecht steht, wird angenommen, dass die Universitätsangehörigen *weitergehenden moralischen Anforderungen* als der Normalbürger zu genügen hätten, so dass eben ein spezielles, universitätsinternes Strafrecht geschaffen werden muss. Dasselbe wird für Armeeangehörige, Strafgefangene, Angehörige von Anwalts- und Ärztekammern usw. auch angenommen, so dass auch für diese Gruppen spezielle Disziplinarrechte geschaffen wurden, die aber andere Anforderungen stellen und andere Sanktionen vorsehen (immer aber zusätzliche Repressionsmöglichkeiten bieten).

Immer wieder wurden (und werden) nun auch das universitäre Disziplinarrecht und andere administrative Massnahmen «zur Aufrechterhaltung eines geordneten Lehrbetriebs», zur Unterdrückung missliebiger Meinungsäusserungen der Studierenden, zur *politischen Disziplinierung* gebraucht.

### Das universitäre Disziplinarrecht

Das universitäre Disziplinarrecht ist an den meisten schweizerischen Hochschulen im Universitätsgesetz verankert und durch spezielle Reglemente konkretisiert. An gewissen Hochschulen besteht eine Disziplinarkommission mit Beteiligung von Studierenden. Nicht überall haben diese Kommissionen aber Entscheidungskompetenzen, oft üben sie nur beratende Funktionen aus.

Meistens stellt aber der Ausschluss vom Studium die schärfste Sanktion des Disziplinarrechts dar. An einigen Universitäten ist nur ein Ausschluss «auf Zeit» möglich, an anderen auch das definitive «out». Daneben sind überall mildere Sanktionen wie Verweise und Bussen vorgesehen.

### Kommunistenhetze während des Zweiten Weltkriegs

Ein besonders krasses Beispiel für die Verwendung des Disziplinarrechts zur Aufhebung demokratischer Rechte stellt der Fall zweier Studierender dar, die 1939 in den Aktivdienst einrückten: Die zwei Soldaten, beide Angehörige der Kommunistischen Partei der Schweiz, schrieben sich damals während des Dienstes Briefe, worin sie sich gegenseitig über politische Diskussionen mit andern Soldaten und über die Erfolge ihrer politischen Überzeugungsarbeit informierten. Der Bundesrat erliess dann im Jahr 1939 eine Verordnung, welche jede kommunistische, politische Betätigung in der Armee verbot. Die beiden Soldaten wurden daraufhin verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. Die besagten Briefe wurden dabei konfisziert. Der eine der beiden Soldaten wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, der andere konnte nicht verurteilt werden, weil er nach Erlass dieser Verordnung keine derartigen Briefe mehr geschrieben hatte.

Die Kommunistenfresser im Militärgericht konnten sich mit ihrer Machtlosigkeit aber nicht abfinden. Einer der Militärrichter war zugleich Dozent für Strafrecht an der Universität Zürich, wo der besagte Soldat auch immatrikuliert war. Der Strafrechtslehrer, der zugleich als Universitätsrichter die Disziplinargewalt an der Uni handhabte, leitete nun gegen diesen Soldaten ein universitäres Disziplinarverfahren ein und schloss ihn vom Studium aus mit der Begründung: er, der *«in der Stunde der grössten Not nur an die Volksverhetzung gedacht» habe,* sei der Universität unwürdig.

### «Administrative» Repression heute

Wer nun meint, die Zeiten solcher Vorfälle liege weit zurück und heute herrsche ein liberalerer Geist, täuscht sich. Im Jahr 1975 wurden einige Rekruten der Luftschutzrekrutenschule von Wangen in einem unter skandalösen Bedingungen durchgeführten Prozess auf Schloss Trachselwald wegen Herstellung einer Kasernenzeitung zu mehrmonatigen, bedingten Gefängnisstrafen verurteilt.

Einer der Verurteilten wollte sich kurz darauf an der Universität Bern immatrikulieren. Der damalige Rektor, Professor Lüthi, wies den Studienanwärter ab, da er einen schlechten Leumund habe. Es wurde ihm mitgeteilt, er könne sich in einem Jahr wieder bewerben, er müsse zuerst unter Beweis stellen, dass er des Studiums «würdig» sei. Dieser Entscheid wurde allerdings nach langen Prozessen vom Bundesgericht aufgehoben. – Wieder einmal sahen sich Universitätsbehörden bemüssigt, mittels ihrer internen Reglemente zum Kampf gegen Kritik in der Armee beizutragen.

### Einschaltung der Strafjustiz bei universitären Konflikten

Einen der massivsten Repressionsfälle an den Schweizer Universitäten, diesmal *unter Einschaltung der Straffustiz*, stellten die Ereignisse um die Besetzung des Soziologischen Instituts in Bern als Protest gegen die Berufung von Professor Rüegg im Jahr 1974 dar. Die Berner Behörden liessen das besetzte Institut polizeilich räumen. Vier Studierende wurden anschliessend zu bedingten und unbedingten Gefängnisstrafen von 10 bis 30 Tagen verurteilt. Im Anschluss an diese Ereignisse wurden noch zwei Studierende, darunter der Präsident der Studentenschaft, disziplinarisch von der Uni gewiesen, weil sie in der Eingangshalle der Uni ein Theater gegen die Repression an der Uni aufgeführt hatten.

### Die Hirschy-Ereignisse

Schon ein Jahr vorher, im Wintersemester, waren vier Studierende der Uni Bern wegen Nötigung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Bei diesen Nötigungen handelte es sich um eine Protestkundgebung gegen einen Vortrag von Korpskommandant Hirschy. Die protestierenden Studierenden wandten sich dagegen, dass kritische Dozenten an der Uni nicht berufen werden, dagegen aber Vortragsreihen von Korpskommandanten stattfinden. Um die vier Studierenden zu verurteilen, musste das Gericht den Begriff der Nötigung völlig neu interpretieren. Die vier herausgegriffenen Studierenden waren aber offensichtlich dermassen gefährliche «Staatsfeinde», dass dies nötig war.

### Reaktionen nicht immer gleich scharf

Die Ereignisse um den Hirschy-Vortrag und die Besetzung des Soziologischen Instituts in Bern in den Jahren 1973 bis 74 stellten in letzter Zeit die schärfsten Repressalien von Universitätsbehörden dar. In anderen Jahren und an anderen Orten wurden dieselben Handlungen ganz anders beurteilt. Im Jahr 1970 wurde in Bern das Soziologische Institut schon einmal besetzt. Den damaligen Besetzern geschah aber nichts. Es scheint, dass die Behörden in den Jahren kurz nach 68 liberaler waren, wahrscheinlich glaubten sie, der studentische Protest werde sich von selbst wieder legen. Als dies dann nicht im gewünschten Mass eintraf, traten härtere Vertreter der Staatsgewalt auf den Plan, die bereit waren, alle Repressionsmittel voll auszuschöpfen. Solche Kräfte scheinen auch heute noch den Ton anzugeben. Bei Rektoratswahlen wird meistens nach einem «starken Mann» gerufen, liberale Rektoren, wie es sie Anfang der siebziger Jahre noch eher gab, sind selten geworden.

### Sanktionen je nach politischer Opportunität

Doch auch in anderen Universitäten wehte der «Geist von Bern». So wurde im Juni 1978 dem Verband Studentenschaft Basel verboten, seine Generalversammlung tagsüber in der Aula der Universität durchzuführen. Überhaupt schlug das Rektorat mit der Bewilligung von Hörsälen für Veranstaltungen und Versammlungen plötzlich eine restriktivere Praxis ein gegen die fortschrittliche Studentenbewegung, die sich trotz Auflösung der Zwangskörperschaft vier Jahre zuvor und anderen Schikanen immer noch behaupten konnte. Die besagte Generalversammlung wurde dann aber trotz fehlender Bewilligung durchgeführt. Mit einem Nachschlüssel, den Vorstandsmitglieder des Verbandes hergestellt hatten, wurde die abgeschlossene Aulatür geöffnet und unter Beteiligung von 300 Studierenden die Versammlung durchgeführt. Gegen fünf Vorstandsmitglieder, die während der Versammlung auf dem Podium sassen, wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet. Mitglieder der Disziplinarkommission stellten sogar eine Strafanzeige in Aussicht. Schliesslich erhielten die fünf jedoch lediglich einen Verweis. Die restriktive Bewilligungspraxis wurde wieder aufgehoben.

Wieso waren die Behörden hier so zurückhaltend? Die Besetzer der Aula waren gut organisiert und hatten sich schon im voraus breiteste Unterstützung gesichert. Man hatte Kontakt zu kantonalen Parlamentariern aufgenommen, die sich gegen die restriktive Bewilligungspraxis wandten. An der Uni wurde eine Petition lanciert. Die Behörden mussten einsehen, dass ein scharfes Durchgreifen an der Uni alles andere als Ruhe gebracht hätte . . . Die Sanktionen des Disziplinarrechts und auch allfällige Strafverfahren werden also ganz unterschiedlich, je nach politischer Opportunität, gehandhabt.

### Universitäre «Lynchjustiz»

Nebst den geregelten Verfahren des Disziplinar- und Strafrechts scheinen sich aber an gewissen Hochschulen auch urtümlichere Formen der Ahndung von Vergehen einzubürgern. So wurde bekannt, dass der Pathologieprofessor H. U. Zollinger in Basel – der sich schon während seiner Rektoratszeit als «harter Mann» profiliert hatte – Studierende, die zu Übungszwecken ohne zu fragen über Nacht Präparate ausgeliehen hatten, vor versammeltem Publikum in seiner Vorlesung vortreten liess und sie nach Strich und Faden fertigmachte. In gewissen Fällen soll er sogar eine Abstimmung über die Strafe veranstaltet haben – obwohl Zollinger sonst kein grosser Freund von Demokratie und studentischer Mitbestimmung ist. Er soll immer wieder private Strafen, die in keinem Reglement festgehalten sind, angedroht haben. Besonders «strafverschärfend» wirkte sich dabei eine ausländische Staatsangehörigkeit aus.

Dass er sich solche Dinge nur gegen einzelne Studierende erlauben und damit nicht etwa organisiertem Widerstand der Studierenden entgegentreten kann, ist klar. Es ist aber bedenklich, dass er unbehelligt seine Show abzieht, ohne dass jemand im Hörsaal aufmuckt. Bei seinen Abstimmungen über die Bestrafung sollen alle Studierenden dermassen eingeschüchtert gewesen sein, dass sie die Farce mitspielten.

So kann auf die Dauer nicht einmal die eigene Haut gerettet werden. Um gegen die Repression an den Universitäten anzugehen, braucht es breite Solidarität und eine starke Organisation der Studierenden. ●

# bildungs—news

**VSS-Kurzinformationen** **Redaktion: Martin Graf, Vorstand VSS**

### *«Die Herren Studenten sind muff!»*

*So titelt das reaktionäre «Bieler Tagblatt» nach der am 10. Januar erfolgten Wahl von PD Graeser als neuer Philosophieprofessor an der Uni Bern. Das «Bieler Tagblatt» verschwieg seinen Lesern, wer sonst noch alles «muff» war: die ganze übrige Schweizer Presse von der «POCH-Zeitung» bis zu einem Oskar Reck in der «Weltwoche», nicht zuletzt auch die SP Kanton Bern, die Vorstösse im Grossen Rat ankündigte. Unbekümmert um die einhellige Meinung der Studenten und die klare Mehrheit der Experten in der Berufungskommission war die bürgerliche Mehrheit des Regierungsrates dem rechtslastigen Intrigantenklüngel der Phil.-hist.-Professorenschaft gefolgt und hatte den für den in Frage stehenden Lehrstuhl gar nicht qualifizierten Altphilologen Graeser dem reputierten liberalen Basler Philosophen Hans Saner vorgezogen. Der «Fall Saner» ist kein Sonderfall; an der Uni Bern selbst wie anderswo gibt es noch und noch unqualifizierte und undemokratische Berufungen. Die Studentenschaft Bern will mit einem Aktionstag und einer gesamtuniversitären Generalversammlung (der ersten seit 4 Jahren!) die Bewegung für demokratische und transparente Berufungsverfahren intensivieren. Eine umfangreiche Dokumentation zum «Fall Saner» kann bestellt werden bei der SUB, Erlachstr. 9, 3012 Bern.*

### *Wahlkampf an der Uni Bern*

*Wenigstens einmal im Jahr schwillt das sonst kärgliche Rinnsal der studentischen Flugblattproduktion an der Uni Bern zu einer wahren Flut an: wenn es Ende Januar gilt, den 40köpfigen Studentenrat zu erküren. Abgenommen hat aber die Flut der Wahllisten von politischen Gruppierungen und Fachschaften: waren es 1978 noch 213 Kandidaten auf 18 Listen, so dieses Jahr nur noch 148 auf 13 Listen. Resignation oder Wandel von Quantität zu Qualität? Resigniert hat offenkundig die POCH: vor fünf Jahren noch tonangebend, lässt sie die anderen linken Gruppierungen nun allein darum kämpfen, dass die doch recht beachtliche Infrastruktur der grössten noch bestehenden studentischen Zwangskörperschaft nicht in die Hände der rechten Gruppierungen fällt. Trotzdem ist ein Umkippen des seit Jahren stabilen Kräfteverhältnisses zwischen der «Vorstandskoalition» (Sozialdemokratische Hochschulgruppe und parteiungebundene, aber linke Fachschaftslistenverbindung) und der rechten Opposition kaum zu erwarten. Letztere produzierte das Wahlskandälchen des Jahres, indem sie das Original eines Bettelbriefes an bekannte Rechtsaussen-Professoren mit der Bitte um wohlwollende finanzielle Wahlkampfunterstützung neben einem Photokopierapparat liegen liess . . .*

### *Chance für junge Forscher*

*(sda) Junge Forscher, die einen gewissen Leistungsausweis vorlegen können, haben die Möglichkeit, vom Forschungsamt des Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ein Stipendium zu erhalten, um ihre Ausbildung im In- oder Ausland zu vervollständigen. In Frage kommen Studiengeistes- oder naturwissenschaftlicher Richtung sowie Biologie, Physiologie, soziale und Präventivmedizin. Anwärter auf ein Stipendium müssen weniger als 35 Jahre alt sein und ihr Gebiet bereits wissenschaftlich beackert haben. Von Vorteil ist, wenn sie auf wissenschaftliche Publikationen aus ihrer Feder verweisen können. Bewerbungen um ein Stipendium sind vor dem 15. März an die zuständigen Kommissionen der Universitäten oder direkt an den Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Postfach 2338, 3001 Bern, zu richten. (Es wäre allerdings illusorisch zu glauben, mit Hilfe dieser Einrichtung sich einen Platz im wissenschaftlichen Betrieb ergattern zu können. Vielmehr werden mit diesen Stipendien bereits halbarrivierte Wissenschafter gefördert. Die Red.)*

### Erschienen:

**Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978**
(Ergänzung zum Verzeichnis 1972–77)

Das ganze Verzeichnis 1972–78 kostet 8.50 Fr. plus 70 Rp. Porto, die Ergänzung 1978 allein 2.50 Fr. plus 70 Rp. Porto.

**Bitte bestellen Sie sofort. Die Auslieferung läuft.**

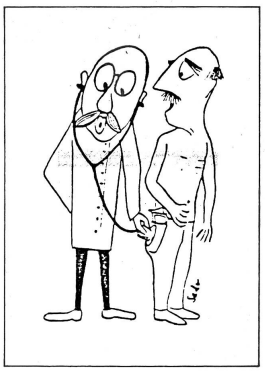
Bezahlung in Briefmarken an «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, oder auf Postcheck 80 - 37626, «das konzept», Zürich, mit Vermerk: Verzeichnis 72–78, oder: Ergänzung 78.

## HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich, «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

### Medizinermisere ist kein Sachzwang

*dk.* Der Numerus clausus (NC) für Medizinstudenten – formal durch administrative Massnahmen abgewendet – ist faktisch längst eingeführt: durch rigorose Selektion (beim 1. Prope fliegen um die 40 Prozent aller Studienanfänger durch und/oder geben auf). Dass dies nicht notwendigerweise so sein müsste, begründen der Verband Schweizerischer Medizinstudenten (VSM) und der VSS in einem Schreiben an alle Maturanden. Der Brief ist als Alternative zum alljährlich an alle Gymnasien versandten Informationspapier der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) gedacht, mit dem potentielle Interessenten für Medi-



zin von diesem Studium abgehalten werden sollen. «Durch eine konsequente Umorientierung des Medizinstudiums» und mit dem immer wieder verschobenen Ausbau des Klinikums St. Gallen könnten die Studentenzahlen durchaus noch erhöht werden, meinen VSS/VSM. Oft wird vom Engpass bei den Assistenzstellen gesprochen. Hier schlagen die studentischen Organisationen sofort realisierbare Verbesserungen vor. Die heute durchschnittliche Arbeitszeit von 66 Stunden könnte reduziert werden, was zusammen mit dem Einbezug von praktizierenden Ärzten in die Weiterbildung – überschlagsmässig gerechnet – eine Verdoppelung des heutigen Stellenangebots ergäbe. Zudem müsste der verhängnisvolle und von den Fakultätsspitzen geförderte Trend weg von der Allgemeinmedizin und hin zum Spezialistentum umgekehrt werden (in den letzten 42 Jahren sank der Anteil der Allgemeinpraktiker von 60 auf 34 Prozent). Eine Steigerung der Ärztezahl wäre unter diesen (veränderten) Umständen Voraussetzung zur Lösung zahlreicher Probleme im heutigen Gesundheitswesen. VSS und VSM betonen abschliessend in ihrem Brief an die Maturanden, dass «die für die Zukunft zu erwartenden Veränderungen im Gesundheitswesen» heute Medizinstudenten erforderten, die «mit einem breiten Interessenspektrum sich besonders für *die medizinische Grundbetreuung* im weiten Sinne, *inklusive soziale und psychologische Belange,* interessieren». Gerade diejenigen, die aus diesen Gründen das Studium der Medizin ergreifen, «werden sich im zukünftigen Gesundheitswesen nicht schlecht zurechtfinden und, trotz gewissen Widrigkeiten des heutigen Medizinstudiums, diesen Anforderungen gut nachkommen können».

«Prestigemedizin auf Kosten des Gesundheitswesens», «das konzept» 9/78
Selbstselektion statt offener NC, «das konzept» 3/78

*Erfolg für die «Aktion Strafvollzug» und die Gefangenen, aber:*

# 15 Franken im Tag sind noch kein Lohn

*Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni*

**Ein Erfolg für die Gefangenen und die Ende letztes Jahr formal aufgelöste «Aktion Strafvollzug»: Die Insassinnen und Insassen schweizerischer Gefängnisse erhalten ab 1979 eine teilweise bis auf das Doppelte erhöhte Arbeitsentschädigung. In aller Stille wurden die Pekuliumsansätze von minimal 6 auf durchschnittlich 12 bis 14 Franken pro Tag erhöht.**

Eine Petition an National- und Ständerat machte möglich, worum Gefangene und ihre Organisationen («Aktion Strafvollzug», Astra, und «Groupe Action Prison», GAP) seit Jahren gekämpft haben: Die drei Strafvollzugskonkordate der Schweiz haben Ende 1978 in aller Heimlichkeit eine *Vereinheitlichung und Erhöhung der Ansätze für den Gefangenen-«Verdienstanteil»* (Pekulium) beschlossen. Allerdings: Noch ist die Forderung nach einem Gefangenenlohn, wie sie im Jahr 1976 von 751 Gefangenen in einer Petition gestellt wurde, längst nicht erfüllt.

### «Landesübliche Entlöhnung»

*«Wir erheben Anspruch auf eine landesübliche Entlöhnung, denn unsere Strafe besteht im Freiheitsentzug und nicht in einer krassen Unterbezahlung unserer Arbeitskraft.»* Diesen Satz in der Lohnpetition, die unter den schwierigsten Bedingungen zustande kam, unterschrieb fast die Hälfte der 1976 in den Gefängnissen der deutschen und welschen Schweiz Einsitzenden. Die Unterschriftensammlung war gemeinsam von *Astra/GAP* organisiert worden, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1973 als gewerkschaftliche Organisation der Gefangenen verstanden.

Konkret gefordert wurde, dass «der Arbeitsverdienst des Gefangenen nicht mehr von seinem allgemeinen Verhalten im Strafvollzug abhängig gemacht werden» dürfe, dass «der Bund einen einheitlichen Mindestverdienst für alle Gefangenen in der Schweiz, der auch im Falle von Arbeitslosigkeit und Krankheit ausgerichtet wird, festsetzen» solle und dass dieser Mindestverdienst «ab sofort 30 Fr. pro Tag und Gefangenen zu betragen habe und dann «schrittweise bis zur Höhe eines vollen Lohnes» gesteigert werde.

Noch sind die jetzt verwirklichten Ansätze weit von diesen Begehren entfernt. Sogar der zuständige Sektionschef im Furgler-Departement, *Andrea Baechtold,* anerkannte in einem Gespräch mit dem «konzept»: *«Sicher ist noch nicht alles ideal.»* Laut Baechtold wurde das «durchschnittliche Pekulium bei normaler Arbeitsleistung für das Konkordat der Nordwest- und Innerschweizer Kantone neu auf 14 Franken festgesetzt. In der Ost- und Westschweiz werden durchschnittlich 12 Franken gezahlt. Bis 1982 soll dann für alle Gefängnisse ein mittlerer Ansatz von 15 Franken gelten. Bisher schwankten die ausbezahlten Durchschnitts-Pekuliumsgelder zwischen 6 (Westschweiz) und 12 Franken.

Aus: « Les plus belles prisons», ed. adversaires 1977

### Abzüge als Disziplinierungsmittel

Doch aufgepasst: Auch weiterhin kann der «Verdienstanteil» – es handelt sich nicht um einen Lohn – nach unten (oder oben) «korrigiert» (Baechtold) werden. Ein ausgeklügeltes *Abzugssystem* erlaubt es, bei «ungenügender Arbeitsleistung» oder «unangepasstem Verhalten» das Pekulium erheblich zu kürzen. Und wenn in den Anstaltswerkstätten die Aufträge fehlen, gibt's für die Gefangenen selbst das magere Pekulium nicht. Bei Wohlverhalten kann sich der Tagesverdienst auf über 20 Franken steigern. Auf diese Weise wird das Pekulium als Disziplinierungsmittel ge- und entsprechend missbraucht.

### Mit 1500 Fanken Neubeginn?!

Ausserdem wird nur ein Teil des Geldes – ungefähr die Hälfte – zur «Starthilfe» bei der Entlassung auf einem Sperrkonto bereitgehalten. In einem Jahr kommen so rund 1500 Franken zusammen. Damit muss der Entlassene ein neues Leben anfangen! Rund ein Viertel (bei einem Ansatz von 12 Franken: 66 Franken monatlich) ist jeweils für die persönlichen Bedürfnisse frei verfügbar. Das muss für Zeitungen, Bücher, Zigaretten, Toilettenartikel usw. ausreichen! Etwa ebensoviel wird zur Bezahlung von Versicherungsprämien, Zahnarztrechnungen und Urlauben zurückbehalten.

Von einem landesüblichen Lohn kann also noch keineswegs gesprochen werden. Nur gerade Anstaltsinsassen in «Halbfreiheit» (man könnte auch Halbgefangenschaft sagen . . .) können mit einer anständigen Entlöhnung rechnen. Indes: Mit der Einführung eines Lohnes allein würden die Probleme nur verlagert. Denn Pekuliumsgelder können dem Gefangenen immerhin – anders als Lohnanteile – nicht durch Pfändung, Arrest oder Einbezug in eine Konkursmasse weggenommen werden.

Noch in diesem Jahr wird sich das Parlament in Bern wieder mit den anstehenden Fragen des Gefangenenlohnes beschäftigen müssen. Gegenwärtig wird im Furgler-Departement ein Bericht dazu fertiggestellt. Die dazu nötige Umfrage bei allen Gefängnissen habe sich wegen der bisherigen unterschiedlichen Regelung in den Kantonen «ausserordentlich verzögert», wie Baechtold erklärte.

Der Bericht ist eine direkte Folge der Lohnpetition: Die Petitionskommissionen beider Räte reichten ein Postulat ein, das unter anderem eine Abklärung darüber fordert, wie «Strafgefangene gegen den durch Krankheit und Arbeitslosigkeit verursachten Verdienstverlust abzusichern» wären.

### Petitionsrecht massiv beschnitten

Dabei dürfen die Bedingungen, unter denen die 750 Unterschriften in zwölf Gefängnissen gesammelt wurden, nicht vergessen werden. Die Unterschriftensammlung für die Bittschrift – ein zuvor vom Bundesgericht ausdrücklich auch für Strafgefangene garantiertes Recht – wurde in verschiedenen Gefängnissen so stark behindert, dass *Bundesrat Kurt Furgler* die Anstaltsdirektoren in einem Rundschreiben massiv rüffelte. In *Lenzburg* wurden Unterschriftenbogen beschlagnahmt und erst auf eine Intervention der Astra wieder herausgegeben. Noch schlimmer war es in *Hindelbank,* dem einzigen Frauengefängnis in der Schweiz: «Zwei Frauen wurden ins Cachot geworfen, weil sie Petitionskleber in ihrer Zelle aufgehängt hatten und dem Anstaltsboss Meyer nicht verraten wollten, auf welchem Weg die Unterschriftenbogen ins Gefängnis gelangt waren. Daraufhin spülten zwei andere Frauen bereits ausgefüllte Bogen mit 40 Unterschriften aus Angst vor einer gleichen Strafe das WC hinab» («Schwarzpeter» 27. September 1976).

Kurz nach Einreichung der Petition wurde im *Kanton Aargau* sogar versucht, mit den Ärmsten Finanzpolitik zu machen: Wegen Geldknappheit in der Staatskasse wurde eine konsequente Kürzung der «Verdienstanteile» bei «mittelmässigen und schlechten Leistungen» angeordnet. Diese Sparmassnahme auf dem Buckel der Gefangenen musste dann aufgrund des von der Astra entfachten öffentlichen Protests zurückgenommen werden. ●

**«das konzept» zum Strafvollzug**

- Selbstmorde: Durchschnittlich alle drei Wochen einer / Parlamentarier-Brief unter 20-Monate-Zensur: Dicke Post für Hindelbank, Nr. 12/78
- Isolationsfolter, Nr. 4/78
- Der Neubau-Witz von Witzwil, Nr. 2/78
- Einsperren in der Schweiz, Nr. 10/77

Jede Nummer gegen 1.80 Fr. in Briefmarken bei: *«das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, oder Postfach 1351, 3001 Bern*

**das konzept** *ist kein Akademiker-Fachblatt*

***Überzeugen Sie sich – überweisen Sie 18 Franken***

*«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnements stets bis Ende Jahr*

*Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)*

☐ *März bis Dezember 1979 für 16 Fr. (Ausland 18 Fr.)*
☐ **Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)**
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

*Name, Vorname*

*Adresse*

*PLZ, Ort*

*Beruf* *Datum* *dk 2/79*

***Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

**«das konzept»-Horror-Skop**

**Heute: Wassermann (22. 1. bis 19. 2.)**

Sie werden, wenn Sie zufälligerweise Bundesrat sind, wieder einmal Reden halten über die Weisheit, «dass kein Staat ohne Atomenergie auskommt». Aber das bringt Ihre Lebenslinie nicht auf krumme Bahnen, denn solches reden Sie ja schon seit langem. Als Kühl-Wasserträger für die Atomlobby haben Sie einen langandauernden Aktivschub, er verstärkt sich in diesen (auf die Abstimmung hingehenden) Tagen.

Böses droht Ihnen: Man wird Ihre Reden zusammenkürzen und als Leserbriefe, gezeichnet: Willi Ritschard, verschiedenen Zeitungen unterjubeln. Die sind so perfid, diese «Briefe» tatsächlich zu veröffentlichen. Nehmen Sie die Sache ruhig: Sagen Sie einfach, dass Sie die Leserbriefe nicht selbst geschrieben haben. Da könne man halt nichts machen, wenn andere Leute solches tun mit einem, auch wenn man Bundesrat ist. Ihr Departement wird auf Anfrage dem «konzept» mit aller Ruhe bestätigen: «Nein, der Bundesrat wehrt sich nicht gegen diesen Missbrauch, dass Leserbriefe in seinem Namen veröffentlicht werden, die er selbst gar nicht geschrieben hat!» Bewahren Sie mehr Ruhe als die «konzept»-Redaktion, welche es angesichts solcher Facts fast vom Stuhl haut. Denken Sie an Ihren eigenen Stuhl, den Sie schliesslich ja der Energielobby mit-verdanken.

*Allgemeine Plakatgesellschaft APG: Werbung gegen die Guttempler und . . .*

## . . . für die bessere Kundschaft

Für einmal hat uns die Allgemeine Plakatgesellschaft APG die Photomontagearbeit abgenommen – und uns dabei gleich auf Anhieb in (unfreiwilligem) Zynismus übertroffen. Dieses Vierfarbenplakat klebte die APG mit diversen anderen nicht minder perfiden Werbeentwürfen auf eine Mini-Litfasssäule und versandte es als Empfehlung zur Ablehnung der Suchtmittelinitiative in mindestens 10 000facher Ausgabe an «Behördenmitglieder und einflussreiche Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft». So aufwendig gegen die Guttempler-Initiative vorzugehen lohnt sich: Tabak- und Alkoholindustrie gehören zu den besten Kunden. Und die APG-*Moral* dieser Wirtschaftsgeschichte: «So stark sollten wir die Informationsfreiheit (!) von über 99 Prozent der Bevölkerung nicht einschränken, nur weil ein paar Unverbesserliche übermässig Alkohol und Nikotin konsumieren.» Wo ist da die böse Werbung?

Übrigens: Da die APG für den Aushang politischer Plakate faktisch das *Monopol* hat, muss sie auch die *Pro*-Plakate für die Suchtmittelwerbeverbots-Initiative aufhängen. Womit wohl in der formalen Informationsdemokratie wieder alles im Lot wäre und der «öffentlichen Meinungsbildung» über den Duft der grossen weiten Welt (vorläufig noch) keine Grenzen gesetzt.

## Spots

*Klar. Befehlssätzchen müssen die Erstklässler lernen, aber die richtigen. Politisch Anstoss erregt hat jedenfalls kürzlich die «Béguelin-Parole» auf Seite 48 eines Erstklasslesebuches: Vive le Jura! (Es lebe der Jura!) riefen da die Kinder fröhlich und schwenkten entsprechende Fahnen. Allerdings: das Lehrmittel war bereits anno 1954, also noch im einstigen Berner Jura, für obligatorisch erklärt worden. Und zwar von Virgile Moine, dem Vater der militanten Anti-Jura-Kämpferin Geneviève Aubry-Moine . . . In aller Stille hat nun die bernische Erziehungsdirektion für den Südjura eine Neuausgabe ohne Bildchen und Parole herausgeben. Die weissen Zensurkleber, welche übereifrige Berner Lehrer seit längerem über die fragliche Stelle geleimt hatten, taugten offenbar nicht allzuviel, denn Kinder sind im allgemeinen noch neugierig.*

*

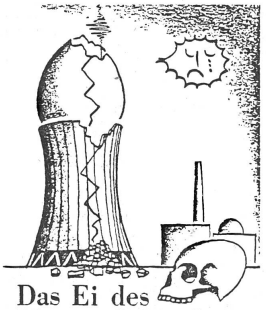
*Blei im Blut ist gefährlicher als angenommen. Zu diesem alarmierenden Schluss kommt eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), welche die schwedische Umwelt-Fachzeitschrift «Ambio» im Januar veröffentlicht hat. Die WHO-Forscher hatten bei Untersuchungen an 122 unter Gehirnstörungen leidenden Kindern bei 45 Prozent einen ungewöhnlich hohen Bleigehalt im Blut gefunden. Entgegen den bisherigen Erfahrungen kann schon ein Viertel des offiziell anerkannten Grenzgehalts zu Gehirnstörungen führen. Den verheerenden Wirkungen des Bleis sind vor allem Kinder ausgesetzt, bei denen die Schädigungen am Nervensystem und Gehirn zu schweren Verhaltensstörungen führen. Nach Angaben der Wissenschaftler stammen 90 Prozent des Bleis im menschlichen Organismus aus Auspuffgasen.*

*

*Gemäss einem Rapport des Eidgenössischen Versicherungsamtes haben die Versicherungsprämien in der Schweiz im Jahr 1977 das netto Sümmchen von 18,5 Milliarden Franken ausgemacht. Davon wurden allerdings nur 52 Prozent an die Versicherten ausbezahlt. Und der Rest ging drauf für Verwaltung usw., Reserven und – wer weiss – für Profit.*

*

*Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (AKK) darf ihre Informations- und Propagandakampagne an den Baselbieter Schulen nicht durchführen. Das hat der Regierungsrat des jüngsten «Atomschutzkantons» kürzlich beschlossen. Die KKK hatte sich mit einem Brief an die Lehrerschaft anerboten, mit Diavorträgen in die Schulen zu kommen, um über die Kernenergie zu «informieren». Als besonders anstössig empfand der Grossteil der Lehrer und Rektoren einen in Aussicht gestellten Schülerwettbewerb, der einen finanziellen Zustupf für die Reisekasse versprach. Der Baselbieter Regierungsrat lehnt in einem Schreiben derlei Propagandaaktionen unmissverständlich ab und meint: «Die Koppelung des Informationsangebots mit Wettbewerben und Geldpreisen erinnert an Verkaufsfrontstrategien und Sonderaktionen zur Umsatzhebung, wie sie im Detailhandel üblich sind. Die KKK sollte bedenken, dass derartige Aktivitäten bei der feinfühligen Bevölkerung rasch auf Kritik stossen und vom sachlichen Kern der Problematik wegführen.»*



**Das Ei des Motor-Columbus**

**Atomkraft? Nein Danke!**

**Der letzte «Schwarzpeter»**

In den nächsten Tagen erscheint der *«Schwarzpeter»,* das Organ der *«Aktion Strafvollzug»* (Astra), zum letztenmal. Die Nummer 39 enthält

- die Entstehung und Geschichte der «Astra»
- ein Gespräch über die Gründe der Vereinsauflösung mit den letzten «Astra»-Aktiven
- Informationen aus den Gefängnissen

Wer den «Schwarzpeter» nicht verpassen will, bestellt unter Beilage von 2 Fr. in Briefmarken bei: *Aktion Strafvollzug, Postfach 367, 8025 Zürich, oder Postfach 246, 3000 Bern 14.*